

Hauptfach:
Politikwissenschaft

Thema:
Neoliberalismus und Gewerkschaften in Großbritannien unter Margaret Thatcher

Hausarbeit
zur Erlangung des Grades eines Magister Artium
der
Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster, Westfalen

vorgelegt von
Matthias Steinke
aus Hildesheim
2005

Gutachter: Universitätsprofessorin Dr. phil. Brigitte Young
Universitätsprofessor Dr. Paul Kevenhörster

Tag der mündlichen Prüfung: 18.07.2005

Inhaltsverzeichnis:

Inhaltsverzeichnis:	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	2
2. Vom Welfare zum Workfare State – der Wandel des Staates	4
2.1 Die Verortung des Themas	4
2.2 Vom Fordismus und Keynesianischem Wohlfahrtsstaat zum Post-Fordismus	5
2.3 Der Schumpetersche Workfare State	7
2.4 Post-fordistische Strategien	8
2.5 Zusammenfassung	10
3. Neoliberalismus in Theorie und Praxis	10
3.1 Theorie und Handlungsanweisungen des Neoliberalismus	10
3.1.1 Begriffsbestimmung	10
3.1.2 Die theoretischen Grundannahmen des Neoliberalismus	12
3.1.3 Handlungsanweisungen des Neoliberalismus	17
3.1.4 Phasen des Neoliberalismus	18
3.2 Das neoliberale Verständnis und die Bewertung der Gewerkschaften	20
3.2.1 Die Argumentation des Neoliberalismus	20
3.2.2 Liberale Anforderungen an die Politik	22
3.3 Der Neoliberalismus als post-fordistische Strategie	24
3.4 Zusammenfassung	24
4. Die politische Situation Großbritanniens nach dem Krieg	25
4.1 Der britische Nachkriegskonsens	25
4.2 Die Krise des britischen Systems – die »Englische Krankheit«	27
4.2.1 Die defekte Wirtschaft	27
4.2.2 Der schwache Staat.....	30
4.3 Die Situation der Gewerkschaften.....	31
4.3.1 Geschichte und Struktur der britischen Gewerkschaften.....	31
4.3.2 Probleme der britischen Gewerkschaften	34
4.4 Gewerkschaften und Staat in den 60er/70er Jahren	36
4.4.1 Die korporatistische Labour-Regierung Wilsons	36
4.4.2 Das Scheitern der Tory-Regierung unter Heath.....	37
4.4.3 Die Schwierigkeiten der Labour-Regierung Wilsons und Callaghans	41

4.5	Die Zuspitzung der Krise und die Machtübernahme der Konservativen	42
4.6	Zusammenfassung	45
5.	Der Thatcherismus.....	46
5.1	Thatcher, Neoliberale und die Tories	46
5.1.1	Thatcher und Hayek.....	46
5.1.2	Think Tanks und der »Krieg der Ideen«	47
5.1.3	Ein neuer Führungsstil	51
5.2	Die politischen Intentionen des Thatcherismus	51
5.2.1	Die Bedeutung des Thatcherismus	51
5.2.2	Neoliberalismus und Neokonservatismus	53
5.2.3	Die verschiedenen Phasen des Thatcherismus	56
5.3	Neoliberalismus als Handlungsanweisung thatcheristischer Wirtschaftspolitik	57
5.3.1	Liberalisierung und Deregulierung.....	57
5.3.2	Privatisierung.....	58
5.3.3	Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.....	63
5.3.4	Wirtschaftsförderung	66
5.4	Die Gewerkschaftspolitik der Regierung Thatcher	67
5.4.1	Thatchers Erfahrungen mit den Gewerkschaften	67
5.4.2	Maßnahmen gegen die Gewerkschaften	68
5.4.3	Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften	77
5.5	Die Interpretationen des Thatcherismus	82
5.5.1	Autoritärer Populismus oder institutioneller Wandel?	83
5.5.2	Die Schwäche der Gegner	85
5.5.3	Die Verfassungshypothese	87
5.6	Zusammenfassung	87
6.	Der gesellschaftliche Umbruch und seine Verfestigung bis heute.....	88
6.1	Die Auswirkungen des Konflikts auf Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen....	88
6.2	Das Scheitern des Thatcherismus?.....	92
6.3	Der Umgang mit den Gewerkschaften nach Thatcher	94
6.4	Zusammenfassung	99
7.	Fazit	100
	Literaturverzeichnis:	102

Abkürzungsverzeichnis

ACAS	Advisory Conciliation and Arbitration Service
ASI	Adam Smith Institute
BSP	Bruttosozialprodukt
bspw.	beispielsweise
BT	British Telecom
CBI	Confederation of British Industry
CPS	Centre for Policy Studies
d.h.	das heißt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
ebd.	ebenda
EU	Europäische Union
f	folgend
ff	fortfolgende
IEA	Institute of Economic Affairs
IoD	Institute of Directors
IWF	Internationaler Währungsfonds
Kap.	Kapitel
KWS	Keynesianischer Wohlfahrtsstaat
Lkw	Lastkraftwagen
LSE	London School of Economics
MPS	Mont Pèlerin Society
MTFS	Medium Term Financial Strategy
N.U.R.	National Union of Railwaymen
NACODS	National Association of Colliery Overmen, Deputies and Shotfires
NCB	National Coal Board
NGA	National Graphical Association
NIRC	National Industrial Relations Court
NUM	National Union of Mineworkers
S.	Seite
s.	siehe
SDP	Social Democratic Party
sic!	so (lateinisch)
sog.	sogenannt
s.u.	siehe unten
SWS	Schumpeterscher Workfare State
TGWU	Transport and General Workers' Union
TUC	Trade Union Congress
TURG	Trade Union Reform Group
TV	Television
u.	und
u.a.	und andere, unter anderem
ULR	Union Learning Representatives
USA	United States of America
UDM	Union Democratic Mineworkers
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

***„Die Dominanz des Marktes ist weder natürlich
noch unvermeidbar, sie entstand nicht aus dem
Nichts, sondern wurde bewußt hergestellt.“***

Susan George

2001

1. Einleitung

Die Gewerkschaften genossen bis in die 70er Jahre hinein sowohl eine juristische Immunität als auch großen Rückhalt in der britischen Gesellschaft. Dem britischen Nachkriegskonsens und einem relativ ausgewogenen Kräfteverhältnis zwischen den Parteien sowie Gewerkschaften und Unternehmern verdankten sie weitgehende Mitspracherechte auf der politischen Bühne. Mit dem allmählichen Voranschreiten neoliberaler Ideen und durch die Politik der Regierung Thatcher wurden sie von ihrer angestandenen Machtposition verdrängt. Doch welche strategische Wirkung hatte die Theorie des Neoliberalismus auf die Politik Margaret Thatchers gegenüber den Gewerkschaften?

Diese Arbeit soll die Anwendung der neoliberalen Theorie auf die britischen Gewerkschaften unter Premierministerin Margaret Thatcher (1979 bis 1990) darlegen. Großbritannien unter Thatcher wurde dabei bewusst ausgewählt, da in diesem Land beispielhaft die Krise des alten staatlichen Systems aufgezeigt und die gewählten Lösungswege deutlich gemacht werden können. Jedoch stellt es auch in gewissen Punkten eine Ausnahme und Besonderheit dar, was die Funktionsweise des vorherigen Staatssystems betrifft. Im Zentrum der Analyse steht dabei nicht das Handeln der Gewerkschaften, sondern das Handeln der Regierung.

Der theoretische Ansatz, der für diese Arbeit gewählt wurde und der im zweiten Kapitel dargelegt wird, leitet sich von dem neo-marxistischen Soziologen Bob Jessop, ab. Sein neo-marxistischer staatstheoretischer Ansatz wird von ihm selbst auch als »strategisch-rational« bezeichnet (vgl. JESSOP 1994a: 71). Er beobachtet seit den 70er Jahren die „grundlegende Reorganisation von Staat und Staatlichkeit“ (BIELING 2001: 329), wobei er für seine Betrachtung unterschiedliche neo-marxistische Betrachtungsweisen kombiniert (wie Regulationstheorie, neo-gramscianische Konzeptionen oder diskursive Konstruktionen). Er konstatiert dabei unter anderem den Wandel vom fordistischen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat (KWS) zum post-fordistischen Schumpeterschen Workfare State (SWS). Mit diesem Wandel gehen Notwendigkeiten einher, welche verlangen, den Staat als solchen auf die veränderte Situation umzurüsten und wettbewerbsfähig zu machen. Als zentral stellt sich dabei die Notwendigkeit für staatliches Handeln heraus, die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Jessop nennt für den

Wandel zum SWS zudem dreierlei Strategien, wobei im vorliegenden Beispiel auf die neoliberale Strategie näher eingegangen werden soll.

Der zentralen Fragestellung - welche strategische Wirkung hatte die Theorie des Neoliberalismus auf die Politik Thatchers gegenüber den Gewerkschaften - wird die zu belegende These gegenübergestellt, dass der Neoliberalismus entscheidend dazu beigetragen hat, die britischen Gewerkschaften mittels des Thatcherismus von ihrer Machtposition zu verdrängen. Eine besondere Rolle kam dabei dem Verständnis und der Anwendung des Rechts als staatlicher Interventionsform gegenüber den britischen Gewerkschaften zu. Zudem war die deutliche Nähe von neoliberalen Theoretikern und der politischen Praxis von großer Bedeutung. Der Neoliberalismus konnte sich darüber hinaus in Großbritannien nach der Ära Thatchers bewahren und gilt trotz einiger Modifizierungen weiterhin als die führende Strategie im post-fordistischen Staatsprojekt Großbritanniens.

Im dritten Kapitel wird sowohl auf die theoretischen Grundlagen als auch auf die politischen Handlungsanweisungen des Neoliberalismus im Ansatz des Neoliberalen F. A. von Hayek eingegangen. Besonders hervorgehoben wird dabei, wie der Neoliberalismus die Gewerkschaften bewertet. Auch die Entwicklung und Geschichte des Neoliberalismus wird behandelt. Außerdem wird am Ende des Kapitels kurz zusammengefasst, welche wesentlichen Bestandteile eine neoliberale Strategie im Post-Fordismus besitzt.

Das vierten Kapitel widmet sich dem Beispiel Großbritannien. Dabei wird sowohl der britische Nachkriegskonsens analysiert als auch die fordistische Krise des Staates dargestellt. Eine zentrale Bedeutung kommt in diesem Teil der Konfliktsituation zwischen Staat und Gewerkschaften bis zur politischen Wende unter Thatcher zu.

Das fünften Kapitel befasst sich im Kontext einer neoliberalen Strategie mit der Person Thatchers, den neoliberalen Handlungsanweisungen der Politik des Thatcherismus und der besonderen Konfliktlinie zwischen Thatcher und den Gewerkschaften. Darüber hinaus werden auch die Besonderheiten des Thatcherismus neokonservativer Prägung und Abweichungen von der neoliberalen Strategie analysiert.

Kapitel sechs geht auf die Auswirkungen dieses Konfliktes und seine Folgen für ein post-fordistisches Modell im Zuge des Scheiterns Thatchers, auf die Nachfolge des

Thatcherismus durch New Labour und die Situation der Gewerkschaften sowie der britischen Arbeitnehmer nach der Regierung Thatcher ein.

Abschließend werden im Kapitel sieben daraus die Schlussfolgerungen für die oben aufgestellte These gezogen.

2. Vom Welfare zum Workfare State – der Wandel des Staates

2.1 Die Verortung des Themas

In Anlehnung an Jessop dienen die Veränderungen in Staatlichkeit und Staatsprojekt dieser Analyse. Er betrachtet in seiner strategisch-rational hergeleiteten Staatstheorie die Veränderungen des Staates auf mehreren Ebenen und in unterschiedlichen Perspektiven. Dabei unterscheidet er in primär institutionelle und materielle Dimensionen der staatlichen Veränderungen. Unter institutionellen Dimensionen fasst er das Repräsentationsregime, staatsinterne Organisationsmodi und Interventionsmodi in Gesellschaft und Wirtschaft, während die gesellschaftliche Basis des Staates, die Dominanz des Staatsprojektes und ein Hegemonieprojekt zu den materielle Dimensionen zählen. Bei der Behandlung der Gewerkschaftsfrage unter Thatcher wird besonders auf die institutionelle Dimension der Interventionsmodi in Gesellschaft und Wirtschaft einzugehen sein, da ein Großteil der Veränderungen in diesem Bereiche sich auf die Gewerkschaften auswirkte.

Generell lassen sich zwei Hauptveränderungen des modernen Staates erkennen: a) der Übergang vom Keynesianischen Wohlfahrtsstaat (KWS) zum Schumpeterschen Workfare Staat (SWS) und b) die schrittweise Aushöhlung des Nationalstaats.

Diese Arbeit wird sich mit dem Übergang vom KWS zum SWS befassen, der eine strukturelle Wettbewerbsfähigkeit des Staates im internationalen Staatensystem verlangt. Dazu hat Jessop drei idealtypische Strategien formuliert, von denen zur Analyse dieses Beispiels die neoliberale Strategie hervorgehoben wird. Entscheidend dabei wird sein, wie der Staat unter der Regierung von Margaret Thatcher aus einer Krisensituation heraus auf die Veränderungen von Staatlichkeit reagierte. Darüber hinaus entwickelte diese die Staatlichkeit strategisch fort und schwächte dabei all jene Gesellschaftskräfte, die an der Beibehaltung des bisherigen Systems interessiert waren bzw. es in eine andere Richtung fortentwickeln wollten (vgl. JESSOP 1994a).

2.2 Vom Fordismus und Keynesianischem Wohlfahrtsstaat zum Post-Fordismus

Der Fordismus war in der Nachkriegszeit „ein auf Massenproduktion und Massenkonsum basierendes Modell der Kapitalakkumulation“ (JESSOP 1986: 12), das durch den Interventionsstaat gestützt wurde (vgl. BIELING 2001: 329). Er wurde in den 60er und 70er Jahren vom Modell des KWS in seiner beschränkten mikroökonomischen Flexibilität verstärkt und durch die Gewährleistung von Vollbeschäftigung und Massenkonsum flankiert. Das Versprechen staatlicherseits, bei konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft zu intervenieren und somit das Wachstum zu sichern, eröffnete den fordistischen Unternehmen die Möglichkeit in einem Klima wachsender Skalenerträge bereitwilliger zu investieren (vgl. JESSOP 1994a: 62). Durch die darüber hinausgehende „Festsetzung eines Mindestlohnes, Generalisierung von Massenkonsumnormen und Koordinierung des Kapital- und Konsumgütersektors trug der KWS zur Sicherung von Bedingungen bei, die den idealen fordistischen Kreislauf von Massenproduktion und Massenkonsum begünstigten“ (ebd.: 62). Im Gegenzug konnten durch das Modell des Fordismus wirtschaftliche Grundlagen des Wohlfahrtsstaats realisiert werden. Die Wachstumsdynamik des Fordismus ermöglichte es dem Staat, „die Interessen des Industriekapitals und der gewerkschaftlichen organisierten Arbeitnehmer zu einem Programm von Vollbeschäftigung und wachsender gesellschaftlicher Wohlfahrt zu verbinden“ (ebd.: 62).

Nach Jessop unterliegt der moderne Staat verschiedenen neueren Wirtschaftstendenzen, welche die Weltwirtschaft und mit ihr die strukturelle Konkurrenzfähigkeit der staatlichen Ökonomien veränderten, die er unter sechs Punkten zusammenfasst.¹ Diese sind: a) „die Entstehung *neuer Schlüsseltechnologien*“, b) „die nachhaltige *Internationalisierung* der Finanz-, Handels- und Industrieströme unter der Vorherrschaft einer neuen internationalen mikroökonomischen Hierarchie“, c) „die Tendenz zur *Regionalisierung*“, d) „der *Übergang von Fordismus zum Post-Fordismus* als das dominant technologisch-wirtschaftliche und organisatorische Paradigma kapitalistischer Wirtschaft und die Auswirkungen auf Unternehmen sowie sektorale, regionale und (trans-)nationale Strategien“, e) „die *Zunahme der Dienstleistungen* und [...] eine Tendenz zur *De-Industrialisierung*“ und f) „die *Globalisierung des Risikos*“ (ebd.: 58ff). Laut Schumpeter sind Veränderungen gerade wichtig für den Kapitalis-

¹ Genauere Ausführungen und Beispiele zu den Wirtschaftstendenzen bei (JESSOP 1994a: 58-61).

mus. „Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt aus den neuen Konsumgütern, den neuen Produktions- oder Transportmethoden, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft“ (SCHUMPETER 1972: 137). Durch die ökonomischen Strukturverschiebungen, die Jessop aufzählt, wird jedoch auch „das tragende soziale Fundament des »Keynesianischen Wohlfahrtsstaates« transformiert“ (BIELING 2001: 330). Alte korporatistische Arrangements lösen sich auf und bisherige soziale Anrechte werden „zugunsten einer stärker marktorientierten Leistungs- und Effizienzphilosophie [...] zurückgedrängt“ (ebd.: 330).

Die Hauptmerkmale des sich entwickelnden Post-Fordismus sind daher „das Streben nach Flexibilität und Innovation [...] um die Rigidität der Angebotsseite zu überwinden“ (JESSOP 1994a: 62). Dabei nimmt die „Bedeutung flexibler Produktionssysteme, innovatorischer und risikobereiter Unternehmen, flexibler Arbeitsmärkte sowie dem Wiederaufleben von Industriegebieten und regionalen Ökonomien“ zu (ebd.: 62). Die Globalisierung wird zudem zum Synonym für grenzenlose Märkte, die von transnational agierenden Unternehmen genutzt werden, um die besten Konditionen im Wettbewerb zu erreichen und von den Nationalstaaten einzufordern. Zugleich suchen die politischen Kräfte neben diesen wirtschaftlichen Veränderungen nach Möglichkeiten den Zusammenhalt und die Legitimation des Staates wiederherzustellen. Erschwerend kommt hinzu, dass zeitgleich eine Aushöhlung des Nationalstaates durch die Abgabe von Kompetenzen an supranationale Organisationen, Übertragung von Funktionen auf die subnationale Ebene und neue Formen internationaler Zusammenarbeit stattfindet und die nationalstaatliche Ebene umgangen wird (vgl. ebd.: 57).

Da der KWS vornehmlich darauf bedacht war, „die Nachfrage im Interesse der Vollbeschäftigung zu regeln und soziale Rechte über generalisierte Massenkonsumnormen auszuweiten“ (ebd.: 57), mündeten die Bemühungen des Staates mittels dieser von keynesianischer Konjunkturpolitik gesteuerten Wirtschaftspolitik und dem Wohlfahrtsstaat, der die negativen Effekte des scheiternden Fordismus aufzufangen suchte, in den Zeiten wirtschaftlicher Schwäche in eine Krise des relativ unflexiblen Sozialstaates. Dieser wurde von den Veränderungen und Modernisierungen in der Wirtschaft unter dem Vorzeichen des Post-Fordismus zunehmend unentbehrlicher und zugleich für den im Wettbewerb stehenden Staat immer weniger tragbar. Soziale

Sicherungssysteme als Auffanginstrumente und staatliche Garantien zur Vollbeschäftigungssicherung überbeanspruchten die Leistungsfähigkeit des Staates in dieser Krise.

2.3 Der Schumpetersche Workfare State

Nach Auffassung Jessops wird im Post-Fordismus das Lösungsmodell für den scheiternden KWS in Form des Schumpeterschen Workfare State deutlich. Dabei ist es „das Hauptanliegen des sich entwickelnden »Schumpeterschen Workfare State« [...] Innovationen auf der Angebotsseite zu fördern sowie Tempo und Zielrichtung des technologischen Wandels mitzubestimmen und seine Wohlfahrtstätigkeit aus der Sicht der Auswirkungen auf die Flexibilität des Arbeitsmarktes und/oder auf die strukturelle Konkurrenzfähigkeit zu reorganisieren“ (JESSOP 1994a: 57). Gemäß Schumpeter ist es „der Prozess der schöpferischen Zerstörung“, welcher mittels Innovationen die Wirtschaft in ein fortschrittliches Ungleichgewicht bringt (vgl. SCHUMPETER 1972: Kap. VII). Dies schaffe die Anreize auf der Angebotsseite und verhindere den wirtschaftlichen Stillstand. Auch warnt Schumpeter davor, der Arbeitslosigkeit den Schrecken gänzlich zu nehmen. So sagt er: „Dennoch behaupte ich fest, daß die eigentliche Tragödie nicht die Arbeitslosigkeit *an sich* ist, sondern die Arbeitslosigkeit plus die Unmöglichkeit, ausreichend für die Arbeitslosen zu sorgen, *ohne die Bedingungen einer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zu verschlechtern*“ (ebd.: 118). Anhand dieser Aussage wird deutlich, warum Schumpeter einem wohlfahrtsstaatlichem System ablehnend gegenübersteht. Aus seiner Sicht werden mittels der sozialen Sicherheit des Wohlfahrtsstaats notwendige Anreize auf der Angebotsseite des Faktors Arbeit verhindert.

Die notwendig Voraussetzung für die Modernisierung des Staates aus Sicht des SWS² ist es, die internationale Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit des Staates und die wirtschaftliche Flexibilität zu steigern. Diese Wettbewerbsfähigkeit versucht der SWS durch eine komplexe Reorganisation der Staatstätigkeit zu erreichen. Es

² Die Bezeichnung »Schumpeterscher Workfare State« (SWS) (JESSOP 1994a: 43) kann bei Jessop auch in seinem allmählichen Wandel nachvollzogen werden, wenn er zunächst vom »Schumpeterianischen Leistungsstaat« (SLS) (JESSOP 1992: 250), dann vom SWS spricht, den Begriff in ein »Schumpetersches Workfare Regime« (SWR), in ein »Schumpeterianisches post-nationales Workfare Regime« (JESSOP 1998: 83) und schließlich in ein »postnationales schumpeterianisches Workfare Regime« (PSWR) vgl. JESSOP 2001: 87) weiterentwickelt. In dem Sinne, wie er das Modell begrifflich weiterentwickelt, wird auch der Rahmen deutlich, in dem er dieses post-fordistische Modell sieht. Für dieses Beispiel soll es jedoch beim Begriff des SWS belassen werden, da es besonders wichtig erscheint, die Rolle des sich wandelnden britischen Staates in den Vordergrund zu rücken.

kommt dabei zu einer „Verlagerung von einer nachfrageorientierten Politik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist, zu einer angebotsorientierten Politik, die auf strukturelle Konkurrenzfähigkeit ausgerichtet ist“ (JESSOP 1994a: 64) und zu einer Verschiebung des Staates in all seinen Sphären.³

Gemäß Jessop u.a. lassen sich darunter folgende Verschiebungen summieren: a) Der Aufschwung von Parteien, die sich dem »neuem Realismus« oder »neuem Wettbewerb« verschrieben haben und das Expandieren neuer Formen funktionaler Repräsentation, wohingegen alte kollektivistische Formen verdrängt werden. b) Die internen Modifizierungen des Staates als Reaktion auf die Verlagerung von Staatsaufgaben. c) Das Verlagern staatlicher Interventionen auf die »externen Effekte« und die Angebotsseite sowie die steigende Bedeutung strategischer Planung und gesellschaftlicher Steuerung. d) Die Staatsprojekte werden dabei „zunehmend auf Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet“ (ebd.: 64f). e) Im Bereich der sozialen Fürsorge des Staates vollzieht der SWS einen Wandel zu „einem stärker selektiven Wohlfahrtssystem, das sich an Arbeitsmarktflexibilität und Konkurrenzfähigkeit orientiert“ (ebd.: 65). Zudem kommt es zu einer Verknüpfung von Hegemonialprojekten mit dem „Entstehen eines globalen post-fordistischen Systems“, wie beispielsweise „das Anliegen der Regierung Thatcher, die Unternehmergeinschaft und den Volkskapitalismus zu fördern“ (ebd.: 65), auf das später noch eingegangen wird (s. Kapitel 5). In diesem Zusammenhang kommen die Gewerkschaften ins Spiel: „Aufgrund dieser neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten, die auf internationale Verhältnisse abzielen, kann sich ein Land keine starken Gewerkschaften leisten. Will es im internationalen Bereich konkurrenzfähig bleiben, dürfen die Gewerkschaften die Unternehmenspolitik nicht durch Streiks blockieren“ (BOCHMANN 2001: 146).

2.4 Post-fordistische Strategien

Laut Jessop gibt es drei kombinierbare alternative SWS-Strategien, die sich stets ergänzen, von denen jedoch in der langfristigen Planung eine stets dominierend ist (vgl. JESSOP 1994a: 65f). Unterstützung zu der Annahme, dass stets mehrere dieser Strategien im Staat vorherrschen, kommt von Kastendiek, der betont, dass selbst „die rigide Form der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Thatcherismus [sich] nicht ausreichend mit Kategorien wie z.B. [der] des »Neoliberalismus« greifen läßt“ (KASTENDIEK 1985: 25).

³ Mehr zu den einzelnen Veränderungen bei (JESSOP 1994a: 64f).

Die drei alternativen SWS-Strategien sind:

a) Die neo-korporatistische Strategie:

Die neo-korporatistische Strategie konzentriert sich, wie bereits der Korporatismus, auf im Vorfeld der Entscheidungen ausgehandelte Vereinbarungen. Doch im Unterschied zum bisherigen Korporatismus versucht der Neo-Korporatismus „die Zunahme relevanter Interessen in den politischen »communities« sowie die zunehmende Heterogenität“ (JESSOP 1994a: 66) der Akteure, der Märkte und der Interdependenzen zu anderen *communities* zu berücksichtigen. Neo-korporatistische Arrangements können dabei weitaus selektiver, flexibler sein und zunehmend auf die Mikroebene verlagert werden. Selbstregulierende und -kontrollierende korporatistische Organisation der Akteure tritt dabei in den Vordergrund, wobei der Staat allerdings eine unterstützende Rolle behält (vgl. ebd.: 66f).

b) Die neo-etatistische Strategie

In der neo-etatistischen Strategie geht es um die Förderung eines „staatlich geleiteten Ansatzes zur wirtschaftlichen Reorganisation durch Intervention von außerhalb und oberhalb der Marktmechanismen“ (ebd.: 67). Der Staat benutzt dazu seine Staatsgewalt über Imperien und/oder Dominien. Durch seine Intervention und Strukturpolitik sichert er die dynamische Leistungsfähigkeit von Wirtschaftsbereichen und –akteuren. Der Staat „interveniert direkt und offen, [...] setzt Strategien der gesellschaftlichen Steuerung ein“ und verfolgt eine „Strategie der flexiblen Spezialisierung in spezifischen Hochtechnologiebereichen“ sowie den Erhalt „kohärenter und konkurrenzfähiger industrieller Kernbereiche“ (ebd.: 67). Es ist bei dieser Strategie vor allem der Staat, der flexibel werden muss.

c) Die neo-liberale Strategie:

Die neoliberale Strategie zeichnet sich besonders dadurch aus, dass sie einen marktorientierten Übergang zum Post-Fordismus fördert. „Für den öffentlichen Sektor bedeutet dies eine Mischung aus Privatisierung, Liberalisierung und Anwendung wirtschaftlicher Kriterien im verbleibenden öffentlichen Sektor; für den privaten Sektor bedeutet es Deregulierung und einen neuen rechtlichen und politischen Rahmen (bspw. eine neue Ordnungspolitik), um passive Unterstützung für marktgerechte Lösungen bereitzustellen“ (ebd.: 66). Der Staat fördert die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch den Abbau von Marktkontrollen und Marktschranken, befürwortet In-

ternationalisierung und Wettbewerb (auch bei etwaigen Nachteilen für Teile der heimischen Wirtschaft), interveniert während der Übergangsphase zur freien Marktwirtschaft (um diese zu fördern) und verstärkt monopolistische Regulierungen (vgl. JESSOP 1994a: 66).

2.5 Zusammenfassung

Wie bereits aufgezeigt unterliegt der moderne Staat, angespornt von wirtschaftlichen Veränderungen und der Krisenhaftigkeit des alten Modells, einem Wandlungsprozess vom bisherigen fordistischen KWS zum post-fordistischen SWS. Dieser macht eine Vielzahl von staatlichen Remodifizierungen notwendig, denen auf unterschiedliche Weise strategisch begegnet werden kann.

Im Folgenden soll nun auf die Strategie des Neoliberalismus als Antwort auf die Veränderung des Staates näher eingegangen werden. Zunächst wird dabei die Theorie des Neoliberalismus definiert und seine Handlungsanweisungen bestimmt. Anschließend wird sein Umgang mit den Gewerkschaften analysiert sowie seine Entwicklung aufgezeigt. Der letzte Abschnitt schließt mit der Betrachtung des Neoliberalismus als post-fordistische Strategie das Kapitel.

3. Neoliberalismus in Theorie und Praxis

3.1 Theorie und Handlungsanweisungen des Neoliberalismus

3.1.1 Begriffsbestimmung

Auch wenn Niesen beklagt, dass es im deutschsprachigen Raum Schwierigkeiten bei der begrifflichen Bestimmung des Begriffes des Neoliberalismus oder des Neoliberalen gibt, soll hier auf seine Definition des »Libertarianismus«⁴ zurückgegriffen werden, um festzulegen, was im Rahmen dieser Arbeit unter Neoliberalismus zu verstehen ist. Im nachfolgenden Teil wird dann auf die theoretischen Grundannahmen Friedrich August von Hayeks (1899 bis 1992) eingegangen, der besonders die Form des europäischen Neoliberalismus geprägt hat⁵ (vgl. NIESEN 2002).

Hayek sah sich selbst als „Old Whig“ (HAYEK 1991: 494) und in der alt-englischen Tradition derer, die noch vor dem Einfließen sozialistischer Neigungen den Liberalismus prägten, wie die schottische Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts (vgl. auch WATRIN 2003).

⁴ Von Niesen gewählter Kunstbegriff (vgl. NIESEN 2002).

⁵ Der amerikanische Neoliberalismus wurde dagegen von Robert Nozick geprägt (vgl. NIESEN 2002).

Niesens Definition des Neoliberalismus à la Hayek stellt in erster Linie den Schutz der individuellen und persönlichen Freiheiten in den Vordergrund. Besonders wichtig unter den schützenswürdigen Grundfreiheiten ist dabei die freie Verfügung über das Privateigentum, das sich vom Eigentum an der eigenen Person (*self-ownership*) ableitet (vgl. NIESEN 2002: 78). Des Weiteren wird die marktwirtschaftliche Orientierung⁶ als wichtig erachtet. Hinzu kommt die zentrale Rolle des Staates als Garant für Freiheit, Ordnung, Wettbewerb, Eigentums- und Vertragsverhältnisse. Ein solcher minimaler Ordnungsstaat soll nicht in die Produktionsverhältnisse eingreifen und keine sozialstaatliche Umverteilung vollziehen. Der Neoliberalismus tritt für die Beschränkung politischer Autonomie ein, da er ein Konkurrenzverhältnis zwischen den ausdrücklich erwünschten individuellen Freiheiten einerseits und den in Demokratien eintretenden politischen Freiheiten andererseits sieht. Daher plädieren Neoliberale wie Hayek „für eingeschränkte Funktionen und Handlungsmöglichkeiten demokratischer Institutionen und bürgerlicher Partizipation.“ (ebd.: 79)

Der Neoliberalismus entstand in mehreren unterschiedlichen Gruppierungen, doch den Neoliberalismus Hayeks hat am maßgeblichsten die sog. *Freiburger Schule* in Deutschland geprägt. Diese Gemeinschaft vertrat von den Strömungen, die im Neoliberalismus von *Neo-Klassikern* über *Keynes-* und *Oxford-Liberalen* bis zum *Ordoliberalismus* reichen, die letztere. Der *Ordoliberalismus* befürwortet einen „»marktkonformen Interventionismus«, der primär, jedoch nicht ausschließlich, auf die Errichtung und Erhaltung einer reinen Wettbewerbsordnung ausgerichtet ist“ (BECKER 1965: 39). Ein starker Staat wird im *Ordoliberalismus* als Garant für die Einhaltung der marktkonformen Wettbewerbsordnung gesehen. Von der Gruppe dieser *Ordoliberalen* spalten sich jedoch noch zwei weitere Richtungen ab, zum einen die *soziologischen Neoliberalen* und zum anderen die *Extremen*, zu denen auch Hayek und sein Lehrer Ludwig von Mises gehören und die „wegen ihrer Interventionsfeindlichkeit den Neo-Klassikern nahe stehen“ (ebd.: 46). Hayek gehört auch zu jenen *Ordoliberalen*, die den Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« ablehnen. Seiner Auffassung nach ist Marktwirtschaft per se sozial und muss dies nicht erst durch staatliche Maßnahmen werden (vgl. HENNECKE 2000: 270f).

⁶ Demnach steuert der Markt zwanglos und zum gegenseitigen Vorteil alle sozialen Beziehungen und Tauschprozesse.

3.1.2 Die theoretischen Grundannahmen des Neoliberalismus

In seinem Hauptwerk *Die Verfassung der Freiheit* von 1960 hat Hayek seine Konzeption des Neoliberalismus in Grundlagen, Ideengeschichte und politischen Forderungen dargelegt. Hier soll nun näher auf die Grundlagen und Ideen des hayekschen Neoliberalismus eingegangen werden. Die politischen Forderungen, die sich daraus ergeben, werden in Kapitel 3.1.3 behandelt.

Zu Beginn legt Hayek den zentralen Begriff der Freiheit aus, der für ihn die Abwesenheit von Zwang bedeutet. Sein Begriff von Freiheit ist zudem nicht mit politischen Freiheiten gleichzusetzen. Besonders wichtig ist die Freiheit des Individuums gegenüber Staat und Gesellschaft. „Freiheit heißt für Hayek nicht das Verfolgen jener libertären Befreiungsideen, in denen jeder Einzelne selbst die Grenzen seines Handelns bestimmt, sondern es wird ausdrücklich auf den Pflichtanteil einer freien Ordnung hingewiesen, der darin besteht, daß dem Handeln des Einzelnen dort Grenzen gezogen werden müssen, wo er die Freiheit anderer Mitglieder [sic!] Gesellschaft bedroht oder zerstört“ (WATRIN 2003: 3). Ausdrücklich wehrt sich Hayek gegen eine Auslegung des Begriffes im Sinne einer Gleichsetzung oder Wohlstands-umverteilung. Auch als er später auf die Bedeutung der Demokratie eingeht, steht der Schutz der persönlichen Freiheit, bedroht vom Votum der kollektiven demokratischen Mehrheit, im Vordergrund.⁷ Nur durch den „Verzicht auf Lenkung der individuellen Bemühungen“ (HAYEK 1991: 40) können »die schöpferischen Kräfte einer freien Zivilisation«⁸ positiv genutzt werden (vgl. ebd.: Kap. II). Die Freiheit kann nach Auffassung Hayeks am wirksamsten durch eine »Gleichheit vor dem Gesetz« und eine »Herrschaft des Gesetzes« gewährleistet werden. So sollen beispielsweise die Möglichkeiten eines staatlichen Eingriffes in den Schutzbereich des Individuums weitgehend eingeschränkt werden. Die Entscheidungen staatlicher Verwaltung müssen gerichtlich überprüfbar sein (vgl. ebd.: 2. Teil). „Während die Diktatur oftmals die Freiheit erhalten kann, ist dies für die Demokratie gerade nicht ausgemacht“ (NIESEN 2002: 100). Hayek vertritt in diesem Zusammenhang die These von der die Freiheit vernichtenden Demokratie mit totalitären Auswüchsen, wenn die Wählermehrheit über den Grad der Freiheit der Individuen bestimmen könne (vgl. HAYEK

⁷ Die Demokratie sei daher notwendigerweise durch den Föderalismus zu beschränken (vgl. HAYEK 1991: 40).

⁸ Hier lässt sich auf deutliche Parallelen zu Schumpeters Fortschrittsgedanken der »schöpferischen Zerstörung« (Kap. 2.3) verweisen.

1991: Kap. VII). Daher fordert er beispielsweise, das parlamentarische System Großbritanniens umzugestalten. So sollten die Kompetenzen des Ober- und Unterhauses (besetzt mit un-, sowie parteilichen Abgeordneten) neu verteilt und eine übergeordnete Instanz, bspw. ein Verfassungsgericht, eingeführt werden. Zentraler Gedanke dabei ist es, Volkswillen und Volksmeinung in zwei voneinander getrennten Kammern zu vertreten. „Während die Kontrolle des Regierungshandelns weiterhin bei der Regierungsversammlung liegen soll, stehen ihr Zwangsmittel gegenüber Privatleuten nur innerhalb von Grenzen, die vom Oberhaus festgelegt werden, zur Verfügung“ (NIESEN 2002: 101). Hayek versucht auf diese Weise „den in seinen Augen verhängnisvollen politischen Einfluß starker Interessenverbände zurückzustutzen und die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft“ (WATRIN 2003: 7) zu verbessern. All dies lässt sich gut unter der hayekschen *Maxime* subsumieren, die Macht des Staates für die Freiheit des Individuums zu reglementieren.

Als »Grundtatsache des Fortschritts« sieht Hayek die gesellschaftlichen Vorreiter, die Ungleichheit durch ihr hohes Tempo an Entwicklung notwendig machten (vgl. HAYEK 1991: Kap. III). Denn, so behauptet er, „auch die heute Ärmsten verdanken ihr relatives materielles Wohlbefinden den Folgen vergangener Ungleichheit“ (ebd.: 55). Letztendlich seien Verantwortung und Freiheit untrennbar miteinander verbunden und verlangten Eigenverantwortung. Wenn versucht würde, materielle Gleichheit herzustellen, bedeute dies die Abnahme tatsächlicher Gleichheit - auch vor dem Gesetz - und somit schließen sich diese beiden generell aus. In einem Interview in der Zeitung *Die Welt* kommentiert Hayek 1983 den Versuch der Umverteilung so: „Ich halte »soziale Gerechtigkeit« für ein Unsinnswort. Es ist im Grunde inhaltsleer, weil es unerfüllbare Wünsche ausdrückt.“ (HERTZ-EICHENRODE 1983: 3)

Die Marktsteuerung wird von Hayek gegenüber der Planwirtschaft „als erkenntnistheoretische »Dezentralisierung« betrachtet“ (NIESEN 2002: 94). Hayeks Theorie einer »spontanen Ordnung« zielt auf die Ordnung des Marktes ab, die nicht das Ergebnis bewusster Planung ist. Diese »spontane Ordnung« ließe sich auch nicht durch ein zentral gesteuertes System simulieren (vgl. WATRIN 2003). Nur eine „Anmaßung von Wissen“ (HAYEK 1996) kann demnach glauben lassen, dass der Staat besser als die natürlichen Marktmechanismen alle Faktoren berücksichtigen könne, die zur Steuerung der Wirtschaft und Gesellschaft nötig sind. Denn Hayek folgt dem Argu-

ment Karl Poppers, „daß unser Wissen irrtumsanfällig ist und damit nie als sicher oder endgültig gelten kann“ (WATRIN 2003: 8). Der Markt aber übernehme durch den Preismechanismus die wirksamste Handlungskoordination. Planwirtschaft müsse hingegen zu Diktatur führen, da diese staatliche Willkür ermögliche. In der keynesianischen Wirtschaftswissenschaft herrsche zudem der „Aberglaube, daß nur messbare Größen Bedeutung haben können“ (HAYEK 1996: 9).

Marktteilnehmer üben keinerlei Zwang aufeinander aus. Falls sich jedoch aufgrund von Knappheiten Monopolisten herausbildeten, die ein unentbehrliches Gut zurückhielten, müsse von ihnen verlangt werden, alle ihre Kunden gleich zu behandeln (Diskriminierungsverbot). Dies sei die einzig wirksame Beschränkung, die auch gegenüber dem Staat gelte. Während andere Neoliberale sich für staatliche Kontrollmechanismen gegenüber Monopolisten (Wettbewerbskontrollen) einsetzen, hegte Hayek vor allem Skepsis gegenüber staatlichen Ermessensbeschränkungen von Monopolen. Nach seiner Überzeugung reicht ein Diskriminierungsverbot gegen die unerwünschten Zwänge seitens der Monopole aus (vgl. HAYEK 1991: Kap. IX).

Er wehrt sich in seinem Buch *Der Weg zur Knechtschaft* zudem gegen die marxistische Lehre von der »Konzentration des Kapitals« und jedwede Zwangsläufigkeit zum Monopolismus oder zur Planwirtschaft. Schuld an Monopolen seien laut dem von ihm angeführten Bericht des amerikanischen *Temporary National Economic Committee* von 1941 Vereinbarungen hinter dem Rücken der Konsumenten, die durch Regierungsmaßnahmen gefördert würden (vgl. HAYEK 2003: Kap. IX).

Zwar räumt er ein, dass Zwang durch eine hohe Arbeitslosigkeit oder durch lokale Hoheit über die Beschäftigungsverhältnisse möglich sei, doch in einer prosperierenden Wettbewerbsgesellschaft eine Ausnahme darstelle. Ein vollständiges Beschäftigungsmonopol wie in einem voll sozialisierten Staat würde jedoch eine uneingeschränkte Zwangsgewalt bedeuten.

Dennoch war Hayek kein Vertreter einer simplen Minimalstaatslehre. „Für ihn ist der Rechtsstaat eine notwendige Voraussetzung einer freiheitlichen Ordnung. [...] Die Verwaltung ist an die Kette des Rechts zu legen [...] Das Recht selbst bildet eine Schranke für jedermann, seine Instrumentalisierung im Dienste spezieller politischer Ziele ist abzulehnen“ (WATRIN 2003: 10).

Als Aufgaben des Staates sieht Hayek neben der Wirtschaftsförderung, der Bereitstellung eines verlässlichen und funktionierenden Geldsystems, der Ordnungsfunk-

tion mit seinem Monopol auf Zwangsausübung und der Gewährung der militärischen Sicherheit auch die Versorgung mit notwendigen Dienstleistungen, die sonst überhaupt nicht bereitgestellt würden oder nicht von jedem bezahlt werden könnten. Stets wäre aber die Frage danach zu stellen, ob die Vorteile die Kosten wert sind. Dienstleistungen, die nicht privat bereitgestellt werden könnten sollten zunächst staatlicherseits finanziert, könnten aber später privatisiert werden (vgl. HAYEK 1991: 3. Teil). Allerdings gehe von staatlicher Tätigkeit die Gefahr der Monopolisierung aus, da der Staat die Macht der Besteuerung besitze und zu nutzen vermöge. Subventionen für staatliche Unternehmungen sollten parallel auch immer privaten Unternehmen gewährt werden.

Grundsätzlich lehnt Hayek jegliche staatliche Preis- und Mengenkontrolle ab, die schließlich die Funktionen des Marktes behindern würden. Vertragsfreiheit sei nach allgemeinen Regeln gültig und erzwingbar. Ebenso gehörten die Verhütung von Gewalt und Betrug, der Schutz des Eigentums, das Erzwingen von Verträgen und gleiche Rechte für alle Individuen zu den Mindestanforderungen für das Funktionieren des Marktes.

Bedroht sieht Hayek die Freiheit des Individuums durch jede Art von Kollektivismus, also Nationalsozialismus, faschistische und sowjetische Regime sowie die keynesianische Lehre (vgl. DIXON 2000a: 9). Der Kollektivismus gilt Hayek sogar als Hauptfeind. Der staatliche Interventionismus des *New Deal* in den USA habe zu einer Relativierung der »Herrschaft des Rechts« geführt. Mit dem Niedergang des Sozialismus sei der Aufstieg des Wohlfahrtsstaats verbunden gewesen. Er sieht die zunehmende Gefahr, dass immer mehr soziale Sicherheit als legitimes Regierungsziel angesehen würde. „Wenn die Regierung nicht bloß die Erreichung gewisser Standards für die Einzelnen erleichtern will, sondern sichern will, daß jedermann sie erreicht, kann sie das nur indem sie den Einzelnen darin jedweder Wahl beraubt“ (HAYEK 1991: 331). Der Wohlfahrtsstaat werde damit zu einem „Haushaltsstaat“ (ebd.: 332).

Im Bereich der sozialen Sicherheit verweist Hayek vor allem auf die Notwendigkeit, Anreize zur selbständigen Absicherung zu geben und nicht durch übermäßigen staatlichen Interventionismus Vorsorge zwangsweise zu schaffen. Soziale Einrichtungen

und eine soziale Grundsicherung sollten ausdrücklich nur für diejenigen geschaffen werden, die nicht in der Lage wären sich selbst zu helfen oder unschuldig Not litten. Dies müsse jedoch jenseits des Marktes geschehen. Gesundheitliche Fürsorge und dergleichen in Händen des Staates sieht Hayek als zunehmende Entmündigung der Individuen. Somit legt Hayek Wert darauf, dass diese Sektoren wieder dem privaten Bereich zugeführt werden (vgl. HAYEK 1991: Kap. XIX).

Ähnlich verhält es sich im Zusammenhang mit der Besteuerung zur Umverteilung in Form der Steuerprogression, die Hayek als besonders schädlich für die Freiheit ansieht. Hier maßt sich seiner Auffassung nach der Staat an, eine Ungleichheit vor dem Gesetz zu erzeugen, eine Minderheit zu diskriminieren („Diskriminierung gegen die Wohlhabenden“ (ebd.: 397)) und den Leistungswillen der einzelnen negativ zu beeinflussen. Diese Form von Besteuerung sei somit gänzlich abzulehnen (vgl. ebd.: Kap. XX).

Wirtschaftspolitisch legt Hayek besonderen Wert darauf die Inflation zu bremsen, da „Veränderungen des Geldangebots besonders störend“ (ebd.: 411) seien und eine Neigung der Regierungspolitik zur Inflation nur kurzfristiges schädliches Denken sei. Deflation hingegen sei in ihrer Problematik bei weitem überschätzt und kein nötiger Grund für Inflationspolitik. Die Inflation würde das Verlangen nach Wohlfahrtsmaßnahmen und staatlicher Intervention bestärken. Die kurze, aber die Wirtschaft stimulierende Wirkung der Inflation würde einkalkuliert und einfach verpuffen, wenn sie nicht progressiv weiter steige (‘Inflationsspirale’). Vielmehr sollte die Wirtschaftspolitik die Unabhängigkeit der Zentralbanken gewährleisten, um diese nicht zum Spielball der Politik zu machen und ein hohes und stabiles Beschäftigungsniveau durch die Stabilität des Gesamt-Preisniveaus anstreben. Bei alledem würden besonders politische Schwierigkeiten im Weg stehen, da diese Wirtschaftspolitik schwer zu vermitteln sei (vgl. ebd.: Kap. XXI).

Doch lässt sich auch deutlich Kritik an der neoliberalen Theorie formulieren. Unter anderem⁹ gesteht der Neoliberalismus im Unterschied zur neo-klassischen Lehre bewusst kein Marktversagen ein, aufgrund dessen es doch notwendig sein könnte, den Staat intervenieren zu lassen. Wie später noch gezeigt wird, befürworten einige Neoliberale, darunter auch Hayek, eine Intervention des Staates lediglich zugunsten

⁹ Darüber hinaus finden sich in der gegenwärtigen Literatur noch weitaus mehr Kritikpunkte an der Theorie des Neoliberalismus, die hier im Einzelnen aber nicht erörtert werden können.

des neoliberalen Modells. Diese selektive Argumentation des Neoliberalismus, der sich als 'Schüler' der wissenschaftlichen Neoklassik sieht sowie der Umstand, dass ein funktionierendes Marktsystem bislang nur im Modell ohne Marktversagen besteht, lässt es zu, ihn als ideologisch zu kritisieren. Einige Kritiker gehen dabei noch etwas weiter. Gemäß Bourdieu ist der Neoliberalismus nur „ein Programm zur Zerstörung kollektiver Strukturen, die noch in der Lage sind der Logik des reinen Marktes zu widerstehen“ (BOURDIEU 1998), als da wären der Nationalstaat, die Lohngruppen und Kollektivorganisationen wie Gewerkschaften.

Besonders das hayeksche Verständnis der Monopole wird im Zusammenhang mit der Macht der britischen Gewerkschaften später in Kapitel 3.2 noch von Bedeutung sein. Doch zunächst soll auf einige grundsätzliche Handlungsanweisungen des Neoliberalismus eingegangen werden, die sich aus der Argumentation Hayeks ableiten lassen.

3.1.3 Handlungsanweisungen des Neoliberalismus

Grundsätzlich verlangt die Theorie des Neoliberalismus eine deutlich stärkere Unabhängigkeit der (schöpferischen) Marktkräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen als der Liberalismus. Dazu soll sich der Staat weitestgehend zurückziehen, aber mittels der »Herrschaft des Gesetzes« den Schutz des Individuums und Eigentums vor Zwang gewährleisten. Die Liberalisierung der Wirtschaft und die Deregulierung bestehender staatlicher Schranken für die Wirtschaft sollen erfolgen. Bisherige staatliche Leistungen sollen privatisiert werden, soweit sie nicht ordnungspolitische Bedeutung haben oder die Versorgung mit Leistungen aufrechterhalten, welche die Privatwirtschaft nicht erbringen kann. Wirtschaftspolitisch steht die Inflationsbekämpfung durch eine restriktive Geld- und Ausgabenpolitik im Mittelpunkt. Generell zielen die Handlungsanweisungen des Neoliberalismus auf eine Angebotsökonomie statt der zuvor verfolgten nachfragegesteuerten Ökonomie. Und „im weitesten Sinne umfaßt die »rule of law« auch das Konzept von »law and order«, also die allgemeine Geltung und gegebenenfalls zwangsweise Durchsetzung des durch das »souveräne« Parlament geschaffenen Rechts seitens einer starken Regierung“ (GROBE 1990: 134).

3.1.4 Phasen des Neoliberalismus

Um den Neoliberalismus hayekscher Prägung, welcher die spätere neoliberale Strategie der Regierung Thatcher in Großbritannien prägte, verständlich zu machen, soll an dieser Stelle auch auf seine geschichtliche Entwicklung eingegangen werden. Plehwe und Walpen unterteilen den Neoliberalismus geschichtlich in drei Phasen der Hegemonieentfaltung¹⁰ (PLEHWE U. WALPEN 1999: 221ff), die auch hier Anwendung finden sollen:

Die erste Phase wird als Verteidigungsphase der Neoliberalen bezeichnet, die gegen den amerikanischen *New Deal*¹¹ seit den 20er Jahren, bis in die 60er Jahre hinein kämpften und die sich dabei in „geistige[r] Isolation“ (DIXON 2000a: 12) konsolidierten. Als Meilensteine können dabei das *Colloque Walter Lippmann* 1938 in Paris und der Gründungsakt der *Société du Mont-Pèlerin* (Mont-Pèlerin Gesellschaft - MPS)¹² 1947 auf dem Mont-Pèlerin angesehen werden. Dabei kamen erstmals führende Kritiker des staatlichen Interventionismus und gesellschaftlichen Kollektivismus zusammen um fest institutionalisierte internationale Strukturen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen sollten sich auszutauschen und zu artikulieren (vgl. ebd.: 8ff). Die Gesellschaft organisierte fortan unter der Leitung von Hayek¹³ „die intellektuelle Opposition gegen jegliche Form staatlicher Intervention“ (ebd.: 10). Gerade „das aktive Bemühen um Wiederhall ihrer Ideen in den Medien wurde [...] zu einer der Arbeitsachsen, welche die Neoliberalen in den kommenden Jahren noch weiter entfalten sollten“ (DIXON 2000a: 24). Ihr Ziel bestand darin, „das Meinungsklima unter den westlichen Intellektuellen zugunsten des Wirtschaftsliberalismus zu beeinflussen“ (ebd.: 24). Mehrere Mitglieder schufen in der Folgezeit ihre eigenen nationalen Netzwerke¹⁴ (vgl. ebd.: 25).

Doch in dieser Phase wirkten die maßgeblichen Lehrbücher der Ökonomie noch „auf eine Konsolidierung der keynesianischen Hegemonie hin“ (ebd.: 27). „Solange

¹⁰ Hegemonie im gramscianischen Sinne verstanden als zivilgesellschaftliche Führung mit gesellschaftlicher Zustimmung (vgl. NAUBERT 2001).

¹¹ Dieser bestand vor allem in einer staatlichen Interventionspolitik als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise.

¹² Noch heute gehören der MPS ca. 5000 Mitglieder an, darunter auch frühere Mitglieder der Thatcher-Regierung wie John Biffen, Geoffrey Howe und Rhodes Boyson (vgl. DIXON 2000a: 25). Auch Keith Joseph, „geistiger Mentor Margaret Thatchers“ (ebd.: 33), war ein MPS-Mitglied.

¹³ Hayek selbst lehrte seit 1931 an der *London School of Economic* (LSE) und veröffentlichte 1944 das Werk *Der Weg zur Knechtschaft* – ein „anti-kollektivistisches Pamphlet“ (ebd.: 22f) und eine Kritik an der Planwirtschaft, die ihn weitläufig bekannt machte. Er lehrte an der *University of Chicago* (1950 bis 1962) und anschließend an der *Universität Freiburg* (DIXON 2000a, HENNECKE 2000).

¹⁴ Mehr zu den Strukturen der MPS auch in (WALPEN 2004).

er innerhalb des internationalen Feldes der Volkswirtschaftslehre noch kaum eine Rolle spielte, war sich von Hayek nicht zu schade für ein direktes Eingreifen in die Politik, in der Hoffnung, auf diese Art und Weise den marktwirtschaftlichen Frühling durch das Verfassen von Flugschriften und Pamphleten für seine in den verschiedenen Netzwerken und *think tanks* vor allem der angelsächsischen Welt arbeitenden Freunde schneller herbeiführen zu können“ (DIXON 2000a: 28). Hayek wirkte dahin, die Intellektuellen, die ihm in ihrer Rolle als Meinungsmacher wichtig erschienen, zu bekehren. So wollte er die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten wieder erstreiten, die seiner Auffassung nach im Kollektivismus und im keynesianischen Nachkriegskonsens auf der Strecke geblieben waren.

Die zweite Phase des Neoliberalismus wird als Bewegungsphase der sechziger und siebziger Jahre bezeichnet. In dieser Zeit gelang es den Neoliberalen insbesondere unter ihren einstigen Gegnern immer mehr Anhänger zu finden und an Einfluss zu gewinnen. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete das bereits 1955 gegründete *Institute of Economic Affairs* (IEA) in Großbritannien. Doch „erst als die Funktionsstörungen der westlichen Volkswirtschaften immer schwerwiegender wurden, verlor die keynesianische Orthodoxie allmählich ihre Selbstgewissheit, wodurch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen waren, daß sich die seit langem schon hinter den Kulissen vorbereitete neoliberale Offensive entwickeln und entfalten konnte“ (ebd.: 12). Dixon macht deutlich, warum die Neoliberalen gerade in Großbritannien mit ihrer „Offensive“ begannen: „Wo ließ sich der neoliberale Kampf besser beginnen, als in dem Land, das seit den siebziger Jahren den Bankrott des Keynesianismus in aller Anschaulichkeit illustrierte, also im Großbritannien der »bleiernen Jahre«?“ (ebd.: 12; vgl. Kapitel 4). Jedoch waren die britischen Intellektuellen in der Mehrheit keine Anhänger des Kapitalismus, daher war eine geistige Revolution vonnöten, die auch von weiteren britischen *think tanks* mit vorbereitet wurde (vgl. Kapitel 5.1.2). Gerade in Großbritannien hat sich, trotz nur begrenzter Mittel und Personalien „der Einfluß des Neoliberalismus am spektakulärsten ausgewirkt, stellt man in Rechnung, daß er dort mit einer noch relativ mächtigen Arbeiterbewegung und einer starken Tradition staatlicher Intervention in den ökonomischen und sozialen Bereich konfrontiert war, und sich auch die intellektuelle und politische Niederlage der keynesianisch ausgerichteten Linken hier am aufsehenerregendsten auswirkte“ (DIXON 2000a: 11f; vgl. Kapitel 5). Die Suche nach neuen Lösungswegen in der britischen Krise konnte den Ideen der Neoliberalen erst die

der britischen Krise konnte den Ideen der Neoliberalen erst die nötige Aufmerksamkeit verschaffen, um die sie so lange gerungen hatten.

Die dritte Phase des Neoliberalismus ist die der Stellungskriege, der in den achtziger Jahren begann, als der Neoliberalismus um die Umsetzung seiner Vorgaben in Staat und Politik kämpfte. Es gelang ihm, den Keynesianismus sowie bisherige korporative und kollektivistische Strukturen weitestgehend zu verdrängen. Plewe und Walpen betonen, dass „mit Ideen jenseits des neoliberalen Grundkonsenses [...] derzeit kein Staat zu machen“ sei (PLEHWE U. WALPEN 1999: 228).

3.2 Das neoliberale Verständnis und die Bewertung der Gewerkschaften

3.2.1 Die Argumentation des Neoliberalismus

Nun soll genauer darauf eingegangen werden, welchen Standpunkt die Theorie des Neoliberalismus gegenüber den Gewerkschaften einnimmt. In den vorherigen Kapiteln ist schon deutlich geworden, dass die neoliberalen Anhänger Hayeks sich besonders durch ihre Ablehnung des Kollektivismus auszeichnen. Dies beruht vor allem darauf, dass sie in den Zusammenschlüssen von Interessengruppen innerhalb eines Staates wie etwa den Verbänden immer auch das Potenzial sehen, dass die Freiheit des Individuums beschränkt werden könnte. Da gerade die Gewerkschaften diejenigen sind, die vehement Kollektivinteressen vertreten und im Wirtschaftssektor die freien Marktkräfte stören können, werden sie zum Ziel hayekscher Kritik.

Die Gewerkschaften werden von neoliberalen Vertretern als Monopolisten auf dem Arbeitsmarkt gesehen, die Preise für die Arbeit erzwingen, welche nicht im Rahmen dessen liegen, was sich im natürlichen Spiel der Marktkräfte von Angebot und Nachfrage einstellen würde. Dies schränke die natürliche Allokation der Ressourcen ein. Auch sind sie im neoliberalen Verständnis direkt für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, da sie in Krisenzeiten die Mobilität und die Einstellung der Arbeitskräfte bremsen (vgl. DIXON 2000a: 63). Die Gewerkschaften würden Zwang auf Arbeiter ausüben, Mitglieder zu werden und würden den sich weigernden Arbeitern wie im Falle der britischen Gewerkschaften sogar mit dem Ausschluss von Beschäftigung drohen (sog. *closed shops*, dazu mehr in Kapitel 4.3.1). Gewerkschaften bedrohen nach Meinung Hayeks auch durch ihre Monopolstellung auf dem Arbeitsmarkt die freie Gesellschaft, indem sie Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Doch

„der Zwang auf Arbeitgeber wäre nicht so schädlich, wenn den Gewerkschaften die Macht genommen würde, Unterstützung, die nicht willig gegeben wird zu erzwingen“ (HAYEK 1991: 343). Erst die Macht, Mitglieder zur Beteiligung an Arbeitskämpfen zu zwingen, fördere Streiks.

Gewerkschaften werden von Hayek auch in ihrer Lohnpolitik für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Denn „Lohnfestsetzungen sind ebenso wirksam wie andere Mittel, um jene fernzuhalten, die nur zu einem niedrigeren Lohn beschäftigt werden könnten“ (ebd.: 343). Die Arbeitslosigkeit sei der Preis für die Lohnforderungen der Gewerkschaften, die die Lohnstruktur verzerren. Auch würden sich die Gewerkschaften des Mittels der Gewalt bedienen „um einen Zustrom zu ihrem Gewerbe zu verhindern“ (ebd.: 344). Hayek sieht vor allem in den Gewerkschaften die Schuldigen für die Ungleichheit der Löhne und die Inflation. Angesichts ihrer Lohnforderungen entstehe erst die Inflation, die es unmöglich mache, die Vollbeschäftigung derer, die laut Hayek arbeiten `wollen`, zu erhalten. Zudem würden auch ohne das Mitwirken der Gewerkschaften die Löhne in einem angemessenen Tempo steigen.

Durch die verschiedenen Lohnniveaus verzerrten die Gewerkschaften die Marktmechanismen so, dass diese unwirksam wurden. Dies erzeuge „unwirtschaftliche Ungleichheit in der Entwicklung verschiedener Industriezweige“ (ebd.: 346) und mache staatliche Regulierung notwendig, die allzu leicht von den Gewerkschaften unterlaufen werden könnte.

Hartnäckig hielte sich bislang noch der Irrglaube, dass sich der Lebensstandard durch den Zwang, den die Gewerkschaften einsetzten, erhöhe. Dieser Irrglaube scheine die Gewerkschaften zu legitimieren, Unfreiwillige durch diverse Zwangsmittel auf die eigene Position einzuschwören.¹⁵ Gewerkschaften können Regierungen durch ihre Lobbyarbeit und Ämterpatronage in wohlfahrtsstaatlichen Institutionen dazu drängen, eine kostenaufwendigere Sozial- und Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben und die Kostenspirale durch die Bereitschaft des Staates zu höheren öffentlichen Ausgaben antreiben.

Am allermeisten ist aus Sicht des Neoliberalismus jedoch die besondere Stellung zu kritisieren, welche die Gewerkschaften in Großbritannien seit dem *Trade Dispute*

¹⁵ Als da wären: „Streikposten als Mittel zur Einschüchterung“, das Gutheißen von „Verträgen zur Beschränkung des Wettbewerbs“ (HAYEK 1991: 348f) durch Gesetzgebung und Rechtsprechung (beispielsweise im Bereich der *closed-* und *union shops*) und sekundäre Streiks und Boykotte, die nicht mit dem Ziel der Lohnerhöhung durchgeführt würden.

*Act*¹⁶ von 1906 genießen. Dieser sichere ihnen als einzigem gesellschaftlichem Akteur eine Immunität zu, die sie von privater Haftung befreit und der sie somit über die Gleichheit der »Herrschaft des Gesetzes« stelle. Rechtsbrüche der Gewerkschaften würden somit geradezu legalisiert.

3.2.2 Neoliberale Anforderungen an die Politik

Aus den Klagen über die Monopolstellung und den Machtmissbrauch der Gewerkschaften ergeben sich verschiedene Forderungen und Idealvorstellungen Hayeks, wie mit ihnen zu verfahren sei und welche Rolle den Gewerkschaften noch zukommen solle.

Zuerst müsse die grundlegende Zwangsgewalt der Gewerkschaften beseitigt werden. Die Politik müsse gegen die Gewerkschaften einschreiten und durch Gesetze ihre Macht beschränken. Ziel ist es dabei auch, das britische Immunitätsgesetz von 1906 oder ähnliche Privilegien in anderen Ländern rückgängig zu machen um ihnen ihre Sonderrolle im Sinne der »Herrschaft des Gesetzes« zu entziehen. Somit könnten die Gewerkschaften und ihre Leitung auch für die Auswirkungen von Aktionen haftbar gemacht werden. „Wenn daher irgendeine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muß die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen“ - so Hayek schon 1947 auf der Gründungskonferenz in *Mont Pèlerin* (HAYEK 1952: 154).

Laut Hayek sind es vor allem die Gewerkschaften, die mit ihren Lohnforderungen eine »Lohn-Preis-Spirale« progressiver Inflation in Gang setzen, die an ihrer Quelle eingedämmt werden müsse. Zwar ließe sich auch mittels der Währungspolitik und bewusst in Kauf genommener Arbeitslosigkeit die Macht der Gewerkschaften brechen, doch die politischen und sozialen Folgen wären katastrophal. Linke Ideen wie eine »Gesamt-Lohnpolitik« der Regierung lehnt Hayek verständlicherweise ab, da sie seinem Marktverständnis gänzlich widersprechen und für ihn direkt in ein planwirtschaftliches System führen würden (vgl. HAYEK 1991, Kap. XVIII).

Auch Dixon weist auf jenen notwendigen Zusammenhang hin: Wenn „man den Kampf gegen die Inflation an vorderste Stelle rückt und bei Bedarf auf brutale Marktlösungen“ zurückgreift, „um die britische Wirtschaftsmechanik wieder in

¹⁶ Im Folgenden lässt sich *Act* mit dem Begriff *Gesetz* (Neutrum) übersetzen, wohingegen Hugo *Act* als *Rechtshandlung* (feminin) übersetzt (vgl. HUGO 2001).

Gang zu bringen“ (DIXON 2000a: 62), kommt man um eine Machtbeschränkung der Gewerkschaftsbewegung nicht herum.

Letztendlich ist im Sinne Hayeks mit Gewerkschaften wie mit jedem anderen Monopolisten zu verfahren. Der Staat müsse auch sie zwingen, alle ihre `Kunden´ gleich zu behandeln und eine Diskriminierung der Mitglieder beispielsweise durch Mitspracherechte, Freiheit der Mitgliedschaft oder das Ausschließen von Zwängen, mittels geheimer Wahlen und Abstimmungen verbieten. Eben dies ist, so wird in Kapitel 5.4.2 gezeigt, in Großbritannien geschehen.

Hayek empfiehlt, die Aufstellung von größeren Zahlen von Streikposten zu verbieten und damit Gewalt und Zwang seitens der Gewerkschaften einen Riegel vorzuschieben. Den *closed shop*-Klauseln sollte der Rechtsschutz versagt werden, was sicherlich sekundäre Streiks und Boykotts unwirksam machen dürfte.

Hayeks Konzept wirkt sich auch auf die Arbeitswelt aus. So fordert er, die kostspielige, produktionshemmende und entwicklungsbremsende Arbeitsschutzgesetzgebung müsse gerichtlich überprüfbar und allgemein gehalten sein (vgl. HAYEK 1991: Kap. XV, Nr.3).

Die noch bleibenden Aufgaben für Gewerkschaften ohne Zwangsgewalt sieht Hayek in ihrem Mitwirken am Lohnbildungsprozess und der Organisation der Arbeitnehmerschaft. Sie sollten Regeln für ihre Mitglieder aufstellen und „ein gewisses Maß an Selbstverwaltung unter den Arbeitnehmern“ (ebd.: 351) gewährleisten. Auch sollten sich die Gewerkschaften auf ihre Funktion als *friendly societies* zur Vorsorge ihrer Mitglieder gegen spezielle Berufsrisiken, also in Form von Selbsthilfe, besinnen (vgl. ebd.: Kap. XVIII, 5.).

Becker stellt fest, dass andere Neoliberale ein gewerkschaftliches Monopol nicht so negativ sehen wie andere Monopole (vgl. BECKER 1965: 117). Sie würden zu den von Hayek schon hervorgehobenen Aufgaben auch ihre wichtigen staatspolitischen, kulturpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben würdigen, besonders auf Märkten mit Arbeitgebermonopol. Schließlich hätten die Gewerkschaften historisch gesehen auch zu einer notwendigen Integration der klassenkämpferischen Arbeiter beigetragen, was unter den heutigen Sozialverhältnissen jedoch überholt sei (vgl. BECKER 1965: 117).

Abgeleitet von den Überlegungen Hayeks schreibt Dixon ihm eine „zentrale Rolle als Theoretiker“ bei einer „von langer Hand“ vorbereiteten Kampagne zu, welche

die Gewerkschaften rechtlich wieder in die Zeit vor 1906 zurückversetze und sie ihrer „berühmten »Immunitäten«“ enthob (DIXON 2000a: 16). Dieser Betrachtungsweise wird in den folgenden Kapiteln noch Rechnung zu tragen sein.

3.3 Der Neoliberalismus als post-fordistische Strategie

Nach Auslegung der Neoliberalismus-Ansätze wird deutlich, dass es zwar kleinere Unterschiede gibt – etwa im Umgang mit Monopolen –, dass aber die gemeinsame Prämisse die Schaffung eines marktorientierten post-fordistischen Systems ist. Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung sollen den Staat international wettbewerbsfähig machen. Trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber staatlicher Intervention stimmen die Neoliberalen überein auf Formen staatlicher Intervention zum Erreichen ihrer Ziele zurückzugreifen. So ist die »Herrschaft des Gesetzes« im Sinne Hayeks ein wesentliches strategisches Element, um den Übergang zum freien Markt durchzuführen. In den nun folgenden Kapiteln soll immer wieder auf dieses Element Bezug genommen werden, da es neben den anderen oben genannten Vorgehensweisen, das entscheidende Moment zur Schwächung der Gewerkschaften unter Thatcher gewesen ist. Hayek sieht aber auch einen starken Staat als Voraussetzung zur Umsetzung neoliberaler Politik. Grobe schreibt in dem Zusammenhang von »*rule of law*« und »*law and order*« auch, „daß die »*rule of law*« als liberaler Slogan, als ideologische Maske zur Verdeckung autoritärer Politik benutzt werde“ (Fine u. Millar: 1985 angeführt von GROBE 1990: 134). Das diese Kritik durchaus berechtigt ist, zeigt sich bei der folgenden Betrachtung des Thatcherismus und seiner autoritären Züge.

3.4 Zusammenfassung

Schließlich lässt sich über die neoliberale Strategie als mögliche Antwort auf den Wandel des Staates sagen, dass gerade die Gewerkschaften einer solchen langfristigen Planung des Umbruches im Wege stehen. Sie sind es, die aus neoliberaler Sicht den freien Markt und Wettbewerb empfindlich stören, die notwendige Flexibilisierung bremsen und als Anhänger des alten, fordistischen Systems gelten. Daher machen es sich die Neoliberalen zur Aufgabe, Möglichkeiten zur Beschränkung der Gewerkschaftsmacht - sei es durch Gesetz oder strukturelle Veränderungen des Staates - voran zu bringen.

Im folgenden Kapitel soll nun gezeigt werden, dass im Beispielland Großbritannien trotz deutlicher Besonderheiten in seinem politischen wie fordistischen System

schon recht früh Anzeichen für das Ergreifen neuer neoliberaler Maßnahmen, vor allem in bezug auf die Gewerkschaften, zu erkennen sind.

4. Die politische Situation Großbritanniens nach dem Krieg

4.1 Der britische Nachkriegskonsens

Der Grundstein für das britische Nachkriegsmodell wurde in den Jahren 1940 bis 1945 gelegt. Dies war die Zeit der Kriegskoalition aller britischen Parteien und die Zeit als Gewerkschaften und Arbeitgeber in die staatlichen Entscheidungsstrukturen einbezogen wurden (vgl. KASTENDIEK 1999: 4). Damals war die britische Gesellschaft noch stark in ein Zweiklassensystem von *upper class* und *working class* »konserviert« (vgl. KASTENDIEK 1985: 14), wobei sie sich in das Lager des *Fabrianismus* der Labour Party mit dem Ziel der Chancengleichheit und in das der strikten Klassenteilung der Konservativen trennte (vgl. HUGO 2001: 43f).

Unter dem Eindruck dieser Zusammenarbeit, des „relativ ausgeglichenen Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien sowie den Gewerkschaften und Unternehmern“ (KASTENDIEK 1999: 2) und den Bedingungen, die an den amerikanischen Marshall-Plan geknüpft waren, bildete sich der britische Nachkriegskonsens (*postwar settlement*) heraus. Seine Elemente waren die Verpflichtung des Staates zu einer Vollbeschäftigungspolitik, dem Schaffen einer *mixed economy* privater und staatlicher Unternehmen, der Aufbau eines Wohlfahrtsstaats zur Erhaltung der Lebensgrundlagen, die „Anerkennung der wirtschaft- und gesellschaftlichen Mitwirkungsrechte der Gewerkschaften“ (ebd.: 5), dem Abbau außenwirtschaftlicher und währungspolitischer Reglementierungen zur Stärkung des Pfunds als internationaler Handels- und Reservewährung und Beibehaltung der Tarifautonomie sowie die selbständige Regulation der *industrial relations* zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Kastendiek fasst diese Kompromissstruktur folgendermaßen zusammen: „*Wohlfahrtsstaat* und *mixed economy plus liberalisierte Wirtschaftspolitik* und *free collective bargaining*“ (KASTENDIEK 1999: 6) und stellt fest, dass dieses Grundmuster britischer Gesellschaftspolitik ohne eindeutige Prägung in sozialistische oder konservative Richtung bis 1979 beibehalten wurde. Ein Elitenkonsens der beiden großen britischen Parteien einigte sich sowohl auf die Zielsetzung eines hohen Beschäftigungsstandes (*demand management*) durch den Mitte der 50er Jahre vereinbarten sog. *Buttskel-*

lism¹⁷ und dem Modell eines tripartistischen Korporatismus zwischen den drei Partnern Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, welche die Wirtschaftspolitik gemeinsam trugen und gestalteten.

Doch „die Regierungen, ob nun von der Labour Party oder von den Konservativen gestellt, haben sich immer wieder direkt in die industriellen Beziehungen »eingemischt«“ (KASTENDIEK 1985: 11). Auch zeigte eine zunehmende „Diskrepanz zwischen der Leistungsfähigkeit der Industrie und der Rolle des Pfundes als internationale Reservewährung“ (ebd.: 16) die Probleme der britischen Wirtschaft und die Grenze einer Konsenspolitik auf. Zudem wurden die besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auch im militärischen Bereich angesichts der wirtschaftlichen Schwäche unter großen finanziellen Belastungen beibehalten, um nicht gänzlich die weltpolitische Rolle nach dem Krieg zu verlieren (vgl. ebd.: 15). Noch in den 50er Jahren war Großbritannien die stärkste Wirtschaftskraft in Europa, fiel dann aber im internationalen Vergleich immer deutlicher zurück (vgl. ebd.: 2).

Der nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit prägende amerikanische *New Deal* leitete die Wirtschaftspolitik anhand eines keynesianischen Fordismus, der aus einer Konjunkturpolitik der Nachfragesteuerung bestand. Er bot den Staaten die Möglichkeit der Spezialisierung oder des Ausfüllens einer Nische im weltweiten Handelssystem, sorgte aber auch für den Ausschluss all derjenigen, denen diese Möglichkeiten versagt waren, etwa den Ländern der *Dritten Welt* (vgl. JESSOP 1994b: 354f). Der britische Nachkriegskonsens konnte sich nur konsolidieren, da Großbritannien vom allgemeinen Aufschwung der europäischen Staaten profitierte (vgl. ebd.: 356). Auch konnten die währungspolitischen und außenwirtschaftlichen Probleme immer wieder durch Phasen der Prosperität ausgeglichen werden.

Allmählich verstrickten sich die verschiedenen Regierungen in widersprüchliche Situationen, die sich daraus ergaben, dass die Regierungen sowohl den „international orientierten Interessen [des] britischen Finanzkapitals nachkommen mußten“ und zugleich versuchten, „den Bedingungen des Industriekapitals gerecht zu werden“ (KASTENDIEK 1999: 13). Das Dauerdilemma der Wirtschaftspolitik bestand darin, dass sich die Regierungen im Zuge des Nachkriegskonsenses „dem Abbau der Wirtschaftskontrollen einer keynesianisch inspirierten Konjunktursteuerung verschrieben“ hatten und versuchten, „die wirtschaftliche Entwicklung mit den Mitteln der

¹⁷ Eine Wortkreation des *The Economist* von 1954 aus der Zusammensetzung der beiden Schatzkanzler *Butler* (Tory) und *Gaitskell* (Labour) und ihres gemeinsam formulierten britischen Nachkriegskonsenses (vgl. DIXON 2000a, DÖRING 1993, HUGO 2001).

Steuer-, Zins- und Ausgabenpolitik zu lenken“ (KASTENDIEK 1999: 7), was sich als äußerst schwierig darstellte. Das Ergebnis war die konservative *Stop-and-go*-Politik in den 50er und 60er Jahren: „Auf eine durch den Staat angeregte Stimulierung der Nachfrage reagierte die Wirtschaft zunächst mit Wachstum, bedingt durch die niedrige Produktivität jedoch bald mit höherem Import- als Exportwachstum. Sollte das Ziel der Aufrechterhaltung des Wechselkurses eingehalten werden, mußte auf das dadurch entstandene Leistungsbilanzdefizit mit einer wirtschaftspolitischen Vollbremsung reagiert werden. Um die Wirtschaft daraufhin nicht in eine Rezession mit Arbeitslosigkeit abdriften zu lassen, mußte der Staat wieder mit einer Nachfragestimulierung arbeiten“ (HUGO 2001: 44f).

4.2 Die Krise des britischen Systems – die »Englische Krankheit«

Die Krisenerscheinungen, die im Folgenden ausgeführt werden, bezeichnet Jessop als defekte Wirtschaft (*flawed economy*¹⁸) und als schwachen Staat (*weak state*¹⁹) (vgl. JESSOP 1994b), beziehungsweise auch als defekten fordistischen Wachstumsmodus (*flawed Fordism*) (vgl. JESSOP 1994c: 28f).

4.2.1 Die defekte Wirtschaft

Der Wachstumsprozess der britischen Wirtschaft war nach Jessop nur „defizitär fordistisch“ (JESSOP 1994b: 356) und der zeitweise relative Wohlstand konnte nur durch die positiven Effekte der Nachbarstaaten ‚mitgenommen‘ werden. So schildert er deutlich, warum es Großbritannien nicht gelang, seine Position im globalen Wettbewerb zu behaupten (vgl. ebd.: 354ff). Er führte dafür mehrere Gründe an: Zum einen konnte Großbritanniens Nachkriegswirtschaft sich nicht erfolgreich der „veränderten globalen Dynamik des Kapitalismus anpassen“ (ebd.: 355), somit zu keinem erfolgreichen fordistischen Projekt werden und keine Nische besetzen, da das Produktivitätsgefälle der britischen staatlichen und privaten Unternehmen gegenüber ausländischen Unternehmen zu groß war. Die Gründe sieht Jessop in einem zu geringen Wirtschaftswachstum, den Formen gewerkschaftlicher Organisation, der mangelnden Führungsqualifikation der britischen Unternehmer, der Verpflichtung der Regierung zu einer Politik der Vollbeschäftigung bei zunehmenden Sozialleist-

¹⁸ Der englische Originaltitel des Textes (JESSOP 1994b) lautet: *Politics in the Thatcher Era: The Flawed Economy and the Weak State* (1993); wobei »Flawed« auch als *fehlerhaft* oder *mangelhaft* übersetzt werden kann und nicht zwingend als *defekt*, »Weak« hingegen neben *schwach* auch als *unfähig*, wenn es um die Führungsrolle des Staates geht.

¹⁹ Siehe vorherige Endnote.

ungen und einem Anstieg des Imports. Zum anderen seien Teile der britischen Wirtschaft wie etwa die *City of London* vom Fordismus ausgeklammert und nicht auf den unbeliebten Binnenmarkt hin orientiert gewesen. Zudem war die Industrie noch immer auf die Märkte des ehemaligen britischen *Empires* und nicht auf die dynamischen fordistischen ökonomischen Märkte Europas und Nordamerikas konzentriert.

Wie schon im vorigen Kapitel gezeigt, kann im Großbritannien der Nachkriegszeit von einem grundsätzlichen Konflikt zwischen der Rolle des Pfunds und wirtschaftsfördernden Maßnahmen sowie entsprechend zwischen Finanz- und Industriekapital gesprochen werden.

Das Finanzkapital verlangte die Stärkung des Pfundes, obwohl dies das dafür eigentlich notwendige industrielle Wirtschaftswachstum dadurch schwächte, dass es den Export erschwerte und den Import von Waren beflügelte. Das Festhalten der Regierungspolitik an einem überhöhten Wechselkurs des Pfundes für die Stabilität eines weltweit agierenden Finanzzentrums – der *City of London* – schadete der Exportwirtschaft, da britische Waren hierdurch im Ausland teurer wurden. Die Vorliebe der Finanzwelt für besonders hohe Rendite habe, so Döring, zu einem verstärkten Kapitalexport anstatt zu heimischen Investitionen in der als störanfällig geltenden Industrie geführt (vgl. DÖRING 1993: 92f). Aber auch der erniedrigende „Eindruck postimperialen Niedergangs“ (DIXON 2000a: 51) bestärkte Großbritannien darin, die Stellung des Pfundes zu erhalten. Die Regierung musste Anleihen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) aufnehmen, um den Kurs des Pfundes zu stützen. Dafür nahm sie die Auflagen des IWF zu einer restriktiven Fiskalpolitik in Kauf. Doch 1967 konnte eine Abwertung des Sterlings um 14,3 % (vgl. KASTENDIEK 1999: 9) nicht mehr vermieden werden, nachdem jahrelang versucht worden war, diesen Schritt abzuwenden.

Regierungen jeglicher Couleur versuchten in den 60er und 70er Jahren, das Problem der stetigen britischen Wirtschaftsschwäche zu beheben. Doch blieb ihr wirtschaftspolitisches Krisenmanagement permanent erfolglos. Von inländischen als auch von ausländischen Beobachtern wurde die wirtschaftliche Krise als „*Englische Krankheit*“ bezeichnet (vgl. KASTENDIEK 1999: 8). Laut Döring bedeutete die *Englische Krankheit* eine geringe Produktivität und Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft bei gleichzeitiger hoher Inflation (vgl. DÖRING 1993: 87), was gemeinhin

auch als Stagflation (‘Stag’-nation der Wirtschaft bei gleichzeitiger In-‘flation’) bezeichnet wird. Zu den bereits genannten Gründen der britischen Misere führt Döring noch weitere eng miteinander verflochtene Ursachen an: Sicher hätten zum einen die Gewerkschaften mit ihrer hohen Streikbereitschaft die Einführung neuer Technologien behindert, doch nicht sie allein waren für die Krise verantwortlich, die ihnen der Thatcherismus in den 70er Jahren zuschieben wollte. Denn zum anderen macht Döring die mangelhafte Qualifizierung bei der Ausbildung in technischen Berufen verantwortlich. Weitere Gründe waren seiner Auffassung nach: eine mangelnde betriebswirtschaftliche Ausbildung des Managements und unzureichende Rationalisierung der Arbeitsteilung sowie die Vernachlässigung des Marketings und der Fremdsprachenkenntnisse. Auch seien kurzfristige wahltaktische Manöver der Regierungen schädlich gewesen. Ein aufgeblähter öffentlicher Sektor sozialer Dienstleistungen habe zu einer Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen in die verarbeitende Industrie geführt (ebd.: 92f). Gamble macht zudem Probleme auf der »Angebotsseite« der britischen Wirtschaft mit verantwortlich. Sie beständen „in dem wiederholten Scheitern der britischen Industrie, sich im außerpreislichen Wettbewerb (*non price competition*) durchzusetzen und mit ähnlichem Erfolg wie andere Industriestaaten Westeuropas neue Technologien einzuführen und zu verbreiten“ (GAMBLE 1985: 37). Die britischen Unternehmen galten zu dieser Zeit daher als ‘lahme Enten’. Zwischen Gewerkschaften und Unternehmen nahmen die Spannungen um höhere Löhne und soziale Forderungen zu. Die Zahl der Streiks und Streiktage stieg in den Jahren 1968 bis 1972 deutlich an. Die Regierungen heizten diese Situation weiter auf, als sie versuchten sich, eingeschränkt durch außenpolitische und währungspolitische Handlungsbedingungen, mehr Bewegungsspielraum auf der nationalen Ebene zu verschaffen und die Einkommenspolitik zum zentralen Ansatzpunkt ihrer Wirtschaftspolitik machten (vgl. KASTENDIEK 1999: 9). Die Gesellschaft wurde durch Konflikte, hohe Inflation, steigende Arbeitslosigkeit, Steuerungsschwierigkeiten des Staates, den internationalen Positionsverlust der britischen Ökonomie und pessimistische Analysen und Prognosen zunehmend polarisiert. Schließlich sollte der britische Nachkriegskonsens dadurch auf der Strecke bleiben (vgl. KASTENDIEK 1999).

4.2.2 Der schwache Staat

Der »defizitäre Fordismus« mit seinem mangelhaften Wachstumsprozess war zudem auch durch eine institutionelle Einengung und mangelnde „strategische Kapazität des Staates zur Unterstützung und Lenkung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Modernisierung“ (JESSOP 1994b: 356) charakterisiert.

Liberalen Strategien wurden nur im nachfrageorientierten keynesianistischen Rahmen verfolgt. Dies bedeutete jedoch eine Vernachlässigung der Rückwirkung auf der Angebotsseite und geschwächte Marktkräfte durch endogene Marktmängel und politisch motivierte staatliche Interventionen. Die bis in die Zeiten der Krise gepflegten „korporatistische[n] Lösungen versagten größtenteils, weil die organisatorischen Vorbedingungen fehlten“ (ebd.: 357). So fehlte eine einheitliche Spitzenorganisation aus den Bereichen Kapital und Arbeit; Kosten und Nutzen des Korporatismus wurden nicht internalisiert; das Kapital war in die Finanz- und Industriesphäre geschieden und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer war schwach und zersplittert. Zudem bestimmten die Sozialdemokraten ihre Angebotspolitik nur einseitig. Bei jedem Regierungswechsel kam es zu einer Kehrtwendung der Politik, die viele Effekte zunichte machte (vgl. ebd.: 357). Der Missmut über Gewerkschaften und Parteien nahm in der Bevölkerung daher merklich zu.

Auch dirigistische Lösungen waren zum Scheitern verurteilt, da der Staat nur die stumpfen Instrumente der Wirtschaftspolitik nutzte und so weder Einfluss auf die Mikroebene der Wirtschaft noch zu ihrer Steuerung besaß.

Für Jessop kumulieren die Probleme der 60er und 70er Jahre im »Niedergang des Fordismus«. Die Strukturkrise in Großbritanniens »defizitärem Fordismus« habe, gepaart mit dem „Eindruck der Unregierbarkeit“ und einer „politischen Legitimationskrise“, durch die „Desorientierung der Wählerschaft“, die Dynamik der Parteienkonkurrenz und Spannungen innerhalb der Parteien zu einem notwendigen Politikwechsel geführt (vgl. ebd.: 358f).

Um die Rolle der Gewerkschaften in der britischen Gesellschaft besonders während dieser Krisenphase zu verstehen, wird im Folgenden im Hinblick auf die Fragestellung auf ihre Geschichte, Struktur und besondere Konfliktlinien zwischen Gewerkschaften und Staat eingegangen.

4.3 Die Situation der Gewerkschaften

4.3.1 Geschichte und Struktur der britischen Gewerkschaften

Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts bildeten sich im Zuge der Industrialisierung die ersten Arbeitnehmerorganisationen. „Neben diesen ökonomischen trugen auch konstitutionelle Gründe, wie beispielsweise die lange Tradition parlamentarischer Repräsentation oder die lokale Selbstverwaltung, zum Aufblühen gewerkschaftlicher Vereinigungen bei“ (HUGO 2001: 105). Zwar verbreiteten sich die Gewerkschaften auf immer mehr Berufssparten, doch war ihnen lange der Schutz vor gesetzlicher und gerichtlicher Intervention versagt. Erst der *Trade Union Act* von 1871 verschaffte ihnen Autonomie und Rechtsschutz ihres Eigentums. Strafverfolgungen und Schadensersatzklagen, die durch Arbeitskämpfe verursacht wurden, verstärkten die Abneigung der Gewerkschaften gegen staatliche Intervention. 1906 wurde unter einer liberalen Regierung der *Trade Disputes Act* verabschiedet, welcher den Gewerkschaften fortan durch zivilrechtliche Immunität und Schutz vor Strafverfolgung ein Mehr an Sicherheit bot (*self-government*). Der *Trade Disputes Act* stellte jedoch eher ein Sonderrecht im britischen Rechtswesen dar, als ein positives Streikrecht oder eine gesondert garantierte Versammlungsfreiheit (vgl. ebd.: 108). Vielmehr entstand negativ formuliertes Recht durch Immunität und Ausnahmeregelungen von rechtlichen Haftungsregeln und Einschränkungen anstatt positives Koalitions- und Streikrecht wie in anderen europäischen Ländern. Großbritannien entwickelte somit ein freiwilliges System anstelle eines verbindlichen Systems industrieller Beziehungen (vgl. CLARK 1985: 163). Da sich der Gesetzgeber und die Gerichtsbarkeit weitestgehend aus den industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern heraushielten und normativ-rechtliche Regelungen fehlten, mangelte es auch an rechtlicher Verbindlichkeit der gemeinsam erzielten Kollektivvereinbarungen. Zudem machte es die Zersplitterung der britischen Gewerkschaften in eine sehr große Zahl von Einzelgewerkschaften schwierig, einen einheitlichen britischen Dachverband der Gewerkschaften zu bilden und dem Korporatismus in Großbritannien zur vollen Funktionstüchtigkeit zu verhelfen. Der britische Gewerkschaftsdachverband *Trade Union Congress* (TUC) von 1868 stellt nicht viel mehr als eine gemeinsame Plattform der Gewerkschaftsbewegung dar.²⁰

²⁰ Großbritanniens Gewerkschaftsdachverband TUC ist in seiner Organisation wenig vergleichbar mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Im ersten und zweiten Weltkrieg sowie in der Nachkriegszeit waren Gewerkschaftsmitglieder zur Kooperation in allen Ebenen des Staates präsent (vgl. HUGO 2001: 109). Ihren Verbänden wurde von der Regierung der sog. *insider status* und damit stetige Konsultation gewährt (vgl. KAISER 1994: 231).

„Die heute außerordentliche Vielfalt von Gewerkschaftsorganisationen ist eine Folge der [...] frühen Entstehung und Etablierung der organisierten Arbeiterbewegung. Das Gewerkschaftswesen erfaßte zuerst die Facharbeiter, danach die angelernten und ungelernten Arbeiter, so daß das Berufsverbandsprinzip gegenüber der Herausbildung industrienumfassender Organisationsformen vorherrschend blieb“ (HUGO 2001: 109).

Nach Hugo bildeten sich vier Organisationsformen von Gewerkschaften: Allgemeine Gewerkschaften (*general unions*), Berufsgewerkschaften (*craft unions/ occupational unions*), Industriegewerkschaften (*industrial unions*) und Angestelltengewerkschaften (*white-collar unions*), deren Gewerkschaften teils freiwillig dem TUC angehörten und ihn unterstützten (vgl. ebd.: 115f). 1979 gehörten 12.173.000 der insgesamt 13.289.000 gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft dem TUC an (vgl. die Zahlen im TUC Annual Report bei HUGO 2001: 120). Traditionell rekrutieren sich die Berufsgewerkschaften aus den Facharbeitern, die Industriegewerkschaften aus allen Arbeitern eines bestimmten Industriezweiges und die allgemeinen Gewerkschaften unabhängig davon aus unterschiedlichen Bereichen. Trotz dieser Struktur, die noch aus dem 19. Jahrhundert stammt, kommt es jedoch zu zahlreichen Überschneidungen und Konkurrenzsituationen zwischen den Gewerkschaften. So ist es beispielsweise möglich, dass es innerhalb eines Betriebes mehrere unterschiedliche Gewerkschaften gibt, die alle einzeln ihre Löhne und Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmen aushandeln. Somit gibt es keine Tarifabschlüsse für ganze Industriezweige. Durch die sog. *Bridlington-Prinzipien* des TUC von 1939 wurde diese Konkurrenz geregelt, dennoch kam es auch noch in der Folgezeit zu Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften, die zum Teil in Streiks gipfelten, bei denen die Arbeitgeber als unbeteiligte Dritte geschädigt wurden. Daher wurden auch eine Vielzahl von Berufsabgrenzungen notwendig (vgl. CLEGG 1983).

Parallel dazu entwickelten sich konfliktträchtige betriebsindividuelle Verhandlungen über zusätzliche Entgelte und Bedingungen, „die in vielen Fällen nicht für den ganzen Betrieb, sondern für einzelne Abteilungen, Werkstätten, bis hinunter zu Arbeitsgruppen abgeschlossen werden“ (HUGO 2001: 110f in Bezug auf Lipp). Die Zunahme von Kollektivverhandlungen in der britischen Gewerkschaftsgeschichte legte in

der Struktur der Gewerkschaftsbewegung ein deutliches Disziplinproblem seitens der Arbeitnehmervvertretungen offen, das die Absprache von Verfahren der gewerkschaftlichen Kooperation in den meisten Industriezweigen zur Folge hatte. Trotzdem genossen die *shop stewards* (die Belegschaftsvertreter) in den Augen der Unternehmensführungen eine hohe Autorität, da mit ihnen deutlich kürzere Verhandlungswege zu erreichen waren (vgl. CLEGG 1983: 134ff).

Shop stewards sind gewerkschaftliche Vertrauensleute, ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre oder gewählte Interessenvertreter der Belegschaft, die sowohl die Macht zu Verhandlungsabschlüssen als auch zur Einleitung von Arbeitskampfmaßnahmen haben. In fast jedem Betrieb führt die Belegschaft mit ihnen eigenständige Verhandlungen, da dadurch auch die unmittelbare Umsetzung von Partikularinteressen möglich ist. Dieses *local bargaining* nimmt nach wie vor zu, während die Bedeutung der großen gewerkschaftlichen Organisation und überbetrieblichen industrieweiten Vereinbarungen abnimmt. Doch sind die sog. *shop floor*-Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und einzelnen *shop stewards* der unterschiedlichen Arbeitsgruppen meist sehr konfliktreich und lassen die Löhne ansteigen. Die Struktur der *shop stewards* gepaart mit den vielen Einzelgewerkschaften machte einen erfolgreichen Korporatismus in Großbritannien gänzlich unmöglich. Der Versuch einer Verbesserung mit dem *Donovan Report* von 1975 scheiterte an den festgefahrenen Strukturen. Zur Abhilfe empfahl der Bericht, die Interessenvertretungen in den unterschiedlichen Industriezweigen und den einzelnen Betrieben zu vereinheitlichen, um so die Konkurrenz zwischen den Vertretungen und damit die hohe Streikbereitschaft abzuschwächen. Nur im äußersten Konfliktfall ließ sich der *multi unionism* mit Hilfe der *Bridlington Principles*²¹ regulieren.

Eine weitere Besonderheit des britischen Gewerkschaftswesens sind die sog. *closed shops* (geschlossene Gewerkschaftsbetriebe), durch die sich die Gewerkschaften vielerorts versuchten von anderen Gewerkschaften abzugrenzen. Sie stellten sowohl einen mit dem Arbeitgeber vereinbarten Schutz gegen das Abwerben von Seiten anderer Gewerkschaften als auch ein wirksames Rekrutierungsmittel dar, da jeder Beschäftigte eines *closed shop*-Betriebes Mitglied der ansässigen Gewerkschaft sein musste. Beschäftigte, die ihrer Gewerkschaft den Rücken zukehren wollten, wurden folglich durch die Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber aus dem Betrieb entlassen.

²¹ Hugo beschreibt die einzelnen Regelungen, die Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften klären, ihre Zuständigkeiten festlegen und dem TUC mehr Anerkennung zukommen lassen sollten, lässt jedoch ihre Effektivität offen (HUGO 2001: 119).

Streiks waren bis in die 80er Jahre hinein in Großbritannien sehr häufig, da es keine formalrechtliche Konfliktregulierung gab. Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurden nicht vertraglich geregelt und konnten relativ schnell revidiert werden. „Mitverantwortlich für ein hohes Streikniveau ist zum einen das Selbstverständnis der Gewerkschaften als Opposition und nicht als Sozialpartner, und zum anderen, neben der hohen Mobilisierbarkeit der Belegschaften infolge der *closed shop*-Vereinbarungen, die Möglichkeit der *shop stewards*, bereits aufgrund [sic!] Kleinigkeiten autonom Arbeitskampfmaßnahmen einleiten zu können.“ (HUGO 2001: 123)

4.3.2 Probleme der britischen Gewerkschaften

Wie schon im vorigen Kapitel angeklungen, litt die Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die industriellen Beziehungen unter einer Vielzahl von internen und externen Problemen. Auf drei besonders schwerwiegende Bereiche soll jedoch genauer eingegangen werden. Erstens auf die interne Fragmentierung der Bewegung, zweitens auf die mangelhafte Konstitutionalisierung und drittens auf die bisher noch nicht angesprochene Beziehung zur Labour Party.

Das erste Problem der Gewerkschaftsbewegung, ihre starke interne Fragmentierung und Zersplitterung, äußert sich besonders durch die große Zahl an Einzelgewerkschaften, die sich nicht alle unter der Dachorganisation des TUC zusammenfanden. Selbst 1984/85 gab es in Großbritannien noch 393 Einzelgewerkschaften, von denen lediglich 98 im TUC organisiert waren. Der TUC gilt gemeinhin als ein loser Zusammenschluss mit wenigen Kompetenzen (vgl. DÖRING 1993: 202). Kaiser bemerkt dazu: „Der Gewerkschaftsdachverband TUC zeichnete sich durch eine geringe interne Autorität aus“ (KAISER 1994: 234). Zudem mangelte es ihm an der nötigen Fähigkeit, seine Mitgliedsgewerkschaften auf gemeinsame Kompromisse zu verpflichten. Kaiser leitet von dieser Schwäche auch das Misslingen korporatistischer Politik in den 60er und 70er Jahren ab, auf die im folgenden Kapitel noch eingegangen wird (vgl. KAISER 1994: 234f). Das Konfliktpotenzial innerhalb der Verbände ist auch durch die stark dezentralisierten und pluralisierten Strukturen sehr hoch. Zudem reicht das politische Spektrum der Gewerkschaftsmitglieder von Konservativen bis zu radikal Linken, welche die Thatcher-Regierung besonders häufig in den Medien vorführte.

Das zweite Problem der britischen Gewerkschaften besteht in der mangelhaften Konstitutionalisierung des Arbeitsrechts. Das britische Arbeitsrecht befindet sich nicht wie das kontinentaleuropäische Arbeitsrecht positiv darüber, welche Rechte den Gewerkschaften zugestanden werden (bspw. Streik- und Koalitionsrecht), sondern nur negativ, was nicht vom britischen *Common Law* strafrechtlich verfolgt werden darf. Es gesteht Immunität ein, wo sonst Gewerkschaften und Arbeitnehmer mit Strafen aufgrund von Vertragsbruch, Anleitung zum Vertragsbruch (*inducing breach of contract*) oder Gesetzesverstößen zu rechnen hätten. Dies gilt schon für die Bildung von Gewerkschaften, die im *Common Law* als eigentlich wettbewerbswidrig gelten. Aufgrund dieser schwierigen rechtlichen Situation bildete sich ein weitestgehend informelles System von Kollektivverhandlungen auf mehreren Ebenen heraus (*voluntary collective bargaining*), das nicht selten zu Komplikationen führte (vgl. Wedderburn rezensiert bei WAAS 1993). Die in Großbritannien häufig beklagte hohe Streikbereitschaft der Gewerkschaften erscheint unter dem Gesichtspunkt, dass Verträge zwischen Arbeitgebern und -nehmern nicht einklagbar sind, jedoch als notwendig, da nur auf diesem Weg Vereinbarungen sichergestellt werden können (vgl. KASTENDIEK 1994: 284). Diese besonderen Umstände des britischen Arbeitsrechts wirken sich natürlich auch auf die Schwierigkeit aus, es mit dem EU-Recht, oder generell mit internationalem und supranationalem Recht, zu harmonisieren. Schon heute werden durch EU-Recht den Gewerkschaften Informations- und Konsultationsrechte zugestanden, die sie im britischen Recht niemals hatten. Mehrfach ist daher bereits darüber nachgedacht worden, das britische Arbeitsrecht einer eigenständigen Arbeitsgerichtsbarkeit zu überantworten und eine Betriebsverfassung einzuführen. Die generelle Reform des Systems hätte auch für die britischen Gewerkschaften weit reichende Folgen: etwa die Bindung an tarifvertragliche Friedenspflichten (vgl. Wedderburn rezensiert bei WAAS 1993).

Das dritte Problem der britischen Gewerkschaften bestand darin, dass sie trotz ihrer vielschichtigen Mitgliederstruktur sehr eng an die Labour Party gebunden waren.²² Als besonders problematisch können jedoch die traditionellen Labour-Beitrags-

²² Dies rührt daher, dass die Gewerkschaften und die Sozialisten nach 1900 zusammen die Labour Party bildeten und 1906 erstmals ins britische Parlament einzogen. Die Gewerkschaften nutzten daraufhin ab 1918 die Labour Party zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen auf parlamentarischer Ebene (vgl. HUGO 2001: 109).

zahlungen (*political levy*) aus den Kassen der Gewerkschaften und die damit verbundenen Mandatsverknüpfungen innerhalb der Labour Party angesehen werden, da bis zu 40 % der Gewerkschaftsangehörigen nicht die Labour-Partei wählten (vgl. ROBERTS 1983: 313) und auch nicht um ihr Einverständnis befragt wurden. Diese Zahlungen und zahlreiche Ämterverknüpfungen, die den historischen Verbindungen zwischen den Labours und den Gewerkschaften aus der britischen Arbeiterbewegung entstammen, machen deutlich, warum die konservative Thatcher-Regierung mit ihrer gewerkschaftsfeindlichen Politik auch immer ihren politischen Gegner im Visier hatte. Mit sinkender Attraktivität der Gewerkschaften und ihrem Mitgliederschwund sanken auch die Hauptfinanzierungsquellen der Labours. Während die Gewerkschaften sich an der Finanzierung der Labour Party beteiligten, wurde die Conservative Party hingegen durch einen hohen Teil von Unternehmensspenden finanziert (vgl. Johnston u. Pattie angeführt von KAISER 1994: 235).

Diese unterschiedlichen Probleme der Gewerkschaftsbewegung spielten in den 70er Jahren und in der Ära Thatcher immer wieder eine große Rolle, da sie als Konfliktpunkte in der nun folgenden Darstellung der Beziehungen zwischen Staat und Gewerkschaften der 70er Jahre immer wieder hervortraten.

4.4 Gewerkschaften und Staat in den 60er/70er Jahren

4.4.1 Die korporatistische Labour-Regierung Wilsons

Zwar gab es schon während der Regierungszeit der Konservativen unter Premierminister Macmillan (1957 bis 1963) wiederholte Vorstöße zur Veränderung der industriellen Beziehungen, doch gingen diese nicht sehr weit. Macmillan versuchte bereits, Unternehmen und Gewerkschaften zu einer abgestimmten Einkommenspolitik zu bewegen und einen tripartistischen *National Economic Development Council* (1961/62) einzuberufen (vgl. KASTENDIEK 1985: 12, 16f), doch sein Vorhaben misslang.

Die folgende Regierung unter Premier Wilson berief in den Jahren 1965 bis 1968 eine paritätisch besetzte unabhängige Untersuchungskommission ein (*Royal Commission on Trade Unions and Employer's Association* - die sog. *Donovan-Commission*), die sich erstmals mit den notwendigen Reformen der Arbeitsbeziehungen beschäftigte und Vorschläge für eine kalkulierbare Lohnentwicklung unterbreiten sollte. Sie befand, dass es durch eine stark fragmentierte und dezentralisierte Struktur des Verhandlungssystems der Tarifparteien auch an den Voraussetzungen

handlungssystems der Tarifparteien auch an den Voraussetzungen für eine nötige und wirksame staatliche Einkommenspolitik fehlte. Doch vermied die Kommission es, konkrete Empfehlungen auszusprechen, die das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitgebern und Gewerkschaften verschieben würden, und warnte zudem vor staatlichen Eingriffen in das *free collective bargaining* zwischen diesen Parteien (vgl. KASTENDIEK 1999: 9f, 1994).

Das Labour Weißbuch »*In Place of Strife*« stellte 1969 den ersten Versuch an, die „industriellen Beziehungen durch rechtliche Einschränkungen gewerkschaftlicher Aktionen »verbessern« zu wollen (etwa durch die Einführung einer obligatorischen Schlichtungsphase im Vorfeld bestimmter Streikformen)“ (DIXON 2000a: 52). Dieser Versuch wurde jedoch unter dem Druck der Gewerkschaften und der engen internen Verbindungen zwischen Labour Party und TUC torpediert, worauf die Regierung ihr Vorhaben einstellte.

4.4.2 Das Scheitern der Tory-Regierung unter Heath

Die Regierung unter Premierminister Edward Heath (1970 bis 1974), der unter anderen auch Thatcher und K. Joseph als Minister angehörten, war angesichts der »*Englischen Krankheit*« zu der Auffassung gelangt, dass „die alten Heilmittel, Kompromiß und Konsens“ keine Wirkung mehr zeigten und dadurch eine Rundumerneuerung nötig geworden sei. Bestärkt durch hohe Streikzahlen und ansteigendes Konfliktpotenzial in den Arbeitsbeziehungen wollte sie wieder Ordnung schaffen (vgl. DIXON 2000a: 83) und dem „Marktprinzip ein neues Gewicht [...] geben“ (KASTENDIEK 1999: 10).

Die Regierungspolitik zeichnete sich dadurch aus, dass den fordistischen Modernisierungsbemühungen eine neoliberale Rhetorik voranging, doch die Praktiken teils noch auf keynesianischen Vorgehensweisen beruhen sollten. So hatte sich die Regierung Heath anfangs ganz der Politik der Inflationsbekämpfung mit ihrer »N-1-Strategie« verschrieben. Ziel dieser Strategie war es, die Inflation durch Senkung der Lohnforderungen (jeweils um 1% unter der vorherigen) zu drosseln. Darüber hinaus herrschte in der Regierung eine „strikte Ablehnung jeglicher Einkommenspolitik“ vor, welche „die Regierung in die Tarifaueinandersetzungen hineinziehen würde“ (ebd.: 10). Die Hoffnung darauf und auf eine Verlangsamung der Lohnsteigerungsraten sollte jedoch früh von streikenden Bergarbeitern (1972) zunichte gemacht werden.

Ein weiteres damit verbundenes Ziel der Regierung war es, gemäß dem sog. *Selsdon*-Ansatz die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Der *Industrial Relations Act* (das Tarifpartnerschaftsgesetz) von 1971 stellte die erste und „umfassende gesetzliche Neuordnung der Arbeitsbeziehungen“ (KASTENDIEK 1999: 10) in Großbritannien dar. Damit wurde versucht, die Tarifpartnerschaft auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Durch eine neuerliche Registrierungspflicht für Gewerkschaften, Einschränkungen des *closed shop*-Prinzips, gerichtliche Durchsetzbarkeit von Tarifverträgen (sofern von den Tarifpartnern nichts Gegenteiliges vereinbart wurde) und das Verbot von Sympathiestreiks wurden „die historischen gerichtlichen Immunitäten der Gewerkschaften erheblich eingeschränkt“ und auf die Gewerkschaften beschränkt, „deren Statuten bestimmten Mindestnormen entsprachen (»registrierte Gewerkschaften«)“ (THATCHER 1995: 244). Mit dem *National Industrial Relations Court* (NIRC) an der Spitze wurde für Streitfälle ein neues System von Industriegerichten und Schiedskammern eingerichtet. Der Arbeitsminister bekam die Befugnis zugesprochen, beim Scheitern von Tarifverhandlungen für Wochen die Kampfmaßnahmen auszusetzen oder eine geheime Urabstimmung der betroffenen Arbeiter anzuordnen. Die *closed shops* wurden dahingehend eingeschränkt, dass Mitarbeiter nicht zwangsläufig einer Gewerkschaft angehören mussten. Zudem gewährte das Gesetz Rechtsschutz gegen ungerechtfertigte Entlassungen. Die Strafbarkeit von Streiks in der Kontraktlaufzeit einiger lebenswichtiger Industrien wurde hingegen aufgehoben (vgl. ebd.: Kap. VII).

Thatcher erschien die Philosophie des Gesetzentwurfes nach eigener Aussage „verwirrend“: „Er ging davon aus, wenn man die Gewerkschaften in ihren Vollmachten generell bestätigte, würden sie ihre Mitglieder disziplinieren (so daß zum Beispiel die Zahl der wilden Streiks zurückging) und ihre Macht nach amerikanischem Muster geordnet und geregelt ausüben. Zugleich enthielt er aber auch Bestimmungen, die den einzelnen gegenüber der Gewerkschaft stärkten. Der Gesetzentwurf war mithin teils korporatistisch, teils libertär“ (THATCHER 1995: 244f) – was laut Thatcher daher auch in einigen Punkten im Sinne der Gewerkschaften gewesen sein müsse.

Allerdings zeigte sich schnell, dass die Gewerkschaften versuchen sollten, durch zahllose Schlupflöcher ihre Freiheiten wiederzuerlangen. So unterzeichneten sie nur noch Tarifabkommen, bei denen die Arbeitgeber ihnen zustanden, dass diese keinerlei rechtliche Bindung hatten und machten ihre Registrierungen rückgängig. Sie handelten so, als ob sie weiterhin ihre Immunität besäßen. Diese und andere Formen

des zivilen Ungehorsams wie Boykotte der Schiedsgerichte wurden zur neuen Strategie der Gewerkschaften. Das Gesetz galt unter den Gewerkschaften als Generalangriff auf ihre Autonomie und wurde daher, abgesehen von wenigen registrierungsbereiten Gewerkschaften, von allen Arbeitnehmervertretern torpediert. So begleiteten Massenproteste und Streiks schon den gesamten Gesetzgebungsprozess.

Der Bergarbeiterstreik von 1972 leitete schließlich einen langsamen Kurswechsel der Regierung in ihren (wirtschafts-) politischen Zielen ein. Zunächst ließ sich die Regierung auf Lohnverhandlungen mit der Bergarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) ein, bei der die Streikenden Lohnsteigerungen erzielten und damit eine Kettenreaktion in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors einleiteten. Dann rutschte die Regierung von einer Krise in die nächste. „Je mehr [...] die stagflatorische Krise die Kaufkraft der Löhne dahinschmelzen ließ und die Massenarbeitslosigkeit zunahm, desto größeren Zulauf bekamen auch die Gewerkschaften“ (DIXON 2000a: 54).

Gerichtsentscheide im Prozess um Blockaden der *Transport and General Workers' Union* (TGWU) 1972, bei der es zu Verhaftungen von Gewerkschaftsmitgliedern kam, brachten zudem das neue Gesetz in der Bevölkerung in Misskredit. Es war den Gewerkschaften gelungen, ihre verhafteten Mitglieder als Märtyrer zu inszenieren und versetzte der Regierung einen empfindlichen Rückschlag bei den Bemühungen, die Gewerkschaften gesetzlich zu zügeln. Es folgten Sympathie- und Generalstreiks bis die Verhafteten wieder frei gelassen wurden. Ein landesweiter Streik der Hafentarbeiter ließ die Regierung schließlich den Notstand ausrufen (vgl. THATCHER 1995: 264ff).

Eiligst anberaumte Dreiergespräche zwischen Regierung, TUC und der *Confederation of British Industry* (CBI) brachten 1972 jedoch keinen Durchbruch bei der Begrenzung der inflationären Löhne. Daraufhin ließ die Regierung im November die Preise und Einkommen für 90 Tage einfrieren. Dies wurde für den Rest des Jahres 1973 fortgeführt und dazu die Einrichtung einer Lohnbehörde und einer Preiskommission beschlossen, die nur marginale Steigerungen zuließen. Dadurch konnten Streiks abgewendet und die Arbeitslosigkeit gedrosselt werden (vgl. THATCHER 1995: 266ff, HUGO 2001: 50).

Zugeständnisse an die Bergarbeiter und gegenüber dem TUC im Jahr 1973 verdeutlichten letztendlich, dass der Kurs der Regierung in der Inflations- und Lohnpolitik

nicht mehr einheitlich und sie längst auf den alten korporatistischen Kurs ihrer Vorgängerregierungen zurückgekehrt war. Doch der NUM reichte das Angebot der staatlichen Arbeitgeber von 16,5 % Lohnsteigerung bei gleichzeitiger Produktivitätsvereinbarung nicht aus. Auch andere Sparten begaben sich nun in Streikphasen. Ein drastischer Ölpreisanstieg verschärfte zudem 1973 die Lage. Notstandsmaßnahmen im Energiebereich wurden notwendig und die Macht der Bergarbeiter wuchs mit dem Herannahen des Winters. Während die Regierung aufgrund des Energiemangels die Dreitagewoche ausrief, verhängte der NUM ein Überstundenverbot für die Bergarbeiter, um ihren Forderungen zusätzlich Nachdruck zu verleihen. In der durch zeitweise Stromsperrungen geplagten Öffentlichkeit stießen die Maßnahmen der Bergarbeiter zusehends auf Ablehnung und die Regierung begann, begleitet von Sympathien der Bevölkerung, über Neuwahlen nachzudenken (vgl. THATCHER 1995: 275ff, KASTENDIEK 1999: 11).

Thatcher erinnerte sich später: „es bestand nicht der geringste Zweifel, daß wir jetzt vor einem Kampf standen, den wir gewinnen mußten. Die Bergarbeiter, in unterschiedlichem Maße unterstützt von anderen Gewerkschaften und der Labour Party, verhöhnten das vom Parlament erlassene Gesetz. Die Militanten hatten sich eindeutig in den Kopf gesetzt, die Regierung zu stürzen und ein- für allemal zu demonstrieren, daß England nur mit Billigung der Gewerkschaftsbewegung zu regieren war. Das war nicht nur für mich als konservatives Kabinettsmitglied, sondern auch für Millionen andere unerträglich, die die Grundfreiheiten des Landes bedroht sahen“ (THATCHER 1995: 277f). Daraufhin riet sie nun bei jeder sich ihr bietenden Gelegenheit Neuwahlen auszurufen. Zugespitzt auf die Frage, wer England regiere, riet sie schon früh dazu den in ihren Augen gewerkschaftlichen Machtmissbrauch anzuprangern. Edward Heath rief schließlich für Februar 1974 Neuwahlen aus und stellte in seiner Wahlkampagne die Frage: „Wer regiert Großbritannien – die Gewerkschaften oder die Regierung?“ (Heath bei DÖRING 1993: 97). Doch zwei Umstände schmälerten ihm die Erfolgsaussichten im Wahlkampf: der Vorschlag von Willie Whitelaw, den Lohnanspruch der Bergarbeiter an die Lohnbehörde zu verweisen und die Forderung des Generaldirektors des britischen Arbeitgeberverbandes CBI, Campbell Adamson, nach der Aufhebung des *Industrial Relations Acts*, welche auf Seiten der Arbeitgeber einen Rückzug deutlich machte (THATCHER 1995: 281, 283). Die Antwort, die Heath daraufhin bekam, war ein knapper Sieg der gewerkschaftsnahen Labour Party.

Thatcher beklagte im Nachhinein, dass die wirtschaftspolitische Gesamtstrategie unklar blieb, die Regierung doch wieder nachgab, um zu Absprachen über Löhnen mit den Gewerkschaften zu kommen und dass die geschaffenen gerichtlichen Institutionen zu zahlreich seien und zu leicht als einseitig gewerkschaftsfeindlich dargestellt werden konnten. Zudem habe die Regierung Heath und sie selbst zu diesem Zeitpunkt noch die Radikalität und die Unterwanderung der Gewerkschaften durch die nicht kompromissbereite Linke unterschätzt (vgl. THATCHER 1995: 245f). Die konservative Presse prangerte die Respektlosigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Institutionen an und der Begriff der »Unregierbarkeit« machte sich breit. Die Presselandschaft zeichnete im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Krisen (Nordirland-Konflikt, Studentenunruhen, etc.) ein Bild von zunehmender Anarchie in Großbritannien (vgl. DIXON 2000a: 53).

Das Ergebnis der Regierungspolitik unter Heath war vernichtend. Sowohl die Antiinflationspolitik als auch das Bemühen, die Gewerkschaften mit einer Verrechtlichung in ihre Schranken zu weisen, war gescheitert. Zum wirtschaftlichen und politischen Kurswechsel aufgrund der fehlenden Alternative zum sozialdemokratischen Konsens, der Großbritannien zusätzlich erschöpfte, kam die erschreckende Zahl von einer Million Arbeitsloser (vgl. JESSOP; BONNETT U.A. 1988: 60f).

4.4.3 Die Schwierigkeiten der Labour-Regierung Wilsons und Callaghans

Die Wahlen Anfang 1974 brachten zwar für die Labour Party keine regierungsfähige Mehrheit, doch errang sie die meisten Sitze und stellte bis zu den vorzeitigen anberaumten Neuwahlen eine Minderheitsregierung. Die Neuwahlen im Oktober ergaben eine knappe Mehrheit für die Labour Party unter Premierminister Wilson (1974 bis 1976). Die neue Labour-Regierung vermied dann auch weitere Konfrontationen mit den Gewerkschaften, bewilligte ihre Lohnforderungen und nahm den *Industrial Relations Act* durch den *Trade Union and Labour Relations Act* 1974 zurück. Daraufhin gelang es der Labour Party, durch den bereits seit 1973 zwischen Labour und Gewerkschaften ausgehandelten *Social Contract* (Sozialvertrag) eine neo-korporatistische Spitzenvereinbarung zu erzielen, die sowohl Sozialreformen und Mitsprache der Gewerkschaften in der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung als auch gewerkschaftliches Stillhalten und Zurückhaltung in der Lohnpolitik beinhaltete. Der *Social Contract* sorgte dafür, dass nach 1975 die Zahlen der Streiks deutlich zu-

rückgingen. Die Bemühungen der Labour Regierung schienen aufzugehen, wohingegen das bürgerliche Lager „im *Social Contract* eine Kapitulation vor den Gewerkschaften und den entscheidenden Schritt zum »Gewerkschaftsstaat« sah (KASTENDIEK 1985: 19).

Im April 1976 gab Wilson sein Amt an Callaghan (1976 bis 1979) ab. In der Folgezeit musste auch Labour eine Vielzahl von Niederlagen hinnehmen.

4.5 Die Zuspitzung der Krise und die Machtübernahme der Konservativen

Großbritannien geriet 1976 in eine Währungskrise des Pfundes und benötigte die Hilfe des IWF. Dieser verband seine Hilfen gemäß der neuen neoliberalen Doktrin der Senkung der Staatsausgaben mit Auflagen an Großbritannien. Aus nationaler Sicht stellte diese Situation Großbritannien als Bittsteller in eine Reihe mit den vom IWF abhängigen Entwicklungsländern. Zugleich galt sie als Schande für das einst so mächtige *Empire*, aus anderer Sicht markierte sie den zwangsweisen Bruch der Regierung mit der keynesianischen Politik der Vorjahre. Erneute Spannungen zwischen der regierenden Labour Party und den Gewerkschaften um die öffentliche Ausgabenpolitik waren die Folge, die bis zum Bruch des *Social Contracts* 1978 führten. Kastendiek dazu: „Der TUC und die Einzelgewerkschaften konnten intern die Politik der kontrollierten Lohnentwicklung nicht durchsetzen; die Regierung konnte nicht die Leistung vorweisen, die sie im Gegenzug versprochen hatte. Die Politik des *Social Contracts* verfring sich in den Problemen, die die wirtschaftliche Entwicklung bis dahin dominiert hatten, und sie konnte erst recht nicht die Probleme lösen, die aus der Weltwirtschaftskrise resultierten“ (ebd.: 19). Eine Vielzahl von Streiks der Gewerkschaften folgte.

Auch die Opposition unter ihrer neuen Parteiführung Thatcher begann wieder zu erstarken und mit radikalen Forderungen auf ihre alternativen Lösungsansätze aufmerksam zu machen. Zudem wurde als alternative Strategie zur heathschen schnellen und radikalen Reformpolitik toryintern das *Stepping Stones*-Papier besprochen, welches eine schrittweise Vorgehensweise gegen die Gewerkschaftsmacht empfahl.

Innerhalb der Labour Party brach Streit um die Regierungspolitik aus. Die Labour-Linke radikalisierte sich mit *Alternative Economic Strategy* (linke Alternative zum keynesianischen Konsens) unter Tony Benn und forderte einen „sofortigen Rückzug

aus dem gemeinsamen Markt, eine massive Ausweitung des öffentlichen Sektors, die Einführung der Mitbestimmung durch die Arbeiter in den verstaatlichten Unternehmen, die Abschaffung der Monarchie und der Privatschulen“ (DIXON 2000a: 57). Der interne Streit um diese radikalen Forderungen führte zum Bruch innerhalb der Labour Party und zur späteren Neugründung der *Social Democratic Party* (SDP) 1981.

Mit dem »*winter of discontent*« erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Die Gewerkschaften streikten so massiv, dass beispielsweise Tote nicht mehr begraben wurden und der Müll wochenlang nicht mehr abgeholt wurde. Hatte es unter E. Heath noch die historische Höhe von 23,9 Millionen Streiktage gegeben, kamen unter den neuen Regierungschefs sogar 28,9 Millionen Streiktage zustande (vgl. BOCHMANN 2001: 29). Die Presse sprach von der »Unregierbarkeit« Großbritanniens, die Stimmung der Bevölkerung wendete sich gegen die Gewerkschaften und Neuwahlen erschienen unabwendbar. „Die keynesianische Politik staatlicher Nachfragesteuerung schien nicht nur keine Lösung mehr für die sich zuspitzenden Probleme der Wirtschaft zu bieten, sie wurde links wie rechts zunehmend als eine der Hauptursachen für diese Probleme angesehen“ (DIXON 2000a: 57). Immer mehr ehemalige Keynesianer ließen sich öffentlichkeitswirksam bekehren. Viele Labour-Weggefährten hatte „Panik angesichts der vielfältigen Ausdrucksformen gewerkschaftlicher Macht ergriffen“ (ebd.: 58), die durch das wachsende ‚Drohpotenzial‘ von einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 50% anstieg. Nun griffen die Ideen und Publikationen des IEA und der Neoliberalen, die diese Zustände wie Hayek schon lange unheilvoll heraufbeschworen hatten.²³

Hayek selbst bezog bereits 1977 in einem Leserbrief der *Times* deutlich Stellung für die konservative Alternative, da die Labour Party nicht in der Lage sei, die seiner Meinung nach, notwendige Beschränkung der gewerkschaftlichen Immunität herbeizuführen (vgl. HAYEK 1977: 15). Auch sah er in den Zeiten der Krise die Möglichkeit gekommen, die ‚Gewerkschaftsfrage‘ in Großbritannien zu stellen.²⁴

²³ Dixon dazu: „Den Neoliberalen ging es in erster Linie darum, die Gewerkschaften zu diskreditieren und damit die öffentliche Meinung auf eine gegen die Gewerkschaften gerichtete legislative und juristische Offensive einzustimmen, die von Hayek aufgrund ihrer »Monopolstellung« auf dem Arbeitsmarkt und der durch Streiks und Streikposten verursachten Behinderung der ökonomischen »Freiheit« (und der Freiheit im allgemeinen) für notwendig erachtete.“ (DIXON 2000b: 39f)

²⁴ Am 10. Oktober 1978 äußert er sich in einem weiteren Artikel in der *Times* zu seiner Sicht der Gewerkschaftsmacht. Er warf den Gewerkschaften die Repression der Arbeiter vor, gab ihnen die Schuld an Inflation und zu teurer britischer Produktion. Wegen ihrer Uneinsichtigkeit bezeichnete er

Auch Thatcher griff in öffentlichen Stellungnahmen der Opposition ebenfalls die Macht der Gewerkschaften an: „Today, union power is feared, sometimes even by union members. And there’s grave public distrust about their willingness to bargain responsibly. It’s as much in the interests of the unions themselves as of the public, that a start should be made towards finding a remedy for these problems which are daily becoming more pressing. We intend to make that start” (Thatcher: 1978 zitiert in THATCHER 1979: 7). Am 07.01.1979 gab sie schließlich mitten im *winter of discontent* ein folgenreiches Interview in der Sendung *Weekend World*.²⁵ Darin erörterte sie ihre möglichen Pläne für eine verschärfte Gewerkschaftsreformpolitik und bekräftigte, dass sie „Mittel bereitstellen würden für geheime Urabstimmungen und Gewerkschaftswahlen.“ Auch deutete sie dabei mögliche Zwangsmaßnahmen an, wie „die Möglichkeit, Sozialleistungen auszusetzen, wenn keine Urabstimmungen stattgefunden“ (THATCHER 1995: 498) haben, bekräftigte Streikeinschränkungen für lebenswichtige Dienstleistungsbereiche erlassen zu wollen und machte sich für Personen stark, die unter Gewerkschaftsausschluss oder *closed shops* litten. Weiter führte sie aus: „the great debate should be on, how Unions use their power“ (THATCHER 1979: 8). Ihrer Meinung nach würden sich die Gewerkschaften nur so kämpferisch in der Lohnpolitik verhalten, weil sie irrtümlicherweise befürchteten, dass sich sonst ihre Macht reduziere. Es sei falsch, dass die Gewerkschaften mit ihren (damals) elf Millionen Mitgliedern über dem Gesetz stünden. „Our trade unions [...] have powers that no other unions in the world have” (ebd.: 20). Diese Macht, so Thatcher, müsse ihnen nun wieder vom Parlament genommen werden.

Im folgenden Wahlkampf dominierte das Thema der Gewerkschaftsreformen. Im sog. *Ridley-Report* legten die Konservativen ihre Strategie zur Bekämpfung der Gewerkschaftsmacht fest. Ohne Scheu vor sozialen Kosten wollte die konservative Partei, einmal an der Regierung, ihre Macht dadurch von den Gewerkschaften zurückerobern, dass sie gezielt eine starke Gewerkschaft eines reformbedürftigen Sektors entmachtete. Sollte es volkswirtschaftlich notwendig sein, planten die Tories Produkte aus der von der zu bekämpfenden Gewerkschaft vertretenen Industriesparte aus dem Ausland zu importieren, um sich so aus der Abhängigkeit der Gewerkschaft-

sie als „open enemies of the ideal of freedom of association“ (HAYEK 1978: 12), da sie diese Freiheit den meisten Arbeitern verweigern und Nichtmitglieder von Jobs ausschließen würden. Auch seien die Gewerkschaften der Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit.

²⁵ Das Ergebnis dieses Interviews war ein deutlicher Vorsprung der Tories in den Umfragewerten vor der regierenden Labour Party.

ten zu befreien. Auf diesem Weg sollte die Gewerkschaft demonstrativ in die Knie gezwungen werden (vgl. HUGO 2001:129). Dieser Plan diente später beim Bergarbeiterstreik 1984/85 (Kapitel 5.5.3) als Vorlage.

Als Thatcher 1979 schließlich mit der konservativen Partei die Wahlen mit Hilfe eines werbewirksam betriebenen Wahlkampfes gewann, konnte sie mit ihrem Richtungswechsel in der britischen Politik beginnen. „Politisch gesehen hieß dies, den Trend zu staatlich subventionierter Wohlfahrt aufzuheben, die öffentlichen Ausgaben zu senken, den staatlichen Sektor zugunsten privater Unternehmen zu beschneiden, die Gesetze des freien Marktes und die marktwirtschaftlichen Kräfte wieder herzustellen, die Flut staatlicher Interventionen zurückzudrängen, die Profitabilität zu untermauern, Löhne und Gehälter unter Kontrolle zu halten und die Macht, die die Arbeiterklasse mittels der Gewerkschaften im ökonomischen und politischen Leben gewonnen hatte, zu brechen“ (HALL 1989: 178). Der Trend zur massiven Nutzung der Medien für Wahlkampfzwecke setzte sich auch in der Zukunft fort.

4.6 Zusammenfassung

Die Betrachtung Großbritanniens in der Nachkriegszeit macht deutlich, dass sich das System des defizitären fordistischen Staates zunehmend in einer Krise befand. Die bisherigen Mittel des Korporatismus und die Weise der keynesianischen Nachfragesteuerung waren gescheitert. Auf der Suche nach Alternativen wurden die Gewerkschaften zunehmend als Störfaktor wahrgenommen, der aus dem alten System stammte. Sie schienen jede Reformpolitik in einem neu entstehenden postfordistischen Staat zu blockieren. Die Neoliberalen, die sich zunehmend auf der Seite der Konservativen positionierten, scheiterten zwar 1974 noch bei der Umsetzung ihrer Ideen, doch wagten sie mit Hilfe Thatchers einen neuen, deutlich strategischer geplanten Versuch, sich der britischen Politik als Lösungsmodell anzubieten. Im folgenden Kapitel soll nun auf die Phase des Thatcherismus und auf die Umsetzung der neoliberalen Strategie eingegangen werden. Zunächst wird dazu der Bezug Thatchers zu ihrem `Mentor´ Hayek dargestellt.

5. Der Thatcherismus

5.1 Thatcher, Neoliberale und die Tories

5.1.1 Thatcher und Hayek

Margaret Thatcher, geboren 1925, studierte Chemikerin und Juristin aus mittelständischem Hause, saß schon seit 1959 im britischen Parlament. Ihre spätere politische Linie ist allerdings nicht ohne ihre Beziehung zu ihrem ‚Mentor‘ Hayek²⁶ zu verstehen. Sie befasste sich schon während ihrer Studienzeit mit Hayeks Werk *Der Weg zur Knechtschaft*. Hayeks Kritik am Sozialismus und den „Sozialisten aller Parteien“ (HAYEK 2003) imponierte ihr und ebenso sein „Blickwinkel des Staates, wie ihn Konservative sich wünschen – eine begrenzte, rechtsstaatliche Regierung – und weniger aus Sicht der Staatsform“ (THATCHER 1995: 68). Thatcher las zudem „Hayeks Meisterwerke »*The Constitution of Liberty and Law*« und »*Legislation and Liberty*«, wobei ihr bewusst wurde, dass die Prinzipien der „Herrschaft des Rechts“ eine weitaus breitere Geltung haben (ebd.: 108). Sie zog aus Hayeks Buch *Die Verfassung der Freiheit* „die politischen Konsequenzen von Inflationsbekämpfung, Steuer senkung, der Entmachtung der Gewerkschaften, der Privatisierung von Staatsunternehmen wie Bahn, Post, Wasser, Strom sowie der Deregulierung der Gesundheits- und Altersvorsorge.“ (NIESEN 2002: 84)

Auch als sie 1974 mit der Heath-Regierung scheiterte, gründete sie mit Keith Joseph das *Centre for Policy Studies* um, mit den Worten Lord Josephs „»to convert the Tory party« to the principles of liberal economics, the focus of what became Thatcherism“ (GUARDIAN 2004). Sie selbst sagte später dazu: „I do think we have accomplished the revival of the philosophy and principles of a free society. We set up the Centre for Policy Studies, and it has propagated those ideas, and they have been accepted“ (Thatcher zitiert im GUARDIAN 2004). Kennzeichnend für ihre Begeisterung für Hayeks Theorie des Neoliberalismus war auch ihr energischer Ausruf: „This is what we believe!“²⁷ (Thatcher 1975 zitiert in: HENNECKE 2000: 330) mit Verweis auf Hayeks *Verfassung der Freiheit* bei einer internen Sitzung. Hennecke fügt er-

²⁶ Hennecke bewertet Hayeks Vorgehen folgendermaßen: „Während viele Intellektuelle, unter ihnen nicht zuletzt die Ökonomen, irgendwann doch einmal den Drang verspüren, die Rolle des Beobachters und Meinungsmachers zumindest zeitweilig gegen die politische Verantwortung einzutauschen, sucht Hayek nie die persönliche Macht. Sein Einfluß auf führende Politiker der siebziger und achtziger Jahre ist nicht praktischer, sondern ideologischer Natur.“ (HENNECKE 2000: 325)

²⁷ Hennecke zitiert aus John Ranelaghs Werk: *Thatcher's People* (London, 1992) Margaret Thatcher (1975) (ebd.: 330).

gänzend hinzu: „Regelmäßige Korrespondenz, persönliche Treffen und wechselseitige Aufmerksamkeiten charakterisieren die Beziehung“ (HENNECKE 2000: 330). Neben der Regierungschefin setzte sich auch Joseph sehr dafür ein, Hayeks Ideen der Thatcher-Regierung nahe zu bringen.

5.1.2 Think Tanks und der »Krieg der Ideen«

Maßgeblich beteiligt waren an der Verbreitung des neoliberalen Gedankengutes in Großbritannien vor allem die sog. *think tanks* auch *advocacy tanks* genannt, „Organisationen, die sich gerne als *Reflexionsforen* ausgaben, die man allerdings eher als entscheidende Träger der *politischen Engagements* bestimmter Intellektueller ansehen muß“ (DIXON 2000a: 8). Diese *think tanks* versuchen mittels Diskursen die Politik zu steuern. In Großbritannien wurden diese `Denkfabriken´ auch als „the New Right“ (JESSOP; BONNETT U.A. 1988: 61) bezeichnet. Die Aufgabe von neoliberalen *think tanks* kann darüber hinaus im sog. „Krieg der Ideen“ (GEORGE 2001) aus Hayeks `Nobelpreisrede´ von 1974 abgeleitet werden, in der er besonders den Kampf gegen den Keynesianismus und dessen wissenschaftliche Vorgehensweise hervorhob: „Wenn wir das Ansehen der Wissenschaft erhalten und die Anmaßung von Wissen, die auf einer oberflächlichen Ähnlichkeit des Verfahrens mit dem der exakten Naturwissenschaft gründet, verhindern wollen, wird viel Mühe auf die Entlarvung solcher Anmaßungen aufgewendet werden müssen, von denen manche jetzt schon geschützte Interessen anerkannter Lehrfächer geworden sind“ (HAYEK 1996: 12). Diese `Entlarvung´ wurde über einen langen Zeitraum gedacht und geplant zur Hauptaufgabe der *think tanks*. Für George zählen zur Vorgehensweise der *think tanks* die Ideologieentwicklung, das Denken in langen Zeiträumen, die Ideologiefinanzierung und die praktische Implementierung der Ideen (vgl. GEORGE 2001). Während die Finanzierung in Großbritannien mit Hilfe Anthony Fishers anlief, bauen heute die *think tanks* auf die massive Unterstützung der Industrie und der Geschäftswelt (vgl. DIXON 2000a: 26f). Auch wenn der Nachweis der Beeinflussung der Politik durch *think tanks* als schwierig gilt, gibt es jedoch zahlreiche deutliche Hinweise darauf (wie beispielsweise die deutliche Nähe einiger ihrer Schriften zur tatsächlichen Regierungspraxis). Zu den britischen *think tanks*, die maßgeblich Einfluss auf die Neoliberalisierung der Politik der Thatcher-Regierung hatten, zählen das bereits erwähnte *Institute of Economic Affairs* (IEA), das von Thatcher selbst gegründete *Centre for Policy Studies* (CPS) und das *Adam Smith Institute* (ASI).

Das *Institute of Economic Affairs* wurde bereits 1955 von Ralph Harris und A. Fisher gegründet und galt offiziell als parteiunabhängig. Zwischen dem IEA und der oben erwähnten MPS gab es eine deutliche „Überschneidung und Verschmelzung ihrer Organisationsstrukturen“ (DIXON 2000a: 30). Während das IEA besonders mit herausgeberischen Tätigkeiten befasst war, kümmerte sich die MPS um die Veranstaltung von Seminaren und Forschungskolloquien mit internationaler Besetzung. Das IEA bearbeitete vorwiegend ökonomische Fragen und überließ dafür das „Feld der Identitätskämpfe und Moralfeldzüge anderen“ (ebd.: 34). Die Idee der IEA-Führung ist es seit seiner Gründung, „die britische Gesellschaft als Ganze von ihrer ökonomischen Basis her“ zu „verändern“ (ebd.: 35). Dazu veröffentlichte das IEA Publikationen zu Themen wie: Widersprüche der keynesianischen Wirtschaftspolitik, Währungsstabilität und Staatshaushalt, Fehler des Wohlfahrtsstaats, nötiger Deregulierung, Ausarten der Gewerkschaftsmacht, Vorteilhaftigkeit von Marktmechanismen und Privatisierung. Der Niedergang Großbritanniens wird laut den Publikationen des IEA erklärt „als Folge einer Vielzahl von Beschränkungen des Marktprinzips, die es daran hindern, seine dynamische und wohlstandssichernde Funktion zu entfalten“ (vgl. GAMBLE 1985: 38). Das IEA publizierte nach 1970 auch die monetaristischen Lehren Friedmans »*Wincott memorial lecture*« unter dem Titel »*The Counter-revolution in monetary theory*« und trug dazu bei, dass sich die monetaristischen Lehren Friedmans in Großbritannien verbreiteten und wirksam werden konnten. Der Monetarismus spricht der Regierung die Macht ab, durch Nachfragesteuerung mittels Geld- und Steuerpolitik die Arbeitslosigkeit zu senken und besagt vielmehr, dass eine vertretbare Minimalhöhe der Arbeitslosigkeit von den Funktionen des (Arbeits-) Marktes bestimmt wird. Interventionistische Politik kann daher nur negative Folgen wie Inflation und einen Verfall der Währung bedeuten (vgl. DIXON 2000a: 61). Trotz eindeutiger Tendenz zwangen öffentliche Zuschüsse das IEA auch zu pluralistischen Publikation. Das IEA-Mitglied Arthur Seldon bestätigte dennoch die Zweifel an der Pluralität: Ziel der verlegerischen Tätigkeit sei es, „die Herrschaft der Labour Party über die Arbeiterklasse zu brechen und den Sozialismus auf immer zu zerstören“ (DIXON 2000a: 36). Dennoch regte das IEA Prozesse gegen Gegner an, die ihnen politische Ziele unterstellten. Dixon dazu: „Wenn man einen Gewerkschafter um einen Beitrag bat, dann geschah dies, um das extremistische Verhalten seiner Genossen anzugreifen“ (ebd.: 36). Das IEA versuchte mit seinem

Konzept den „Kampfschriften der *Fabian Society*“, einem den Labour nahen *think tank*, gegründet 1884, „etwas entgegenzusetzen“ (ebd.: 38). Der *Fabianismus*, von diesem linken *think tank* geprägt, war Gegner und Vorbild zugleich.

Neben den Publikationen betrieb das IEA an seinem Sitz in Nähe des Parlaments Lobbyarbeit, um die „oppositionelle Strömung zu organisieren, indem der Kontakt zu ihren unterschiedlichen Vertretern aufrecht erhalten wurde“ (ebd.: 40). Zudem organisierte es Nachwuchsausbildung, Veranstaltungen und Seminare sowie Kontaktpflege, um seine Ideen hoffähig zu machen. Die britische Finanzwelt zeigte sich deutlich empfänglicher für die neoliberalen Ideen des IEA als die Geschäftswelt, die zunächst noch dem Korporatismus anhängen und die erst noch aus Sicht des IEA von der ökonomischen Freiheit überzeugt sowie von den Ängsten befreit werden musste. So dauerte es bis ins fortgeschrittene Stadium der Ära Thatcher, bis sich auch die Arbeitgebervereinigungen und insbesondere die Industrie allmählich von dessen Ideen überzeugen ließen.

Der politische Einfluss des IEA innerhalb der Tories stieg besonders während der Heath-Regierung und mit dem sog. *Selsdon Programm*, das die Einstellung von Subventionszahlungen an unrentable Unternehmen sowie Privatisierungen und ein neues Gewerkschaftsrecht forderte. Dieses Programm erregte wie kein anderes die Aufmerksamkeit der intellektuellen und politischen Eliten.

Dixon resümiert über das IEA: „Sicher ist, daß die Thatchersche Revolution ohne diese sog. Krise der »staatlichen Steuerung« der britischen Gesellschaft ihren günstigen Verlauf nicht hätte nehmen können; ebenso sicher ist aber auch, daß sich der Thatcherismus als neuer *common sense* der britischen Elite ohne die langwierige und geduldige theoretische Vorbereitung der mit dem Institute of Economic Affairs verbundenen Intellektuellen nicht durchsetzen hätte können“ (ebd.: 44).

Das 1974 von Thatcher und K. Joseph - nach eigenen Worten ein bekehrter gemäßiger Ex-Fabianer (vgl. ebd.: 71) - gegründete CPS formulierte in den Folgejahren die Mechanismen des Monetarismus, der Privatisierungen und der Gewerkschaftsreformen aus (vgl. GUARDIAN 2004). Auch das CPS hatte personelle Überschneidungen und Aufgabenverteilungen mit verschiedenen anderen *think tanks*. Das CPS setzte mit der Niederlage der Konservativen 1974 an, die Tories auf den Neoliberalismus und Monetarismus einzuschwören und bekämpfte dabei besonders die »Sozialisten« in der eigenen Partei (im Sinne Hayeks). Das CPS versuchte nicht, wie das

IEA, sich als pluralistisch darzustellen, sondern stellte offen seine Anschauungen dar, weswegen auch keine Gemeinnützigkeit wie für das IEA beantragt wurde. Doch versuchte auch das CPS zwei sensible britische Themen der Siebziger - den Kampf gegen die Gewerkschaften und den Umbau des Wohlfahrtsstaats – auf die politische Agenda zu setzen und mit radikalen Forderungen Reformen voranzutreiben. Die *Trade Union Reform Group* (TURG) des CPS arbeitete dabei an Vorschlägen, wie der Gewerkschaftsfrage beizukommen sei. Unter der Regierung Thatcher sind ihre Vorschläge zu Rechtstatbeständen in den von ihrer Regierung verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzen geworden.²⁸ Viele der Mitarbeiter des CPS und des IEA wurden zu engsten Beratern von Thatcher und ihrer *Downing Street Policy Unit*, einer Gruppe von Privatberatern Thatchers, die auch dazu dienen sollte, den Einfluss der britischen Ministerialbürokratie auf die Regierungspolitik zu verringern.²⁹ Mit dem Rücktritt des CPS-Mitbegründers und Ex-Linken Alfred Sherman 1985 verloren die Neoliberalen gegenüber den Neokonservativen an Einfluss im CPS und damit auch auf die Regierungspolitik.

Der dritte bedeutende britische neoliberale *think tank* ist das *Adam Smith Institute* (ASI), das 1977 als ein Ableger des gleichnamigen amerikanischen *think tanks* in Großbritannien gegründet wurde. Das ASI baut auf Netzwerkstrukturen und Medienwirksamkeit, wobei es ein „bilderstürmerisches und nonkonformistisches Image“ (DIXON 2000a: 85) pflegt und nicht so diskret wie die anderen beiden *think tanks* verfährt. Hayek war sowohl Ehrenpräsident als auch Gastredner des ASI. Auch bei der Wahl der Themen unterscheidet sich das ASI deutlich von den anderen beiden *think tanks*. Mit den Themenschwerpunkten Deregulierung und Privatisierung beeinflusste es besonders die Regierungspolitik der 80er Jahre und machte sich mit der Herausgabe eines Privatisierungshandbuchs einen Namen. Jedoch entwickelt das ASI Ideen nicht selbst neu, sondern macht „Vorschläge für die praktische Umsetzung von anderorts entwickelten Gedanken“ (ebd.: 88). Die 1985 veröffentlichten *Omega File-Ratschläge* von den Spezialisten des ASI sollten ein Verlangsamens der thatcherschen Reformen verhindern.

²⁸ Dazu auch eine Auflistung verschiedener Reformvorschläge des TURG bei (DIXON 2000a: 77f).

²⁹ Mehr zu personellen Verstrickungen zwischen IEA, CPS, ASI bei (DIXON 2000a).

5.1.3 Ein neuer Führungsstil

Dass Thatcher am 11.02.1975 zur Parteiführerin gewählt wurde, verdankt sie sowohl ihrem Parteikollegen Joseph, der im Vorfeld seinen Verzicht erklärt hatte, als auch dem Umstand, dass innerhalb der konservativen Partei unterschiedliche Kräfte nach einer Alternative zu Heath suchten. Doch die anfängliche Bedeutung einer Übergangslösung sollte sie bald verlieren. So sorgte sie dafür, dass Joseph ihrem Schattenkabinett angehörte und „seinen geistigen Kreuzzug vom »*Centre for Political Studies*« aus fortsetzte“, da es ihrer Auffassung nach galt, auch innerhalb der eigenen Partei „für die Idee des freien Unternehmertums größeres Verständnis und eine breitere Akzeptanz zu erringen“ (THATCHER 1995: 341). Auf dem Parteitag der konservativen Partei 1975 legte sie ihre Vision eines Großbritannien unter ihrer Führung dar: „Let me give you my vision. A man’s right to work as he will. To spend what he earns. To own property. To have the State as servant and not as master. These are the British inheritance“ (Thatcher 1975 zitiert in THATCHER 1979: 3).

Um fort von der konservativen Tradition des Pragmatismus hin zu langfristigen Zielsetzungen zu gelangen, musste sich jedoch zunächst einmal die eigene Partei verändern. „Anstelle eines weitgefaßten Korporatismus bzw. einer parteilichen Mobilisierung von der Basis her entwickelte sich eine Mischung aus Populismus und Staatsräson“ (JESSOP 1994b: 366f). Durch die zunehmende Personifizierung und Popularisierung der Volkspartei wandelte sich später auch die Labour Party nach diesem Muster. Hall weist zudem darauf hin, dass „der Thatcherismus [...] zunächst die konservative Partei erobert und transformiert“ hat, „bevor er sich daranmachte, das ganze Land zu erobern und umzugestalten.“ (HALL 1989: 177)

5.2 Die politischen Intentionen des Thatcherismus

5.2.1 Die Bedeutung des Thatcherismus

Um sich der Bedeutung des Thatcherismus bewusst zu werden, muss man ihn vor dem Hintergrund der britischen Krise in Wirtschaft und Staat betrachten. Jessop sieht in der „»historischen Mission« des Thatcherismus“ zweierlei Aufgaben: Zum einen das Zurückschrauben der Grenzen fordistischer Staatsintervention und zum anderen das Finden neuer Formen staatlicher Intervention mit dem Ziel, eine Flexibilisierung und Dynamisierung der britischen Wirtschaft zu erreichen“ (JESSOP 1994b: 359). Der bis dahin gängige „tripartitorische Korporatismus wurde“ dazu

„weitgehend aus den Kerninstitutionen des Zentralstaats verdrängt“ (ebd.: 364), private und bipartistische Arrangements gediehen jedoch weiter.

Zwei maßgebliche Dimensionen prägten dabei die Vorgehensweise und das Selbstverständnis des Thatcherismus: der Neoliberalismus und der Neokonservatismus. So sieht Döring im Thatcherismus eine „neokonservative Roßkur“ gegen die industrielle „Vergreisung“ und „institutionelle Sklerose“ (vgl. DÖRING 1993: 87). Kastendiek deutet zudem in der „Krisenerklärung des Thatcherismus“ die „Leitsätze neoliberal-konservativer Politikprogramme: die Kritik an einer Verstaatlichung der Gesellschaft, die These von der Knebelung der Marktkräfte durch staatliche Interventionen und die Macht der kollektiven Großorganisationen (vor allem der Gewerkschaften) sowie die Kritik an einer wohlfahrtsstaatlichen Gängelung der Individuen“ (KASTENDIEK 1999: 12).

In der Gewerkschaftsfrage ließen sich dabei besonders gut die beiden Stränge des Thatcherismus, der Neoliberalismus und der Neokonservatismus, vereinen. „Wenn die einen die Notwendigkeit der Freisetzung der Marktkräfte zur Heilung der »britischen Krankheit« betonten, so sahen die anderen in den vielfältigen Angriffen auf die traditionellen Quellen der Autorität (die Familie, die Religion, den Staat) die beunruhigendsten Symptome der Krise“ (DIXON 2000a: 63). Beides machte die Gewerkschaften zu einer Quelle des Übels und beide wurden gleichermaßen von Thatcher mobilisiert, um die Macht der britischen Gewerkschaften zu schwächen.

Kastendiek sah die Notwendigkeit, „die Gesellschaftspolitik aus den Blockierungen des Nachkriegskonsenses herauszuführen“ (KASTENDIEK 1999: 12f). Der Thatcherismus verstand sich laut ihm nur als „ein Entwicklungsmodell, das konsequent die Wirtschaft von staatlichen Regulierungen, die Individuen von der Vormundschaft des Wohlfahrtsstaates und die Unternehmer von der betrieblichen Gegenmacht der Gewerkschaften befreie“ (ebd.: 12), damit Großbritannien wieder Anschluss an die technologisch-ökonomische Entwicklung gewinnen konnte. Als Mittel wählte der Thatcherismus dazu eine „umfassende Liberalisierungspolitik“ (ebd.: 12).

Die gesellschaftliche Folge hingegen war laut Jessop u.a. das Brechen der Regierung Thatcher mit dem Modell einer geeinten Nation (*one nation*), das versuchte, mit dem KWS und der Vollbeschäftigungsgarantie, auch die Armen und Unterprivilegierten zu integrieren. Thatcher nahm bei ihrer Politik in Kauf, dass es zu einer Teilung der Nation in ein „*Two-Nations*“-Modell kam. Der Thatcherismus nutzte dabei die Polarisierung verschiedener Gruppen und Ziele, die Thatcher einander gegenüberstellte

um ihre politischen Ziele weiter verfolgen zu können (vgl. JESSOP; BONNETT U.A. 1988: 87-90). Der sog. »*Popular Capitalism*« sorgte durch Privatisierungen und gezielte Förderung einiger Privater dafür, dass einige Bevölkerungsgruppen vom Thatcherismus profitierten und andere, die in den Augen des Thatcherismus als nicht förderungswürdig galten, mit Kürzungen der ihnen bewilligten Mittel (Sozialhilfe, Rente, etc.) rechnen mussten. Das Besondere im Thatcherismus dabei war, dass die Veränderungen innerhalb der gesellschaftlichen Grundlagen des Staates neue begünstigte Gruppen schufen und bis dato besser Gestellte verloren. So förderte der Thatcherismus weiterhin das Finanzkapital und die multinationalen Konzerne und setzte Steuersenkungen für die reichsten Bevölkerungsgruppen durch. Auch die neue Dienstleistungsschicht und die im privaten Sektor der Wachstumsbranchen Tätigen gewannen. Regional profitierte vor allem der Süden Englands. Zu den Verlierern zählten die Langzeitarbeitslosen, zunehmend prekär Beschäftigte (Teilzeitarbeitskräfte, Zeitarbeiter, etc.) und die Beschäftigten in den nicht mehr förderungswürdigen Industriebranchen. Da der Thatcherismus auch eine Abneigung gegen das alte Establishment (auch in der eigenen Partei) pflegte und dessen Position in Frage stellte, kann insgesamt auch von einer »Umgruppierung von Klassenfraktionen« gesprochen werden (vgl. JESSOP; BONNETT U.A. 1988: 169-180, JESSOP 1994b: 377).

Im Folgenden soll genauer auf die zwei unterschiedlichen Stränge des Thatcherismus, den Neoliberalismus und den Neokonservativismus, eingegangen werden.

5.2.2 Neoliberalismus und Neokonservativismus

a) Der Neoliberalismus im Thatcherismus:

Die neoliberalen Ziele des Thatcherismus werden besonders in seiner Verlagerung öffentlicher Aufgaben in den Bereich des Privaten deutlich. Wie zum Beispiel die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, das Deregulieren staatlicher Beschränkungen, das Hervorheben unternehmerischer und selbstorganisatorischer Verhaltensweisen der Individuen und „die Reprivatisierung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse“ (HUGO 2001: 194) sowie die Beschränkung der Macht der Verbände. Doch neben diesem vom Thatcherismus proklamierten `Rückzug des Staates´ kamen dem Staat auch neue bzw. veränderte Aufgaben zu. Darunter der Versuch einer restriktiven (monetaristischen) Geld- und Ausgabenpolitik, eine Ordnungspolitik zur

Sicherung des Wettbewerbs und eine damit verbundene Zentralisierung und Stärkung der Staatsorganisation.

Gerade in Bezug auf die neoliberale Politik Thatchers meldete sich Hayek des Öfteren zu Wort, um die Reformen nicht abebben zu lassen. Hayek versuchte mittels seiner diskreten Ratschläge Thatcher zu einem härteren Vorgehen gegen die Gewerkschaften zu bewegen, war sich dabei aber seiner besonderen Rolle als Ausländer stets bewusst (vgl. HENNECKE 2000: 331ff). Auch nutzte er vor und in den Jahren der Thatcher-Regierung öffentliche Stellungnahmen, Leserbriefe und Interviews in den großen britischen Tageszeitungen und Magazinen, um die Wirkung seiner Ideen zu steigern. Hayek versuchte Druck auf die britische Regierung auszuüben, sich mit schnellerem Tempo der Inflationsbekämpfung, den Gewerkschafts- und monetären Reformen zu widmen.³⁰ Zu Beginn der Thatcher-Ära gingen ihm die Reformen zu zögerlich voran und er empfahl ein kürzeres und durchaus radikaleres Vorgehen, beispielsweise in Bezug auf die Inflationsbekämpfung und die damit verbundenen Arbeitslosigkeitszahlen.³¹ Noetzel weist auch darauf hin, dass Friedmann und Hayek öffentliche Kritik an Thatchers Nichteinhaltung der Ausgabenbegrenzung des Staatsdefizits übten (vgl. NOETZEL 1987: 22).

b) Der Neokonservatismus im Thatcherismus

Neben den neoliberalen Zielen des Thatcherismus standen die neokonservativen Ziele, die daraus bestanden „das gesellschaftliche Leben insgesamt neu zu ordnen durch eine Rückkehr zu den »alten Werten« - den Philosophien von Tradition, Englichkeit, Respektabilität, Patriarchalismus, Familie und Nation“, also nach dem Slogan: „Freier Markt *und* starker Staat“ (HALL 1989: 178f). Thatcher zählte zu den moralischen Grundwerten ihrer Regierung: „Leistung, Disziplin und Sparsamkeit. Begriffe, die dem traditionellen Werteverständnis der englischen Mittelschicht entsprechen“ (HUGO 2001: 69). So war es auch besonders die leistungsbereite Mittelschicht, die von ihrer Politik profitieren sollte. Die Bedeutung der sich bis dahin unterrepräsentiert fühlenden Mittelschicht, der Selbstständigen und ihrer Vertreter wuchs an. Die »Moralökonomie« der Mittelschicht wurde zum neuen Tory-Programm. Ihre Verteidigung gegen Gewerkschaften und Großindustrie wurde als notwendig erachtet und

³⁰ Von einigen Mitgliedern der Thatcher-Regierung wurde Hayek gar als ein Teil des Teams gesehen (vgl. HENNECKE 2000: 332). Mehrere Minister der Thatcher-Regierung waren zudem Anhänger Hayeks, wie K. Joseph, Norman Tebbit und Nigel Lawson (vgl. HENNECKE 2000: 333).

³¹ Mehr zu Hayeks Drängen bei (HENNECKE 2000: 331ff, HERTZ-EICHENRODE 1983: 3).

das Thatcher nahestehende CPS sowie das *Conservative Research Department* griffen verstärkt Ansätze des *small business* auf (vgl. NOETZEL 1987: 26ff). Dieser Mittelschichtlobbyismus begann schon 1975 und Thatcher verstand sich selbst als eine Art Repräsentantin eben dieser Schicht.

Die Konservativen wollten mit den Gewerkschaftsunruhen, Streiks und der »Unregierbarkeit« Großbritanniens aufräumen und den Staat gegen diese Schwächung seitens der »Straße« schützen. Dazu forderte der Neokonservatismus eine Rückkehr zur Ordnung und eine wirksame Bekämpfung der gewerkschaftlichen Macht, die mehr und mehr die Autorität der Regierung zu untergraben drohe. Die neokonservativen Ideen des Thatcherismus widersprechen dabei nicht dem Neoliberalismus Hayeks, da dieser auch stark auf Tradition oder einen staatlichen Ordnungsrahmen Wert legte. Die Frage der Demokratie des staatlichen Gebildes sah er zudem recht skeptisch, wenn es darum ging, die »Herrschaft der Mehrheit« der »Herrschaft des Gesetzes« vorzuziehen. Auch Konzepte von *law & order*, welche die Macht des Staates verstärkten, gehörten in diesem Sinn zur Politik des Thatcherismus.

Der Neokonservatismus verstand es auch, an die nach dem Zusammenbruch des *Empires*, den wirtschaftlichen Niedergang und der Schande der IWF-Kredite verletzten Sehnsüchte vieler Briten nach staatlicher `Größe` zu appellieren. Auch dem Nationalstolz war es 1983 zu verdanken, dass die Regierung Thatcher nach dem erfolgreichen Falklandkrieg bestätigt wurde.

Insbesondere Noetzel beschreibt (normativ) sehr deutlich das Phänomen des Neokonservatismus, das unter Thatcher Einzug in die Politik der Tory-Regierung hielt. Als Legitimation für den Kampf gegen die Gewerkschaften diente den Konservativen ihre Sichtweise der „Gewerkschaften als Dekadenzverursacher“ (ebd.: 45), welche die Staatsautorität untergraben, die Leistungsbereitschaft des Einzelnen schwächten und durch »Anspruchsinflation« Staat und Industrie überforderten. Sozialabbau und Lohnsenkungen sollten zu neuer »Askese« der Nation führen. „Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ galt in den Vorstellungen der Tories „nicht mehr als Rechtsanspruch des betroffenen Bürgers, mit deren Hilfe er ein menschenwürdiges Dasein führen kann, sondern als Almosen. Sozialpolitik wird hier zur Armenversorgung im Sinne des 19. Jahrhunderts“ (ebd.: 21). Die Betroffenen sollten dem gemäß ihre Opferbereitschaft und ihre Bemühungen, selbst aus der Misere herauszukommen, erst einmal demonstrieren, um nicht als »Schnorrer« denunziert zu werden. Für

Noetzel stellt jedoch der Neokonservativismus die weitaus größere Bedeutung in der Ära Thatcher dar als der Neoliberalismus.

Dem soll an dieser Stelle entgegen gehalten werden, dass der Neokonservativismus eher als eine nützliche und vielleicht sogar notwendige Ergänzung zum Neoliberalismus des Thatcherismus zu deuten ist. Dafür sprechen zweierlei Gründe: Zum einen der interne Grund, mittels radikal-konservativer Rückbesinnung innerhalb der konservativen Partei eine neoliberale Transformation einzuleiten, um sich von den bis dahin gepflegten korporatistischen Verhaltensweisen zu verabschieden. Zum anderen der externe Grund, durch neokonservativen Appell die Mobilisierung der Mittelschicht und der aufstiegsfähigen oberen Unterschicht zu erreichen und so Wählerpotenzial für eine neoliberale Reformpolitik des Thatcherismus zu mehren.

5.2.3 Die verschiedenen Phasen des Thatcherismus

Zwecks einer besseren temporären Einordnung des Thatcherismus kann dieser nun im Sinne Jessops und Kastendieks in die Phasen seines Wirkens unterteilt werden. Die erste Phase ist laut Jessop die der Entstehung des Thatcherismus als soziale Bewegung in den Jahren 1968 bis 1979 mit dem Ziel, das *postwar settlement* und seine Institutionen aufzubrechen. In dieser Phase wurden die zwei Richtungen des Thatcherismus formuliert und versucht, diese der Bevölkerung nahe zu bringen.

Die zweite Phase beginnt mit der ersten Amtsperiode der Regierung Thatcher und den Bemühungen, die politische Macht zu konsolidieren (1979 bis 1982). In dieser Zeit zeichnete sich die Regierung besonders dadurch aus, dass sie im Gegensatz zu ihren Vorgängern Beständigkeit zeigte sowie konstant und ohne Wendungen ihre Politik der Inflationsbekämpfung und Haushaltsbegrenzung durchhielt. Kastendiek charakterisiert diese Phase der ersten Amtszeit 1979 bis 1983 mit der thatcheristischen Prämisse, die Macht der Gewerkschaften zu brechen.

Danach folgte in der dritten Phase (1982 bis 1986) die Wiederwahl Thatchers (1983) aufgrund der Sympathiewoge, die mit dem Falklandkrieg ihrer Regierung »zufloss«. Aber auch die Spaltungen auf der Linken (Labour und Social Democratic Party) und die Enthaltung der Labourwähler wegen der Frustration über die internen Streitereien ihrer Partei begünstigten diese Tendenz. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und Unternehmerprotesten wegen ausbleibender oder nur verdeckter Industrieförderung erfolgte auch hier kein Richtungswechsel. Innerparteiliche Kämpfe zwischen alten und neuen konservativen Ansichten verdeutlichten trotz konsolidiertem Thatcheris-

mus allerdings, dass auch innerhalb der Tories die Machtkämpfe nicht zum Erliegen gekommen waren. Dennoch folgten die ersten „Schritte zur Implementierung einer kohärenten post-fordistischen Strategie“ (JESSOP 1994b: 360) in einer Wirtschaftsstrategie der Inflationsbekämpfung und einer mikroökonomischen Politik, um das Wirtschaftswachstum zu steigern und Arbeitsplätze zu schaffen. Kastendiek beschreibt diese Phase auch als „Restrukturierung und Revitalisierung der Wirtschaft“ (KASTENDIEK 1999: 13).

In der vierten Phase (1986 bis 1990) wurde der Thatcherismus durch die Wiederwahl konsolidiert. Innerparteiliche Kämpfe gewann die radikal thatcheristische Seite, die sich fortan daran machte, die Reorganisation gesellschaftlicher Verhältnisse voranzutreiben. Jedoch verlor der Thatcherismus durch wirtschaftliche Misserfolge sein Vertrauen in der Bevölkerung, was schließlich zum Sturz Margaret Thatchers führte.

Mit dem Ende von Thatchers Amtszeit markiert schließlich Jessop die fünfte Phase, den Post-Thatcherismus mit einer Distanzierung zu den sozialen Härten der Thatcher-Ära, aber Beibehaltung der neoliberalen Politik unter John Major (vgl. JESSOP 1994b: 360).

Trotz der deutlich werdenden Hauptlinien thatcheristischer Politik betrachtet Kastendiek diese Linien jedoch nicht als monolithisches Projekt, sondern bescheinigt dem Thatcherismus durchaus eine flexible Programmatik (vgl. KASTENDIEK 1999: 13). Dies wird auch im folgenden Kapitel deutlich werden, wenn es darum geht, die thatcheristische Wirtschaftspolitik auf die neoliberalen Handlungsanweisungen und ein neoliberales Akkumulationsregime hin zu überprüfen und die neuen und veränderten Interventionsformen des Staates zu betrachten.

5.3 Neoliberalismus als Handlungsanweisung thatcheristischer Wirtschaftspolitik

5.3.1 Liberalisierung und Deregulierung

Die Politik der Liberalisierung und Deregulierung der Regierung Thatcher lässt sich unter dem Ruf nach `Rückzug des Staates´ und zunehmender Unabhängigkeit wirtschaftlicher Akteure von staatlicher Kontrolle summieren. Der Staat sollte nunmehr nur noch den ordnungspolitischen Rahmen, wie die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit und den Schutz des Eigentums garantieren. Dazu wurden in den Jahren 1979 bis 1990 zahlreiche Deregulierungen und Liberalisierungen vorgenommen. Gleich zu

Beginn ihrer Amtszeit 1979 schaffte die Regierung Thatcher die Lohn-, Preis- und Devisenkontrollen ihrer Vorgänger ab. Danach machte sie sich daran, Kreditbeschränkungen abzuschaffen und eine Lockerung des Lizenzsystems für Überlandbusse herbeizuführen (beides 1980). Vor dem Verkauf von *British Telecom* (BT) 1984 wurde der Telekommunikationsmarkt liberalisiert und neu strukturiert (1981/84). Zudem wurde die Gasversorgung liberalisiert und neu reguliert (1982/86), das Optikermonopol beim Brillenvertrieb abgeschafft (1984), der innerstädtische Busverkehr dereguliert, die Börse mit der Abschaffung von Kapitalmarktbeschränkungen dereguliert (1986) und schließlich der Sektor der Finanzdienstleistungen liberalisiert (vgl. Fröhlich und Schnabel zitiert nach HUGO 2001: 99). In Bereichen, die vor der Privatisierung dem staatlichen Monopol unterlagen - etwa beispielsweise im Bereich der Telekommunikation (BT) -, wurden Konkurrenten durch Gesetzesänderungen zugelassen (vgl. HUGO 2001: 97). Jedoch lässt sich an der von neoliberaler Seite zum Teil eiligst vorangetriebenen Privatisierungspolitik der Regierung (Kapitel 5.3.2) kritisieren, dass das Tempo der Deregulierung staatlicher Beschränkungen teilweise zu langsam war, um eine wirkliche Chancengleichheit der neuen Wettbewerber auf den Gebieten früherer staatlicher Monopole zu erreichen.

5.3.2 Privatisierung

Autoren wie Kastendiek führen die gestiegene „Prominenz der Privatisierungspolitik“ (KASTENDIEK 1999: 13) in der Thatcher-Zeit nach 1982 auf einen Wandel der Grundüberzeugungen des Thatcherismus zurück. Dem kann entgegengehalten werden: Eine Politik der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und verstaatlichter Unternehmungen war schon immer ein fester Bestandteil der neoliberalen Politik und ist daher die logische Schlussfolgerung des Thatcherismus gewesen. Zugegebenermaßen bestimmte diese Ausprägung des Neoliberalismus nicht die Anfangsjahre des Thatcherismus. Der Wandel in den 80er Jahren dürfte allerdings auch auf die langsam Fuß fassende Lobbyarbeit des ASI mit seinem Themenschwerpunkt Privatisierung zurückzuführen sein.

Die Gründe für die Privatisierungspolitik der Thatcher-Regierung sind dabei äußerst vielschichtig. Neben der Grundauffassung vom ‚Rückzug des Staates‘ aus der Wirtschaft und dem Willen zur Drosselung der Staatsausgaben (Subventionen, Löhne und Verwaltung öffentlicher Unternehmen) wurden auch Gründe der Wirtschaftlich-

keit angeführt. Darunter fiel, dass staatliche Unternehmen als ineffizient, weniger produktiv und marktorientiert sowie verlustbringend galten. Der Staatssektor sei überlastet und sowohl die Abhängigkeit von Bürokraten als auch das stetige Einmischen von Politikern behindere die Leistungsfähigkeit der staatlichen Unternehmen (vgl. GUSKI 1988: 14). Doch zu den bereits angeführten Gründen für die Privatisierungspolitik unter Thatcher sind sicherlich auch jene anzuführen, die auf eine Schwächung der Gewerkschaften mittels Teilung und Ausgliederung aus dem Bereich der staatlichen Aufgaben zielten sowie jene, die wahltaktische Vorteile versprachen.

Die Ziele der Privatisierungspolitik waren: die Stärkung des Wettbewerbs, das Aufbrechen der staatlichen Monopole, eine Effizienzsteigerung, die Erhöhung der Produktivität und die Entschärfung des traditionellen Klassenkonflikts durch Veräußerung von sog. »Volksaktien«. Durch eine »volkskapitalistische« Privatisierung versuchte die Regierung wirtschafts- und zugleich sozialisationspolitische Ziele zu realisieren (vgl. OFFE 1994: 348). Mit einer breiteren Streuung der Aktien und einer damit verbundenen „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ (GUSKI 1988: 14) sollte Konflikten mit Gewerkschaften vorgebeugt werden. Die Privatisierung sollte zudem die Waren- und Dienstleistungsbereitstellung durch den Staat senken (vgl. JESSOP 1994b: 361). Als Nebeneffekt sollte eine damit verbundene Entlastung des Staatshaushalts Gelder für andere Maßnahmen freigeben, wie insbesondere für die „restriktiven monetaristischen Fiskalziele“ (HUGO 2001: 82). Als zusätzliches Argument für die Privatisierungen kann eine höhere Aktionsfreiheit des Managements und eine Stärkung der Wirtschaftsstruktur gesehen werden.

Die Unternehmensprivatisierungen der Thatcher-Regierung lassen sich in drei unterschiedliche Formen einteilen: die förmlichen Teilverkäufe, die funktionale Übertragung von Aufgaben und die kalte Privatisierung sowie eine Umwandlung der Unternehmensstruktur. Zudem lässt sich die Privatisierungspolitik in drei Phasen unterteilen. Die erste Privatisierungsphase, in der vor allem wirtschaftlich vielversprechende Unternehmen privatisiert wurden (1979 bis 1981), die zweite Phase mit der Ausweitung auf den Versorgungssektor (1982 bis 1986) und eine dritte Phase der Privatisierung staatlicher Restanteile in den Folgejahren (1987 bis 1989) (vgl. ebd.: 84ff).

Vor den Teilverkäufen wurden etliche Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Um den Aktienbesitz breiter zu streuen, griff die britische Regierung zu einem Bündel von Maßnahmen: Sie verteilte beim Kauf zusätzliche Gratisaktien, veranlasste Kursabschläge, d.h. „höhere Abschläge bei streng limitierten Stückzahlen pro Kopf, geringe Abschläge bei weiteren Käufen“, Limitierungen zur breiteren Streuung und vergab zinslose Darlehen, „um Käufe für untere Einkommensklassen zu erleichtern“ (vgl. GUSKI 1988: 22). Ziel dieser breiteren Streuung war eine »Vermögensbildung durch Volksaktien« um nach dem Willen der Thatcher-Regierung das Klima einer sog. *Enterprise Culture* in Großbritannien zu erzeugen. Vermögen sollte in diesem Sinne jeder bilden können, wenn er nur hart genug daran arbeitete.

Als ein weiteres wichtiges Beispiel für Privatisierungen und diese »Unternehmerkultur« können die Verkäufe von Sozialwohnungen an ihre Mieter zum halben Marktpreis gesehen werden. Dabei kamen nicht nur 20 Milliarden Pfund im Zeitraum 1979 bis 1988 der Staatskasse zugute und die Gemeinden konnten von den Instandhaltungskosten befreit werden, sondern auch die Zahl von Eigentümern stieg an. Im besagten Zeitraum wurden so ca. 750.000 Häuser an ihre ehemaligen Mieter verkauft (vgl. ebd.: 19). Thatcher begründete diese Hausverkäufe damit, „daß an die Stelle“ der „durchaus gerechtfertigten Zweifel an der Allwissenheit des Staates neues Vertrauen in das kreative Potential des Unternehmertums treten mußte“ (THATCHER 1993: 144), das mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wirtschaftlicher umginge.

Das Ergebnis der Privatisierungspolitik war umso vielschichtiger. Zwischen 1979 und 1987 wurden 14 größere Unternehmen privatisiert.³² Ihr Erlös brachte dem Staat 25.189 Millionen britische Pfund ein und verbesserte seine Haushaltssituation deutlich. Zudem ging mit der Privatisierung großer Staatsunternehmen auch ein Rückgang staatlicher Zuschüsse für eben diese Unternehmen einher, für die der Staat bis dahin auch finanziell Sorge zu tragen hatte. Auf dem Höhepunkt des Bergarbeiterstreiks 1984 betragen diese noch 3,8 Milliarden Pfund. Bereits 1988 konnten die staatlichen Zuschüsse nur noch mit 27 Millionen Pfund beziffert werden (vgl. GUSKI

³² Zum Beginn der Thatcher-Zeit gab es ca. 20 nationalisierte Industrien (vgl. HUGO 2001: 81). 10 % des Bruttosozialprodukts (BSP) wurden von staatlichen Unternehmen erwirtschaftet. Diese tätigten auch ein Siebtel aller Investitionen in Großbritannien und waren mit ihren rund 1,5 Millionen Beschäftigten besonders in den Sektoren Transport, Energie, Kommunikation, Stahl- und Schiffbau vertreten (vgl. GUSKI 1988: 14).

1988: 15ff). Somit kann in diesem Punkt von einer Doppelentlastung des britischen Staates im Zuge der Privatisierungen gesprochen werden. Darüber hinaus ist die Zahl der privatisierten Dienstleistungen kaum zu ermessen, ebenso die privatisierten Randaktivitäten unveräußerlicher Staatsunternehmen (vgl. GUSKI 1988: 20). „Die bis dato gepflegte Unternehmensphilosophie der gleichmäßigen Versorgung mit Diensten änderte sich“ durch die Privatisierungsmaßnahmen bspw. bei *British Telecom* „in Richtung einer gewinnmaximierenden Wachstumsstrategie“, so Hugo (HUGO 2001: 95).

Nach der Privatisierungspolitik der Regierung Thatcher lässt sich Großbritanniens Wirtschaft nicht länger als *mixed economy* bezeichnen (vgl. ITAL 1995: 171), da sich der Staat aus den meisten Sektoren der Wirtschaft zurückgezogen hat und somit auch die Möglichkeit verlor, die Wirtschaftstätigkeiten kurzfristig auf politische Zwecke auszurichten. Die von neoliberaler Seite gesehene Gefahr von Staatsversagen durch eine zu hohe Integration des demokratischen Staates in die Wirtschaft und damit zu einer Überlastung wurde zudem durch Privatisierungen reduziert. Auch konnte die Regierung somit Probleme, etwa in der Staatsindustrie, auslagern.

Auf die Zahl der Beschäftigten und die Art der Beschäftigungsverhältnisse wirkte sich die Privatisierungspolitik allerdings eher negativ aus. Hugo fasst dies folgendermaßen zusammen: „Die Privatisierung bzw. Auslagerung von Teilbereichen öffentlicher Dienstleistungen in den Kommunen und anderen Bereichen des öffentlichen Sektors trugen zur Erweiterung des peripheren Arbeitsmarktes, der Flexibilisierung der Beschäftigungs- und Lohnstrukturen bzw. der Zunahme von Niedriglohngruppen bei“ (HUGO 2001:196). Zudem hatten die Privatisierungen „neben dem Beschäftigungsabbau in einzelnen Unternehmungen noch den Effekt der Veränderung kollektiver Arbeitsbeziehungen“ (ebd.: 196) und der Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

Auch wenn Guski bemerkt, dass die enorm ansteigende Anzahl von Aktionären – seit 1979 verdreifachte sich ihre Zahl auf 1,4 Millionen - den Börseneinbruch von 1987 überstanden habe, betrachtet er den Prozess zur »Vermögensbildung durch Volksaktien« als einen langwierigen Prozess. Die „Förderung einer breiteren Streuung des Aktienbesitzes“ sieht er jedoch zunehmend in der wachsenden Bereitschaft der Briten, ihre Ersparnisse in Aktien anzulegen, akzeptiert (vgl. ebd.: 20f). Für die Beschäftigten hatte die Politik der »Vermögensbildung durch Volksaktien« den Nebeneffekt, dass Arbeitnehmer, die Aktien erworben und zugleich in der Gewerk-

schaft waren, nun sowohl ein Interesse an Lohnsteigerungen als auch an hoher Gewinnausschüttung hatten.

Es gibt in der Literatur unterschiedliche Ansichten, wie die Privatisierungspolitik zu bewerten ist. Viele Autoren sehen jedoch ein wirksames Mittel der Thatcher-Regierung, Wähler für sich zu gewinnen, darin, dass Sie eine neue »Klasse von Kleineigentümern« schuf. Denn, so Offe, bereits 1987 orientierte sich die Bevölkerung im Wahlprozess stärker am Eigentümerstatus als an beruflicher Tätigkeit und Stellung im Produktionsprozess (vgl. OFFE 1994: 348f). Auch Hugo wertet die Privatisierungspolitik der Thatcher-Regierung eher als Versuch, durch diese positive Themenwahl in der Öffentlichkeit mehr Wählergunst zu erzielen. Jedoch verweist er darauf, dass eine mangelhafte Deregulierung staatlicher Monopole im Vorfeld der Privatisierungen stattgefunden habe, so dass nun wieder private Monopole entstanden (vgl. HUGO 2001: 103ff). Das Ergebnis der gemischten ökonomischen und politischen Privatisierungsziele der Regierung war auch laut Ital deutlich: „Dominanz ökonomischer Faktoren wenn möglich (Förderung des Wettbewerbs), Dominanz politischer Faktoren wenn nötig (Wahlzyklus, Streuung des Aktienbesitzes, Mitarbeiterbeteiligung). Z.B. erfolgte der Verkauf von *British Gas* unter dem Zeitdruck bevorstehender Unterhauswahlen und ließ für die Aufteilung des Unternehmens und sofortige Förderung des Wettbewerbs keinen Raum.“ (ITAL 1995: 173)

Offe sieht darüber hinaus die „Botschaften des »heimlichen Lehrplans« der Privatisierung“: mittels »*enterprise culture*« und »*popular capitalism*« sollte die britische Bevölkerung „besser individualistisch als kollektivistisch,“ besser über den Markt als über den Staat ihre „Erwerbs- und sonstigen Lebensinteressen verfolgen“. All dies war darauf angelegt „den »kleinen Mann« zu einem klugen Investor“ zu erziehen (OFFE 1994: 348). Ital hebt die Innovation der Privatisierungspolitik hervor: „Entscheidend war die Überzeugung der Regierung Thatcher, zur Anregung der Wachstumskräfte mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft in die britische Wirtschaft einführen zu müssen“ (ITAL 1995: 178). Auf jeden Fall bemerkt Guski bereits, dass die „Privatisierung in Großbritannien sich insgesamt zu einem schlagkräftigen Instrument moderner Wirtschaftspolitik entwickelt hat.“ (GUSKI 1988: 25)

Die wesentlichen Kritikpunkte an der Privatisierungspolitik waren, dass diese auch zu einem Anstieg der Erwerbslosenzahlen führte. Die Privatisierungsgewinne konn-

ten den Haushalt nur kurzzeitig entlasten, da diese Einnahmen nur einmalig waren. Der Aktienwert der privatisierten Unternehmen sank Ende der 80er Jahre, so dass das vermeintlich vermehrte »Volkskapital« zu Teilen wieder verloren ging. Auch die privatisierten Unternehmen arbeiteten nicht immer effizient und effektiv. Durch den Verkauf wichtiger Unternehmen der Daseinsfürsorge konnten Preise ansteigen und die Instandhaltungen, bspw. im Bereich der Dienstleistungen, wurden vernachlässigt. Als ein negatives Beispiel kann auch die Privatisierung von *British Rail* (der britischen Eisenbahn) 1993 bis 1996 herangezogen werden, da es in den Jahren 1999 und 2000 zu zahlreichen Komplikationen und Unfällen kam, die auf Kosteneinsparungen bei der Instandhaltung und Sicherheit zurückzuführen waren. Die Nachfolgerregierung Blair verstaatlichte das Unternehmen mit hohen Schulden und dringendem Investitionsbedarf daraufhin in einem kostenaufwendigen Verfahren in dessen Verlauf auch Aktionäre entschädigt werden mussten (vgl. HAUFLER 2005: Kap. 12, 12-15).

Doch auch für die Gewerkschaften wirkten sich die Privatisierungen negativ aus. „Durch die Privatisierung und deren Auswirkungen, z.B. die Verringerung der Beschäftigten zum Zwecke der Konkurrenzfähigkeit, wird den Gewerkschaften die Möglichkeit genommen, auf Regierungen und Unternehmen wie bisher Druck auszuüben, um Forderungen durchzusetzen“ (BOCHMANN 2001: 146). Die Gewerkschaften werden durch Aufspaltung der Unternehmen in ihrer Kollektivkraft geschwächt, indem danach zum Teil verschiedene ehemalige Unternehmensteile konkurrieren. Die Privatisierungspolitik der Regierung Thatcher kann insgesamt als ein wichtiges Mittel zur Schwächung der Gewerkschaftsmacht gesehen werden.

5.3.3 Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik

Die Regierung Thatcher verfolgte dem Ansatz nach eine monetaristische Wirtschaftspolitik,³³ die bewusst Arbeitslosigkeit in Kauf nahm und bei der die Preisstabilität stets im Vordergrund stand. Denn „nach monetaristischer Auffassung ist der größte Teil der statistisch gemessenen Arbeitslosigkeit freiwillig und beruht auf falschen Reallohnforderungen, Informationsmängeln oder Marktstörungen“ (HUGO

³³ Bereits „mit dem Übergang zu einem System flexibler Wechselkurse in den Jahren 1971/72 wurde der Monetarismus als beherrschende Rahmenbedingung der Wirtschaftslenkung eingeführt, um für jene Finanzdisziplin zu sorgen, die ursprünglich durch die festen und von einem starken Dollar abhängigen Wechselkurse gewährleistet worden war“ (GAMBLE 1985). Die monetaristische Wirtschaftspolitik unter E. Heath, spätestens der Labour-Regierung Callaghan und Thatchers steht auch unter diesem Vorzeichen.

2001: 192). Unfreiwillige Arbeitslosigkeit wird daher am besten durch die selbstregulierenden und -optimierenden Marktkräfte beseitigt.

Die Regierung Thatcher maß - im Gegensatz zur keynesianischen Politik ihrer Vorgänger - der Geldpolitik zum Erreichen der Preisstabilität eine deutlich dominierende Rolle gegenüber der Finanzpolitik zu. Entgegen früheren Planungen verwarf Thatcher jedoch Überlegungen, eine unabhängige Zentralbank zu schaffen – traditionell untersteht diese weitgehend der britischen Regierung - da dies für sie einen zu großen Machtverlust bedeutet hätte. Trotz einer von der Regierung angesetzten *Medium Term Financial Strategy* (MTFS) zur Geldmengenreduktion veranlasste sie mehrere Maßnahmen,³⁴ die dieser zuwider liefen. Hugo betrachtet daher „das selbstgesteckte Ziel der Regierung, die Geldmenge zu kontrollieren“ als misslungen und fügt hinzu, dass die monetaristische Politik der Regierung in diesem Punkt als „Rhetorik“ oder als „gescheitert“ betrachtet werden kann (HUGO 2001: 169f). Auch Kastendiek weist darauf hin, dass der Thatcherismus bezogen auf Friedman eine „stillschweigende Revision der Instrumente einer monetaristischen Wirtschaftspolitik“ (KASTENDIEK 1999: 13) vollzogen habe. Jedoch stimmte selbst Hayek nicht vollends mit den monetaristischen Grundthesen seines Kollegen Friedman überein. Der Thatcherismus muss auch hier in seiner flexiblen Programmatik gesehen werden (vgl. ebd.: 13), die zwar auch dem neoliberalen Muster gegensätzliche Maßnahmen einsetzte, doch die (neoliberale) Zielrichtung dabei nicht aus den Augen verlor. Letzten Endes zählt daher das gesamte antiinflationäre Programm mit Geld- und Finanzpolitik, Neubewertung des Pfundes und Sparpolitik der Regierung. So konnte die Inflationsrate für mehrere Jahre deutlich gesenkt werden. Allerdings kann mit dem merklichen Drosseln der Inflation nach 1981 bis zum Tiefpunkt 1986 und dem anschließend merklichen Wiederanstieg bis 1990 auch ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote im selben Zeitraum festgestellt werden, die ab 1986 wieder sank.³⁵ Die Bekämpfung der Inflation ist, wie anfangs bereits gezeigt wurde, ein zentrales Moment des hayekschen Neoliberalismus. Auch Hayek war bereit, für eine schrumpfende Inflation Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, jedoch bemängelte er, dass sie von Thatcher zu langsam bekämpft wurde.

³⁴ Hugo führt darunter die Anhebung der Mehrwertsteuer, die gewährten Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor, die Abschaffung der Devisenkontrollen, die Abschaffung der Wachstumsbegrenzung für zinstragende Bankeinlagen und externe Faktoren an, die zu einem ungewollten Geldmengenwachstum führten (HUGO 2001: 159f).

³⁵ Vgl. die statistische Übersicht von (KASTENDIEK/ ROHE U. A. 1998: 642).

Die untergeordnete Finanzpolitik der Regierung Thatcher lässt sich gut unter das neoliberale „Credo des »Rückzug des Staates«“ (HUGO 2001: 173) summieren. Die sog. *supply-side strategy* sollte langfristig ausgelegt für Vertrauen der Bevölkerung in die Finanzpolitik sorgen, das Wachstum der öffentlichen Kreditaufnahme zurückfahren und die Staatsfinanzen konsolidieren. Zudem sollte die Angebotsseite generell gestärkt werden. „Die Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern sollte durch niedrige Grenzsteuersätze erhöht werden. Geringe Steuerausgaben sollten zusätzliche Ressourcen für die Privatwirtschaft freisetzen. Weniger Staatsschulden sollten ein niedriges Zinsniveau ermöglichen“ (ebd.: 174). Die Regierung drehte dabei die bis dato überdurchschnittlich hohen direkten und die relativ geringen indirekten Steuern um. So senkte sie die Einkommens-, Körperschafts- und Erbschaftssteuer und hob im Gegenzug die vorher auf 8 und 12 % gesplante Mehrwertsteuer 1979 auf einheitlich 15 % an (vgl. ebd.: 177ff). Die Einkommenssteuersenkungen machten sich dabei für alle Einkommensschichten positiv bemerkbar, besonders jedoch für die oberen. Diese Schritte gegen die bisherige progressive Steuererhebung lassen sich dann auch besonders gut mit den Vorstellungen Hayeks in Verbindung bringen, der diese stets abgelehnt hat. Die Mehrwertsteuererhöhung dürfte eher den unteren Einkommensschichten zu Lasten gefallen sein, die einen höheren Anteil ihres Einkommens für ihr Grundauskommen aufzuwenden haben. Zudem sorgte eine Unternehmenssteuerreform dafür, dass sich Abschreibungsveränderungen ergaben, die besonders unrentable Unternehmen zu Produktivitätssteigerungen und größerer Gewinnerorientierung trieben.

Die Kreditaufnahme des Staates konnte tatsächlich zurückgeführt und zeitweise sogar ein kurzzeitiges Abtragen des Schuldenberges erreicht werden, was sicherlich auch auf die Einnahmen aus dem Export von Nordseeöl bei angestiegenen Erdölpreisen zurückzuführen ist (vgl. GAMBLE 1985: 45). Das Ziel einer Reduzierung der Staatsausgaben konnte allerdings erst verspätet erreicht werden. Dazu fügt Hugo jedoch an, dass „allein der Wechsel von direkter zu indirekter Besteuerung“ ein Sinken der Staatsausgaben bewirkt, „denn die die höhere Rate der indirekten Steuern führt zu höheren Preisen und diese wiederum erhöhen das Bruttoinlandsprodukt. Da das BIP steigt und die Staatsausgaben gleich bleiben, verändert sich folglich das Verhältnis Staatsausgaben zum BIP: es sinkt.“ (HUGO 2001: 186)

Er sieht die reformatorischen Bemühungen der Thatcher-Regierung als erfolgreich an, da sich die Verfügbarkeit über das Einkommen vergrößert habe, die steuerrechtlichen Verzerrungen abgebaut und der Unternehmergeist und die Leistungsbereitschaft gestärkt wurden, was zur Revitalisierung der britischen Wirtschaft führte (vgl. HUGO 2001: 187f).

Die Auswirkungen der Reformen auf den Arbeitsmarkt waren, dass sich die relativen Preise von Arbeit und Kapital veränderten, „so daß nicht länger der Faktor Kapital bevorzugt wurde. Dies geschah zum einen durch eine Senkung der *national insurance contributions* für die Arbeitgeber, wodurch sich der Faktor Arbeit für sie verbilligte, zum anderen wurden auch die Arbeitgeberbeiträge dahingehend neu strukturiert, daß sie bevorzugt junge Arbeitnehmer zu niedrigen Löhnen einstellen konnten. Diese Maßnahmen sollten zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beitragen“ (Shaw zitiert bei HUGO 2001: 187). So positiv diese Flexibilisierung und Kostenminderung für den Standort Großbritannien und die Arbeitgeberseite auch war und so sehr sie auch positiv in das Bild vom Wandel zum SWS passt, um so negativer wirkte sich dies auf der Arbeitnehmerseite aus. Doch darauf soll in Kapitel 6.1 noch näher eingegangen werden.

5.3.4 Wirtschaftsförderung

Was die Wirtschaftsförderung unter Thatcher betrifft, so wurde eine Re-Kommodifizierung des bleibenden öffentlichen Sektors vorangetrieben. Das bedeutete, dass entgegen des Ansatzes »Rückzug des Staates« neue Interventionsformen benutzt, beziehungsweise alte umfunktioniert wurden. So schwand die Unterstützung für viele der traditionellen Industriezweige und es wurden mehr Subventionen für hoch technologisierte Industrien und in potentiell konkurrenzfähigeren Bereichen vergeben (vgl. JESSOP 1994b). Zudem vernachlässigte der Thatcherismus, überzeugt vom „Trend zur postindustriellen Gesellschaft“, das britische Industriekapital, indem er „die britische Industrie bedingungslos dem internationalen Wettbewerb“ aussetzte, „auch um den Preis des Niedergangs ganzer Industriebranchen“ (KASTENDIEK 1999: 14). Der Thatcherismus förderte zudem die Internationalisierung und Mobilität von Arbeit und Kapital. Jedoch betrieb Thatcher teilweise auch eine widersprüchliche Politik: So baute sie beispielsweise staatliche Regulierungsgremien gegen Monopolisierung auf und grenzte sich damit deutlich vom Neoliberalismus im Sinne

Hayeks ab. Zudem ermöglichte sie es den Gewerkschaften, unter Nutzung der Marktkräfte das Lohnniveau in Bereichen aufgrund des Fachkräftemangels zu steigern, was sicherlich ihrer Strategie zur Schwächung der Gewerkschaften entgegenstand, jedoch nicht dem Verständnis der Neoliberalen widerspricht.

Im folgenden Kapitel soll näher auf die Politik der Thatcher-Regierung gegenüber den Gewerkschaften eingegangen werden. Dabei stehen zunächst Thatchers persönliche Vorerfahrungen mit den Gewerkschaften und anschließend ihre Regierungspolitik ihnen gegenüber im Mittelpunkt. Schließen wird das Kapitel mit den Reaktionen der Gewerkschaftsbewegung auf die unter ihr anhaltende Konfrontationspolitik und deren Höhepunkt, dem Bergarbeiterstreik von 1984/85.

5.4 Die Gewerkschaftspolitik der Regierung Thatcher

5.4.1 Thatchers Erfahrungen mit den Gewerkschaften

Schon während ihrer Zeit als Parlamentsabgeordnete befasste sich Thatcher mit Gesetzen zur Beschränkung der Gewerkschaftsmacht. Zu diesem Zeitpunkt musste sie jedoch einsehen, dass sich selbst in ihrer eigenen Partei noch zu viel Widerstand gegen derartige Vorhaben hielt. Dieser Widerstand der alten korporatistischen Kräfte innerhalb der konservativen Partei brach jedoch allmählich mit dem Scheitern der Heath-Regierung, der Arbeit des CPS und schließlich mit den ersten Erfolgen ihrer Regierung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung zusammen.

Nach Meinung Thatchers waren die Gewerkschaften die Hauptursache für die britische Krise, denn „gewerkschaftliche Lohnforderungen produzierten ein zu hohes Lohnniveau, wodurch die Inflation angeheizt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft gefährdet wurden“ (HUGO 2001: 13). Zudem war sie der Auffassung, dass die Gewerkschaftsmacht jegliche private Eigeninitiative verhindere. Für sie stellten die Gewerkschaften schon seit den ersten Nachkriegsjahren den Hauptgegner liberal-konservativer Politik dar. Wie Hayek sah sie in ihnen Sozialisten und Feinde der Freiheit. Im Herbst 1978, kurz vor ihrer Wahl zur ersten Premierministerin, nahm Thatcher Bezug auf das Versagen der Einkommenspolitik der Regierung Wilson sowie auf die Aufgaben der Gewerkschaften und sagte: „we really must return to the proper role of trade unions, and the proper role of trade unions is to represent their members with the employers, and not to get too involved in politics. So I think it is time to return to bargaining between the employee on the

spot and the employer” (Thatcher: 1978 zitiert in THATCHER 1979: 6). Eben dieser Politik fühlte sie sich in den Jahren ihrer Amtszeit verpflichtet.

5.4.2 Maßnahmen gegen die Gewerkschaften

Die Maßnahmen und neuen Interventionsmodi der Thatcher-Regierung, die sich gegen die kollektivistischen Gewerkschaften richteten, waren äußerst vielschichtig. So wurden die Rechte der Gewerkschaften ganz offen neu geordnet, politisch hingegen wurden sie eher subtil aus ihrer angestandenen Position verdrängt, aber auch wirtschaftspolitisch trafen die Maßnahmen der Regierung sie hart. Zudem kann man sagen, dass sie gesellschaftlich wie strukturell auch von den anderen Reformen des Thatcherismus betroffen waren. Im Folgenden soll nun zwischen den Maßnahmen auf a) juristischer, b) politischer, c) wirtschaftspolitischer und d) struktureller Ebene unterschieden werden.

a) Juristische Maßnahmen:

Als besonders bedeutend kann unter den Reformbemühungen der Regierung Thatcher in diesem Zusammenhang die Gewerkschaftsgesetzgebung gesehen werden. Verstanden als zentrales neues Interventionsmittel des britischen Staates konnte diese sowohl zur Umgestaltung des Verhältnisses von Arbeit und Kapital und zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als auch zur Schwächung des politischen Gegners der Neoliberalen dienen. Dabei hatte die Regierung Thatcher aus dem Scheitern der Gesetzesreformen von Edward Heath gelernt und verfolgte „bei weitgehender Identität der Ziele eine völlig andere Strategie“. Denn eine nach dem *winter of discontent* „nunmehr gewerkschaftsfeindliche Öffentlichkeit erlaubte es der neuen Regierung, ihre Strategie des *giving the unions back to their members* schrittweise - und nicht auf einen Schlag umzusetzen“ (HUGO 2001: 128). Mit dem sog. „*step by step approach*“ (KASTENDIEK 1999: 14) wurde sukzessive die Reform zu einer Betriebsverfassung und mit ihr die Verrechtlichung der britischen Arbeitsbeziehungen vorangetrieben. Dabei erntete die Regierung deutlich weniger Widerstand als 1971 und die Streikbereitschaft konnte deutlich gesenkt werden.

So richtete sich der *Employment Act* von 1980 und die damit verbundene Gewerkschaftsreform zunächst gegen die *closed shops*, das heißt, die Zwangsverpflichtung von Gewerkschaftsmitgliedern beim Eintritt in ein bestimmtes Arbeitsverhältnis. Bei der Einrichtung neuer *closed shops* benötigten die Beschäftigten nun eine Zustim-

mung von 80 % der beteiligten Arbeitnehmer (vgl. Dunn u. Gennard: 1984 bei HUGO 2001: 122). Zudem wurde auch das Aufstellen von betriebsfremden (‘fliegenden’) Streikposten, das sog. „*secondary picketing*“ verboten. Gewerkschaftsfunktionäre und Streikende, die das Gesetz missachteten, mussten alsdann mit gerichtlichen Verfahren rechnen. Der Zwang zur Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Arbeitgeber wurde revidiert und die Gewerkschaften konnten fortan öffentliche Gelder für die Durchführung von Urabstimmungen von der Regierungsbehörde *Certification Officer* erhalten (Marsh: 1992 zusammengefasst bei HUGO 2001: 131, CLARK 1985: 175). Von nun ab wurden diejenigen Gewerkschaften finanziell unterstützt, die geheime Abstimmungen durchführen ließen (vgl. BOCHMANN 2001: 46). Diese Gelder der Regierung wurden schon bald immer häufiger angenommen (vgl. DÖRING 1993: 206).

Bereits 1982 wurde, ohne vorherige Konsultation der Gewerkschaften, der zweite *Employment Act* verabschiedet, der die Gewerkschaften zu zivilrechtlich einklagbaren Schadensersatzzahlungen von bis zu 250.000 Pfund bei ungesetzlichen Streiks verpflichtete und Gewerkschaftsfunktionäre für ihre Aktionen zur Rechenschaft zog. Die bis dahin garantierte gewerkschaftliche Immunität in Arbeitskämpfen war somit nichtig geworden. Streiks wurden nun rechtlich definiert und politische Streiks ausgeschlossen. Subkontrakte mit Vorschriften über den innerbetrieblichen Einsatz von Gewerkschaftsmitgliedern wurden verboten, Nicht-Gewerkschaftsmitglieder geschützt, Entschädigungszahlungen für die durch Gewerkschaftsdruck Entlassenen und eine regelmäßige alle fünf Jahre stattfindende Bestätigung der *closed shops* durch geheime Abstimmung festgelegt (vgl. Marsh zusammengefasst bei HUGO 2001: 131f).

Der *Trade Union Act* von 1984 stärkte die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder. So mussten von nun an Mitglieder vor Streikaktionen gehört werden, wenn die Gewerkschaften ihren garantierten Schutz bei Aktionen, die Schäden verursachten, behalten wollten. Es wurde ein Zwang zu landesweiten Streikabstimmungen beschlossen. Die Wahlen der Gewerkschaftsvertreter mussten geheim und frei abgehalten werden, weil sonst bei Abweichungen Gerichte Neuwahlen anordnen konnten. Geheime Abstimmungen waren gesetzlich nur alle zehn Jahre erlaubt, wenn die Gewerkschaften weiterhin Gelder aus politischen Fonds bekommen wollten. Durch die Stärkung der Mitgliederrechte setzte die Regierung den neoliberalen (hayekschen) Ansatz zur Be-

kämpfung von Monopolen um, jedoch waren damit ganz sicher auch Entzweigung und Schwächung der Gewerkschaftsorganisation und –führung beabsichtigt.

Die Gewerkschaften wurden dazu verpflichtet, Listen ihrer Mitglieder zu erstellen, was bürokratischen Aufwand und hohe Kosten verursachte. Der Versuch der Regierung mit einer Zwangszustimmung der Gewerkschaftsmitglieder den *political levy*, welcher der Labour Party zufließt, zu stoppen misslang jedoch, da sich die Gewerkschaftsmitglieder mit großer Mehrheit für weitere Zahlungen an die Labour Party aussprachen (vgl. HUGO 2001: 138f).

Der *Wages Act* von 1986 bedeutete eine Lockerung der Mindestlohnvorschriften und erschwerte die Tarifverhandlungsposition der Gewerkschaften.

Ein weiterer *Employment Act* von 1988 stärkte den Schutz und die Rechte der Gewerkschaftsmitglieder und sorgte für mehr Transparenz. So schützte er sie vor Disziplinarmaßnahmen bei Nichtteilnahme an Streiks, gewährte ihnen Zugang zu den Geschäftsbüchern ihrer Gewerkschaft, erlaubte die Briefwahl ihrer Vertreter, brach mit dem Ausschlussprinzip der *closed shops* und stellte Gewerkschaftsmitgliedern sogar das neu gegründete *Office of Commissioner* als rechtlichen Beistand zur Verfügung. „Entlassungen aufgrund von Nichtzugehörigkeit zu einer Gewerkschaft wurden unter allen Umständen als genauso ungesetzlich erklärt wie die Durchführung von Streiks zur Durchsetzung oder Erhaltung von *closed shops*“ (ebd.: 140). Durch diese Schwächung der Gewerkschaftsführung gegenüber ihren Mitgliedern „war auch für die gewerkschaftliche Basis das *abstention of the law* nicht mehr gegeben“ (ebd.: 139). Zusammen mit dem *Trade Union Act* von 1984 zwang der *Employment Act* die Gewerkschaften dazu, ihre Satzungen nach den nun „vorgeschriebenen Formen der direkten Demokratie“ umzuändern (ebd.: 138). Mit dem *Employment Act* von 1990 konnten inoffizielle Streiks nun zur selektiven Entlassung führen, dagegen zu demonstrieren bedeutete das Aufheben der Immunität während offizieller Aktionen. Jede Form von *secondary action* war ebenfalls von der Aufhebung der Immunität betroffen (vgl. Marsh zusammengefasst bei HUGO 2001: 133).

Allein in den Jahren 1980 bis 1992 (in die Major-Jahre hinein) wurden insgesamt neun Gesetze zur Reglementierung der Gewerkschaften erlassen, die jedoch nicht eine vollständige, als vielmehr eine lückenhafte Positivierung des britischen Arbeitsrechts zur Folge hatten. Die rechtlich negative Immunität wurde ihnen überwiegend geraubt, ohne ein entsprechende Verabschiedung neuer positiver Rechte. All diese

Gesetze schränkten die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften massiv ein, sollten sie in ihren Streikaktivitäten lähmen und sorgten dafür, dass sie hohe Mitgliedszahlen einbüßten. So sanken allein zwischen 1980 und 1983 die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften um 14% (vgl. OFFE 1994:341).

Zu den bereits erwähnten Gesetzesauswirkungen wurden auch Solidaritätsstreiks und Boykottaufrufe reglementiert, Streikposten in ihrer Zahl auf maximal sechs Personen begrenzt und zudem rechtlich als Massenkundgebung eingestuft. Mit der Begrenzung der Streikposten wurden Einschüchterungsversuche von mehreren Streikposten auf Nicht-Streikende verboten. Generell sollte die Verantwortung für Gewalt bei den Streikpostenorganisatoren und Gewerkschaften liegen. Die Verhandlungsstrukturen für Lohnabkommen wurden durch Gesetze so geändert, dass auch dezentrale Tarifverhandlungen möglich wurden, um den „Löhne[n] in schwindelerregende[n] Höhen“ (THATCHER 1993: 152) beizukommen, so Thatcher. Das bedeutete einen Funktionsverlust für die Gewerkschaften.

Durch die Gesetze wurden die unterschiedlichen Streikformen allmählich festgeschrieben und im neuen Arbeitsrecht klarere Grenzen für die zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften gezogen. Jedoch konnte die Streikbereitschaft nach den beiden *Employment Acts* von 1980 und 1982 nicht merklich verringert werden, da die nun erzwungenen geheimen Urabstimmungen zu einem sehr hohen Maße³⁶ von Erfolg gekrönt waren, was als zusätzliches Druckmittel der Gewerkschaften im Arbeitskampf eingesetzt werden konnte, da die Arbeitgeber nun von der Streikbereitschaft der Angestellten überzeugt waren. Die Möglichkeit der Gewerkschaftsmitglieder, trotz Streiks weiterzuarbeiten, die im *Employment Act* von 1988 gewährt wurde, kann somit als Versuch gesehen werden, den Gewerkschaften das neue unbeabsichtigte Kampfmittel wieder abzunehmen.

Neben den Gewerkschaftsgesetzen war es auch die neue rigide Polizeigesetzgebung, die sich besonders im Bergarbeiterstreik von 1984/85 noch ersichtlich werden sollte. Schnellgerichte und *law & order*-Maßnahmen sorgten für ein hartes Durchgreifen gegen die aufgebrauchten Gewerkschaftler. Die im Zuge der Gewerkschaftsgesetze möglich gewordene Beschlagnahmung von Gewerkschaftsvermögen bei Verstößen sollte sich als ein wirksames Mittel gegen Formen von Militanz erweisen (vgl. DÖRING 1993: 206).

³⁶ Im Zeitraum 1987 bis 1989 zu 92 % (Prigge angeführt bei HUGO 2001: 137).

„Die gezielte und umfassende Instrumentalisierung des Rechts“ (GROBE 1990: 133) durch die Regierung Thatcher lässt sich sehr gut mit dem hayekschen Verständnis der »Herrschaft des Gesetzes« erklären, da mit dieser Hilfe die Gewerkschaften in einen für sie neuen Rahmen gezwängt wurden. In Hayeks Sinne vollzog sich die Beseitigung von Zwang, die interne Demokratisierung, der Schutz individueller Interessen, die Fragmentierung und die Entsolidarisierung, die Beschränkung der Handlungsfreiheit, die Entmonopolisierung der Gewerkschaften durch Gleichstellung mit anderen Verbänden und die Verrechtlichung zur Gleichbehandlung ihres Klientels. Die Gewerkschaften wurden mit bürokratischem Aufwand und einer erzwungenen aufwendigen Rückkopplung zur Basis belastet. Die von Hayek geforderte Rücknahme der seit 1906 gewährten Immunität und Rechtslücke unter die »Herrschaft des Gesetzes« und die Stärkung der Individuen gegenüber dem mehr und mehr verrechtlichten Kollektiv Gewerkschaften war somit erfolgt. Darüber hinaus haben die Gesetze „den Spielraum der Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern erheblich eingeengt und stellen eine klare Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften dar.“ (FULTON 1995: 240)

Clark betont jedoch, dass in den Anfangsjahren die Gewerkschaftsgesetze selten zum Einsatz kamen und noch häufig übertreten wurden. Er zählt eine Vielzahl von Ereignissen auf, bei denen es im Laufe der Zeit zu einstweiligen Verfügungen kam und bei denen die Gewerkschaften die Grenzen der neuen Gesetzgebung bis zu Verurteilungen wegen »Missachtung des Gerichts« (*contempt of court*) oder privaten Schadensersatzzahlungen erprobten. Doch der Droheffekt der Gewerkschaftsgesetzgebung nahm mit der Zeit beträchtlich zu, was auch an den ersichtlichen Kosten durch Verurteilung zu Schadensersatzzahlungen liegen dürfte. Arbeitskämpfe, die vor der Gewerkschaftsgesetzgebung als rechtmäßig gegolten hätten, wurden nun kriminalisiert (vgl. CLARK 1985).

Durch die Regierungspolitik fühlten sich laut Befragungen die Manager in ihrer Führungsrolle gestärkt (vgl. Kahn u.a.: 1983 bei CLARK 1985: 178). Die Gewerkschaftsgesetzgebung schien besonders in den ersten Jahren für »sekundär« von Arbeitskämpfmaßnahmen betroffene Arbeitgeber³⁷ ein nützliches und eher (als von »primär« Betroffenen) in Anspruch genommenes Mittel zu sein, da sich diese nicht

³⁷ Clark nennt dabei drei Kategorien von »sekundär« Betroffenen: 1. Unternehmen, welche die Arbeitsplatzsicherheit von Gewerkschaftsmitgliedern bedrohen, die bei anderen Arbeitgebern beschäftigt sind. 2. Unternehmen, die auf Schwarzen Listen zur Arbeitskampaufweitung der Gewerkschaften stehen. 3. Unternehmen, die aufgrund von Geschäftsbeziehungen zum »primär« betroffenen Unternehmen stehen (CLARK 1985: 183 in Bezug auf Younson: 1984).

in der Folgezeit weiterhin mit den betrieblichen Gewerkschaften auseinandersetzen mussten (vgl. CLARK 1985: 183).

Thatcher mag sich über die Rechtsetzung hinaus wohl bewusst gewesen sein, dass die britischen Richter zu jener Zeit als konservativ galten und ihre Rechtsprechung eher zum Schutz des Individuums als zum Schutze kollektiver Positionen tendierte und sich eher gewerkschaftsfeindlich auswirkte (vgl. angeführte Studien von GROBE 1990: 139 ff).

Grobe weist darauf hin, dass die konservative Reformpolitik unter dem Leitmotiv der Liberalisierung zugleich eine Strategie der Verrechtlichung und eine der Deregulierung der industriellen Beziehungen betrieben habe. „Das Recht wird einerseits zur Einbindung der Gewerkschaften in die Rechtsordnung instrumentalisiert und andererseits werden gleichzeitig in weitem Umfang gesetzliche Regulierungen der Arbeitsbeziehungen aufgehoben oder zurückgenommen – letzteres besonders im Bereich von Arbeitnehmerschutzrechten sowie der gesetzlichen Unterstützung des »collective bargaining«-Prozesses“ (Lewis: 1987 bei GROBE 1990: 136).

b) Politische Maßnahmen:

„Indem die Konservativen die Gewerkschaften diskreditierten, ja kriminalisierten, schwächten sie gleichzeitig ihren politischen Gegner“ (DIXON 2000b: 40). Denn für die Regierung Thatcher galt die linke Trias Labour, Gewerkschaften und Kommunen als der politische Gegner. Entgegen dem bisherigen Korporatismus in den britischen industriellen Beziehungen versuchte die Regierung nun, die Gewerkschaften auf der Ebene der politischen Entscheidungsprozesse auszugrenzen und zu verdrängen. So verweigerte sie ihnen wie auch anderen Verbänden den bisherigen *insider status* und die gängigen Konsultationen. Die nötigen korporatistischen Beziehungen wurden von den *high politics* in die weitaus bürokratischeren *low politics* auf niedrigerer Ebene verlegt (vgl. KAISER 1994: 233). 1988 wurde bspw. eines der paritätischen Gremien, die Ausbildungskommission, abgeschafft, in der bis dahin Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam die Ausbildungspolitik berieten (vgl. FULTON 1995: 241). Auch andere wesentliche paritätische Gremien wurden von der Regierung abgeschafft.

In den Medien stellte die Regierung die Gewerkschaften als Grund allen Übels dar. Auch die Begrenzung der Streikpostenzahl vor den Werkstoren kann als Eingriff in die Öffentlichkeitswirkung der Gewerkschaften verstanden werden, versuchten die

Gewerkschaften doch auch durch ihre Streikposten, „den Standpunkt der Arbeitnehmer in die Massenmedien hineinzutragen“ (so Kahn u.a.:1983 bei CLARK 1985: 166). In diesem Sinne wäre die Beschränkung der Anzahl von Streikposten also weniger ein Einschreiten gegen gewerkschaftliche Maßnahmen beim Bestreiken von Unternehmen als der Versuch, gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit einzuschränken. Durch diese populistische Politik sollte sowohl ein Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit und bei den Wählern erzeugt als auch die Anhängerschaft der Gewerkschaften desillusioniert werden. Streiks, Polizeiaktionen und Krawalle sollten die Gewerkschaften als Störenfriede der öffentlichen Ordnung darstellen.

Auf der anderen Seite lobte und unterstützte die Regierung Streikbrecher. Auch „unterstützt[e] sie Tendenzen zur Umwandlung klassischer Gewerkschaften in Unternehmensgewerkschaften (*company unions*), um dem Loyalitätskonflikt der Arbeiter zwischen Betrieb und Gewerkschaften ein Ende zu setzen.“ (GAMBLE 1985: 48)

c) Wirtschaftspolitische Maßnahmen:

Wirtschaftspolitisch schadeten mehrere Maßnahmen der Struktur der Gewerkschaftsbewegung, etwa die Politik der bewusst in Kauf genommenen Deindustrialisierung, die Privatisierungen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Wandel in den wirtschaftspolitischen Zielvorgaben.

Letzterer bedeutete, dass die Regierung, um ihr Ziel einer gedrosselten Inflation zu erreichen, das Vollbeschäftigungsziel ihrer Vorgängerregierungen aufgab und Massenarbeitslosigkeit akzeptierte. Die wachsende Arbeitslosigkeit schwächte die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch den Mitgliederschwund, während die Regierung generell auf eine „Konfliktstrategie gegenüber den Gewerkschaften“ (HUGO 2001: 203) statt wie bisher auf korporatistische Strategien setzte.

Hugo verdeutlicht die destruktive Wirkung der Politik der Geldmengenbegrenzung und der bewusst in Kauf genommenen Deindustrialisierung durch die Regierung nach 1980, die in eine Rezession steuerte. Durch die Geldmengenbegrenzung schrumpfte das BIP. Die gesunkene Nachfrage und das Ansteigen der Warenimporte bei gleichzeitigem Sinken der Warenexporte senkte die Industrieproduktion. Auch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Einkommenszuwachs im oberen Prozent und Einkommenseinbußen in den überwiegenden Teilen darunter senkte die Nachfrage. Deutlich weniger Investitionen im Industriegütersektor und

eine sich ins negativ wendende Handelsbilanz im Fertigungssektor ließen die Arbeitslosigkeit mit der Abnahme der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten ansteigen. Mit dem Niedergang der Industrie in Großbritannien und der wachsenden Arbeitslosigkeit sanken auch die Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder³⁸ (vgl. HUGO 2001: 222ff). Die Deindustrialisierung und der Niedergang der Fertigungsindustrie schwächten den Widerstand der Gewerkschaften und leiteten in den Post-Fordismus über. Durch die Deindustrialisierung kam es zu einer sektoralen Verschiebung, die in einer Ausdehnung des Dienstleistungssektors mündete, der traditionell schwach gewerkschaftlich organisiert war. Die Regierung förderte gerade die Sektoren, die gewerkschaftlich unterrepräsentiert waren (vgl. GAMBLE 1985: 48). Das gilt auch für die veränderte Energiepolitik der Regierung, die fortan auf die Nutzung neuer Energiequellen (Öl und Kernenergie) setzte und die alten (Kohle) vernachlässigte (vgl. Kapitel 6).

Die Privatisierungspolitik der Regierung, die mit einer Liberalisierung und Deregulierung einherging, nahm den Gewerkschaften sowohl durch den damit verbundenen massiven Stellenabbau und die Werksschließungen ihre Mitglieder als auch die Möglichkeit, auf die staatliche Ausgabenpolitik wie bisher Einfluss auszuüben (vgl. FULTON 1995: 240). Die Privatisierungen spalteten und schwächten die Gewerkschaftsbewegung. Zudem führten die Privatisierungen der Unternehmen mit dem Verkauf von Anteilen auch an die Belegschaften zu einem Interessenkonflikt innerhalb der Arbeitnehmerschaft zwischen Lohnforderungen und ihren neu erworbenen Ansprüchen auf Gewinnbeteiligung. Hier wirkte sich der thatcheristische 'Volkskapitalismus' besonders spaltend auf die Gewerkschaftsmitglieder aus. Die Wettbewerbszunahme auf den Märkten sorgte für steigenden Druck auf die Unternehmen sich zu optimieren. Der dabei entstehende Druck zur Flexibilisierung wurde an die Arbeitnehmer weitergegeben.

Die wachsende Arbeitslosigkeit erhöhte den Druck, „alternative Formen der Beschäftigung zu suchen“ (HUGO 2001: 203). Dies erforderte eine doppelte Flexibilitätssteigerung, zum einen numerisch und zum anderen funktional. Die numerische Flexibilitätssteigerung bestand aus einer Streuung der Arbeitsmodelle von traditioneller Vollzeitbeschäftigung zu Teilzeit- und Gelegenheitsarbeit oder Selbstständig-

³⁸ Im Zeitraum 1979 bis 1982 sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um die Zahl in welcher die der Beschäftigten sank: 2 Millionen (vgl. HUGO 2001: 223).

keit (vgl. HUGO 2001: 204ff). Hugo beschreibt dabei die Vorteile von Teilzeitarbeitskräften für die Arbeitgeber, die zunehmend gefragt waren: „Die Gewerkschaftszugehörigkeit ist halb so groß wie bei Vollzeitbeschäftigten“, sie sind weniger an Tarifverträge gebunden, genießen weniger Arbeitnehmerrechte, unterliegen in den meisten Fällen keiner Sozialversicherungspflicht und gelten generell als flexibler für Unternehmen. Ähnliches gilt auch für befristet Beschäftigte (vgl. ebd.: 205f). In den Thatcher-Jahren konnte eine deutliche Zunahme der Selbstständigkeit registriert werden (vgl. ebd.: 207), was einerseits sicher auf die Propagierung einer Unternehmenskultur, andererseits aber auch auf den wachsenden Druck zurückgeführt werden kann, nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Steigerung der funktionalen Flexibilität wurde durch neue Arbeitsmethoden, Technologien, den Abbau von Berufsgrenzen und die Reduzierung des Personalbestands erreicht (vgl. ebd.: 208f).

Der Anstieg der Beschäftigung von traditionell unterdurchschnittlich gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmergruppen - jüngere Arbeitnehmer, Teilzeitbeschäftigte, Frauen – stand in Korrelation zum Arbeitsplatzabbau der Gruppe der männlichen Vollzeitbeschäftigten, die traditionell eine hohe gewerkschaftliche Organisation besaßen (vgl. ebd.: 213ff). Auch stieg die Arbeitslosigkeit besonders in traditionell gewerkschaftlich organisierten Regionen wie dem Norden (vgl. ebd.: 216). Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der anfänglichen Rezession, die Deindustrialisierung und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit vom Thatcherismus hingenommen, um die Gewerkschaften zu schwächen. Diese waren fortan eher mit dem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze ihrer Mitglieder beschäftigt als mit der Durchsetzung höherer Löhne.

Demnach lässt sich festhalten, dass Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung, Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, industrie-feindliche Wirtschaftspolitik der Thatcher Regierung in ihrem Wesen schon anti-gewerkschaftlich und zugleich neo-liberal angelegt waren.

d) Strukturelle Maßnahmen:

Was diese Politik den Gewerkschaften gegenüber gesellschaftlich wie auch strukturell bedeutete, fasst Bonnett gut zusammen: „die zunehmende Fragmentierung der Arbeitnehmer und Belegschaften“ (BONNETT 1985: 156) in Vollzeit- und Gelegen-

heits- bzw. Teilzeitarbeiter hat Auswirkungen auf das Gefüge der Beschäftigten. „Hier deutet sich die Herausbildung vertiefter Interessenkonflikte zwischen den Beschäftigten an, die diese gleichsam in »zwei Nationen« aufspaltet: in abgesicherte, gewerkschaftlich organisierte und »ihren« Unternehmen gegenüber loyale Arbeiter und in ungesicherte, nicht repräsentierte Gelegenheitsarbeiter“ (BONNETT 1985: 157). Diese zwei Gruppierungen haben äußerst verschiedene Interessen. „Die sich in der schwächeren Position befindlichen Arbeiter bedürfen der Solidarität der Stammbelegschaften, um in den Genuß der sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu kommen“ (ebd.: 157). Jedoch kann es zu einer zunehmenden Identifizierung der Arbeiter der »ersten Nation« mit »ihrem« Unternehmen kommen. Dabei bemühen sich diese, die Profitabilität und Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens zu verbessern, wobei sich die Lücke zwischen ihnen und den weniger begünstigten Beschäftigten vergrößert. „Solche Entwicklungen schwächen zwangsläufig die repräsentative Rolle der Gewerkschaften auf der industriellen und gesamtwirtschaftlichen Ebene und verringern das politische Potential für einen gemeinsamen Widerstand gegen neoliberale Strategien“ (ebd.: 157). Dadurch wird deutlich, wie nützlich die neoliberale Strategie einer Schwächung und Spaltung der Gewerkschaftsbewegung für den Thatcherismus zum Erreichen seiner reformistischen Ziele gewesen ist.

5.4.3 Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften war es schwer auf diese konzentrierte feindliche Politik zu reagieren. Noch nach dem Wahlsieg der Regierung Thatcher glaubten viele in der Gewerkschaftsbewegung eine konservative Regierung, im Falle einer feindlichen Politik, ähnlich wie die Heath-Regierung, aus dem Amt streiken zu können, doch hatten sich dafür die Rahmenbedingungen allmählich geändert. Die Gewerkschaften waren durch autoritär-populistische Appelle und durch die negativen Begleiterscheinungen der Streiks im öffentlichen Ansehen gesunken. Neue Streiks waren somit kontraproduktiv für die Gewerkschaften. Dennoch waren Streiks immer noch das wichtigste Mittel der Gewerkschaften. So wurden sie besonders durch die neuen Gewerkschaftsgesetze mit ihren Verboten von politischen und solidarischen Streiks sowie die Abstimmungsverpflichtungen in ihrem Handlungsspielraum getroffen. Solidaritätsaktionen und bewegungsinterne Spenden gewannen an Bedeutung. In Fragen der Privatisierung waren die britischen Gewerkschaften uneinig. Im TUC bekämpfte die Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich „die Privatisierungsbestrebun-

gen der Regierung, weil die Entstaatlichungspolitik für sie einen Teil der Regierungsstrategie zur Schwächung der Gewerkschaften darstellte“ (HUGO 2001: 100f). Sie reagierte mit Kampagnen und Demonstrationen auf den Ausschluss bei unternehmensinternen Privatisierungsverhandlungen beispielsweise im Fall BT. Doch vermied es der TUC sich mit etwaigen Vor- und Nachteilen der Privatisierungspolitik zu befassen. Dies dürfte sich im Nachhinein als deutlicher Fehler für die Bewegung herausgestellt haben, denn wie bereits erwähnt: „Für die Gewerkschaften war auch die Tatsache problematisch, daß viele Kleinanleger und Beschäftigte Aktien erwarben. Forderte die Gewerkschaft nun Renationalisierung – zumal kompensationslose –, geriet sie schnell in ideologische Schwierigkeiten, denn sie forderte dann praktisch die Enteignung der eigenen Mitglieder.“ (ebd.: 101)

Als ein besonderes Beispiel der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Gewerkschaften kann der fast einjährige Bergarbeiterstreik von 1984/85 betrachtet werden, der einer Art Showdown der beiden Kontrahenten glich und der die entscheidende Trendwende in der britischen Politik brachte. Hugo geht sogar so weit, festzustellen, dass diese Konfrontation von der Thatcher-Regierung geplant gewesen sei und „von beiden Seiten [...] mit allen Härten [...] ausgefochten wurde“ (vgl. ebd.: 141). Zudem sah die Regierung im Bereich des Bergbaus alle Schwachstellen der Wirtschaft bestätigt, die es anzugehen galt: eine „geringe Produktivität, Überbesetzung, konfliktatorische Arbeitsbeziehungen, national wie international stagnierender Absatz, enorme Verluste zu Lasten der Staatskasse.“ (Dürr: 1985 zitiert in HUGO 2001: 141)

Während die Regierung Thatchers in einer Vielzahl der britischen Zechen nur noch unwirtschaftliche und veraltete Betriebe sah, die mit einem hohen Aufkommen an Subventionen gestützt werden mussten, beharrte die Gewerkschaft *National Union Mineworkers* (NUM) auf die vollständige Erschöpfung der Zechen bei unveränderter Fördermenge und deutlich überinflationäre Lohnsteigerungen. Zudem wollte die Regierung langfristig in der britischen Energieversorgung von der Kohle auf andere Energiequellen wie Öl und Atomkraft umsteigen. Dies war seit den fünfziger Jahren geplant, konnte jedoch nie gegen den politischen Druck der Gewerkschaften verwirklicht werden. Margaret Thatcher sah die heimische Kohleförderung im internationalen Wettbewerb deutlich unterlegen, da sie unter Tage, mit veralteten Methoden und bei zu hohen Löhnen betrieben wurde. Für die Premierministerin war die „briti-

sche Kohleindustrie, [...] zu einer Art Sozialamt geworden“ (THATCHER 1993: 486), welches die Ausgaben des Staates in die Höhe treiben ließ. Ihr erklärtes Ziel war es, die Verstaatlichung der größten britischen Bergwerke durch den *Coal Nationalisation Act* von 1947 rückgängig zu machen. Durch private Rationalisierungsmaßnahmen könnten sie dann - mit weniger Widerstand der Gewerkschaften - wirtschaftlicher gemacht werden.

Nachdem 1981 ein angekündigter Bergarbeiterstreik noch abgewendet werden konnte, wusste die Regierung um eine weitere drohende Auseinandersetzung mit der NUM und bereitete sich gründlich auf einen lang andauernden Streik vor. Sie ließ wie bereits im *Ridley-Report*³⁹ von 1978 empfohlen die Vorratshaltung in den Energieunternehmen erweitern und anschließend die Kohlebehörde *National Coal Board* (NCB) im Rahmen des *Coal Industry Act* (1983) Pläne für Zechenstilllegungen vorlegen.

Die NUM organisierte alle im Bergbau Beschäftigten, was durch eine Vereinbarung mit anderen Gewerkschaften möglich geworden war und eine Besonderheit im industriellen Sektor darstellte. Dafür überließ sie die Betreuung der Sozialfonds kleineren Spezialgewerkschaften (vgl. CLEGG 1983: 125). Diese Umstände dürften auch zu ihrer berühmt-berüchtigten Schlagkraft geführt haben.

Da in den Jahren 1979 bis zum Ausbruch des Streiks am 8. März 1984 bereits 50 Zechen stillgelegt und dabei 50 000 Arbeitsplätze verloren gegangen waren, wollte die NUM weitere Stilllegungen nicht mehr hinnehmen und lehnte die Pläne der NCB ab. Um aber keine Niederlage bei der Abstimmung zum landesweiten Streik zu riskieren, beschloss die Gewerkschaftsführung um Arthur Scargill, die verschiedenen Distrikte nach und nach abstimmen zu lassen und somit gut kontrolliert einen Dominoeffekt in Gang zu setzen. Er wollte die bereits Streikenden als 'fliegende' Streikposten einsetzen, damit sie vor anderen Bergwerken die Kumpel zum Anschluss an den Streik drängten. Arbeitswillige wurden zudem von Streikposten am Betreten der Werke gehindert. Diese beiden Aktionen hatten einen massiven und harten Polizeieinsatz, initiiert von der Regierung zur Folge, welche die Gesetze der *Employment*

³⁹ Unter anderem empfahl der *Ridley-Report* auch die Einstellungsunterstützung von nicht-gewerkschaftlichen Lkw-Fahrern, duale Befeuermethoden in Kraftwerken und die Einstellung von Sozialleistungen an Streikende. Mehr dazu bei (HUGO 2001: 142f und im *The Economist*, 27.05.78: 21ff).

Acts mit anschließender beschleunigter Justifizierung anwendete. Für die Regierung waren dies nur „gewalttätige Ausschreitungen, die sich als Streikaktionen tarnen“ (THATCHER 1993: 495) und arbeitswillige Bergarbeiter von der Arbeit abhielten. Dies vertrat sie auch in der überwiegend regierungstreu berichtenden Presse. Die Gewerkschaftsfonds wurden daher von den Behörden eingefroren. Jedoch befolgten bereits Anfang April 1984 gut 73% der Bergarbeiter der staatlichen Unternehmen den Streikaufruf, nur noch 27% gingen ihrer Arbeit nach (BOCHMANN 2001: 80).

Linke Labours sahen den Streik als „klassenkämpferischen Akt“ an und ihr Mitglied Tony Benn forderte einen TUC-Generalstreik. Dieser kam zwar nicht zustande, aber die NUM erhielt tatkräftige Unterstützung von der Bahngewerkschaft *National Union of Railwaymen* (N.U.R.), welche die Kohlebeförderung zu Kraftwerken aussetzte. Andere, wie die Transportangestellengewerkschaften und die Gewerkschaft der Hafentarbeiter half zwar aufgrund des Verbotes nicht mit Sympathiestreiks, jedoch mit Störaktionen bei der Entladung importierter Kohle und eigenen Streiks im Sommer 1984. Zahlreiche weitere Gewerkschaften unterstützten die NUM politisch mit Solidaritätsaktionen, Protestmärschen und/oder direkt mit Geld- und Sachspenden für die streikenden Bergarbeiterfamilien. Auch setzten sich viele mit Arbeitsbehinderungen und -unterlassungen für die Sache der Bergleute ein. Aus dem Ausland flossen Gelder von anderen Gewerkschaften nach Großbritannien.

Die Regierung ihrerseits versuchte mit Hilfe von hauptsächlich selbstständigen Lkw-Unternehmen den Transport von den noch fördernden staatlichen und privaten Bergwerken sowie von den Häfen zu gewährleisten. Dazu griff sie auch auf billige Importkohle aus dem Ausland, besonders den USA, Australien, Südafrika und Polen zurück, die aus dem kostengünstigeren und weniger arbeitsintensiven Tagebau stammte. Dies gehörte ebenfalls zu den Vorschlägen des *Ridley-Reports*.

Nur wenige Gewerkschaften, etwa die Steigergewerkschaft (NACODS) oder die Transportgewerkschaft (TGWU) scherten aus den gewerkschaftlichen Aktionen aus oder unterließen teilweise die Unterstützungsmaßnahmen. Andererseits unterblieben auch zeitlich parallel gelegte Streiks der Stahl- und Elektrizitätswerksarbeiter sowie ein Streik der Bahnbediensteten, die sich mit überdurchschnittlichen Lohnzugeständnissen von ihren Streikdrohungen abbringen ließen (vgl. HUGO 2001: 146).

Das *National Reporting Centre*, eine nationale Nachrichtenzentrale, wurde in London zu Koordinierung der Polizeieinheiten - 22.000 Polizisten in 43 Bezirken - gegen die Streikenden eingesetzt. Patrouillengänge und Einsätze gegen Streikpostenreihen, mit Tausenden von Verhaftungen als Folge, wurden durchgeführt. Die Polizei errichtete gegen die streikenden Bergarbeiter Straßensperren und nahm Durchsuchungen sowie Einschränkungen der Freizügigkeit vor (vgl. CLARK 1985: 180).

Am 26. Juli 1984 wurde der *Trade Unions Act* verabschiedet, der die gewerkschaftlichen Streikaktionen weiter einengte. Die Regierung versuchte mit dem Einsatz williger Arbeitskräfte und Lkws den Streik zu brechen. Es kam zu Straßenschlachten, die anschließend den Gewerkschaften zur Last gelegt wurden und zur Verhaftung von A. Scargill und anderen Gewerkschaftsfunktionären führten. In der *Fleet-Street-Presse* wurde er daraufhin als „Staatsfeind“ bezeichnet und die Gewerkschaften als „innerer Feind der Demokratie“ (BOCHMANN 2001: 112f) gebrandmarkt. Die Gewerkschaften ihrerseits konterten mit einer historisch nicht dagewesenen Streikbereitschaft und sprachen von einem „Klassenkampf von oben“ (ebd.: 112).

Die Regierung lockte Streikbrecher mit Rückkehrprämien, Weihnachtsgeld und Steuerfreiheit sowie mit hohen Abfindungen für Frühruheständler. Das sorgte dafür, dass mit dem Scheitern der Verhandlungen der Schlichtungskommission *Advisory Conciliation and Arbitration Service* (ACAS) am 31. Oktober 1984 die Zahl der Streikenden weiter abnahm. Die Regierung verstand es zudem, mit offenen Sympathiebekundungen zu Streikbrechern, organisierten Gruppen von Bergarbeiterfrauen und der neu gegründeten Bewegung arbeitender Bergarbeiter die öffentliche Meinung zugunsten ihrer Politik zu wenden.

Die Situation der Streikenden verschlechterte sich, als die Regierung beschloss aufgrund der Haushaltssituation die Sozialhilfe zu kürzen, auf welche die streikenden Bergarbeiterfamilien zusätzlich angewiesen waren. Am 25. Oktober 1984 ordnete dann der Oberste Gerichtshof die Zwangsverwaltung der Streikkasse der NUM an. Trotz zum Teil verzweifelter Rettungsversuche der Gewerkschaftsführung, den Streik mit Hilfe von Spenden aus dem Ausland⁴⁰ aufrecht zu erhalten, musste sie schließlich am 5. März 1985 mit einem vernichtenden Kompromiss aufgeben, woraufhin die Arbeiter wieder die Arbeit aufnahmen.

⁴⁰ Besonders gesellschaftlich umstritten waren dabei Spenden aus der Sowjetunion und Libyen.

Die Folge des Streiks war, dass viele Bergarbeiterfamilien verarmt und durchschnittlich mit 33.000,- DM verschuldet waren (vgl. BOCHMANN 2001: 113). Die NCB ermittelte ihrerseits einen Verlust von 2.414 Millionen Pfund, der durch Regierungsgarantien gedeckt war und einen Gesamtverlust für Großbritannien von 2,83 Billionen Pfund darstellte (vgl. ebd.: 123). Noch im Dezember kam es zu einer Abspaltung innerhalb der NUM und der Gründung der gemäßigten *Union Democratic Mineworkers* (UDM). Die öffentliche Meinung, die schon vor dem Streik die Macht der Gewerkschaften als zu hoch betrachtet hatte, konnte die konservative Regierung auch weiterhin erfolgreich an sich binden.

Margaret Thatcher maß diesem Streik der Bergarbeiter vor allem politische Bedeutung zu, auch wenn es um die Stilllegung unrentabler Zechen gegangen sei. Ziel sei es gewesen, die Besiegbarkeit der Bergarbeitergewerkschaft und die Regierbarkeit Großbritanniens unter Beweis zu stellen sowie ein Beispiel für andere Gewerkschaften zu kreieren. „Der Streik war eine Lektion, die niemand vergessen sollte.“ (THATCHER 1993: 537)

Hugo betont, dass die NUM im Bergarbeiterstreik aufgrund früherer Erfolge im Streit mit der Heath-Regierung allzu schlecht auf den Konflikt vorbereitet gewesen sei, die Pläne der Regierung unterschätzt habe und einen strategisch schlechten Zeitpunkt für ihren Streik gewählt habe, da sie die niedrigen Importkohlepreise nicht beachtet hätte (vgl. HUGO 2001: 143ff). Auch zeigte sich im Bergarbeiterstreik bereits, dass besonders die sekundär betroffenen Arbeitgeber auf die Gewerkschaftsgesetze zurückgriffen, um Schadensersatzklagen zu führen (vgl. CLARK 1985: 183).

Nach dieser Schilderung des Konfliktes zwischen Thatcher-Regierung und Gewerkschaften soll genauer auf unterschiedlichen Deutungsmuster des Thatcherismus eingegangen werden, die über die neoliberale Ablehnungshaltung gegenüber den Gewerkschaften hinaus, diese Politik und ihren Erfolg zu erklären versuchen.

5.5 Die Interpretationen des Thatcherismus

Für die Erklärung des Thatcherismus gibt es unterschiedliche Ansätze, die je nachdem, was sie betrachten, zu unterschiedlichen Rückschlüssen kommen, welche Vorgehensweise den Erfolg bestimmte. Der folgende Abschnitt widmet sich den Argumentationen und Debatten einiger Autoren, die sich mit dem sog. »autoritären Populismus«, einem institutionellen Wandel des Staates, die Schwächung der Gegner des Thatcherismus und den Bedingungen des britischen Systems befassen.

5.5.1 Autoritärer Populismus oder institutioneller Wandel?

Die öffentlichen Stellungnahmen der Thatcher-Regierung beim Vorantreiben ihrer Politik kann man als »autoritären Populismus« bezeichnen. So gelang es dem Thatcherismus „populare Erfahrungen und Interpretationen der britischen Entwicklung mit konservativen Erklärungen und Politikvorstellungen zu verknüpfen und damit die popularen Deutungs- und Verhaltensmuster in spezifischer Weise zu artikulieren“ (KASTENDIEK 1985: 26). Der Begriff des *autoritären Populismus* geht auf Hall zurück, der nach einer Erklärung für den Erfolg der konservativen gegenüber den sozialdemokratischen Lösungsversuchen zur Bekämpfung der britischen Krise der politischen Repräsentation suchte (HALL 1986). Die gescheiterte „sozialdemokratische »Lösung«“ (ebd.) sieht er dabei in der korporatistischen Strategie zur Disziplinierung des Klassenkampfes mit dem Staat als neutralem Schiedsrichter. Die politische Rechte hingegen betonte die Legitimierung eines autoritären Regimes durch den „»Ruf nach Disziplin« von unten“ (ebd.: 93) und fuhr gegen die gesellschaftlichen Missstände *law & order*-Kampagnen auf. Der *autoritäre Populismus* der Rechten trennte zudem den Machtblock, so wie die Sozialdemokraten dargestellt wurden, vom eigentlichen Volk als dessen Vertreter sich der Thatcherismus sieht. Durch die „Umgehung der Verbände und Parteien“ (KASTENDIEK 1985: 27) wandte er sich direkt ans Volk und stützte sich mit großem Rückhalt auf das Wohlwollen der Medien. Hall schrieb dazu: „Unsere These ist, daß das Zerschneiden vieler traditioneller Ideologien in der Periode der Krise für die politische Rechte in ihrer »Thatcheristischen Erscheinungsform« eine günstige Gelegenheit schuf – ohne Theorie, aber instinktiv (wie man von allen echten Konservativen sagt) -, genau in diesem Gebiet wirkungsvoll einzugreifen und dem Volk/Machtblock-Widerspruch wirksam in Richtung auf einen »autoritären Populismus« umzudrehen und zu neutralisieren“ (HALL 1986: 97f). Der Fehler der Sozialdemokraten habe vor allem darin gelegen, sich nicht der Volksmoral pragmatisch angepasst zu haben, wohingegen der Thatcherismus feinen populistischen Instinkt bewiesen und Diskurse mit dem Ziel einer passiven Revolution von unten gestreut habe (vgl. ebd.: 100ff).

Hall fasst das Ergebnis folgendermaßen zusammen: „nur durch die Besetzung und Beherrschung des diskursiven Raums konnte der Thatcherismus zu einer führenden ideologischen Kraft werden.“ (HALL 1989: 183)

Auch wenn sich laut Kastendiek der Populismus der Konservativen nicht ausreichend als »neoliberal« charakterisieren lässt (vgl. KASTENDIEK 1985: 27), so hatte

für ihn die Politik des »autoritären Populismus« doch „erklärtermaßen die Ausgrenzung der Gewerkschaften zum Ziel“ (KASTENDIEK 1985: 27).

Für Jessop stellt diese Politik aber weniger eine Besonderheit des Thatcherismus dar, als eine neue Periode wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen Ideen und Institutionen. „Der Ansatz von Hall u. a. betone zu sehr die politisch-ideologischen Momente des Thatcherismus und vernachlässige die wirtschaftlichen und politischen Ursachen seines Erfolges; er nehme den Thatcherismus als einen »monströsen Monolith« wahr und übersehe die Brüche in seiner sozialen Basis, die Widersprüche seiner Programmatik und die Grenzen ihrer politischen Umsetzbarkeit. Aber diese Kritik erkennt auch an, dass der Theorieansatz des »autoritären Populismus« viele neue Fragen und Antworten zur Analyse des Thatcherismus beigetragen hat“ (ebd.: 26f).

Die politische Strategie des Thatcherismus beschreibt Jessop dann auch als eine „Rückverlagerung der Grenzen des sozialdemokratischen Staates“ und als eine „Ausdehnung der Grenzen des unternehmerisch orientierten, autoritären Staats“. Nur sei dabei eine „Politik zur Sicherung von Wählerunterstützung“ wichtig gewesen, um den Staat derart zu transformieren (JESSOP 1994b: 362). Der Ansatz des Thatcherismus setzte sich laut Bonnett vor allem durch die Aufspaltung der britischen Gesellschaft in »two nations« durch, nicht hingegen durch gesichertes wirtschaftliches Wachstum noch durch eine stabile ideologische Hegemonie. Die Probleme des KWS, wirtschaftspolitische Misserfolge und sozialpolitische Eingriffe, konnten daher der Regierung nichts anhaben. In diesem Sinne stelle der Thatcherismus auch keine ideologische Alternative zum Nachkriegskonsens dar, wie bspw. Hall es sieht (vgl. BONNETT 1985: 143). Noetzel spitzt es weiter zu: Thatcher stellte eine „aktualisierte Form des Sozialdarwinismus“, der als *modern* dargestellt wurde, gegen eine *altmodische* „gesellschaftliche Solidarität“ (NOETZEL 1987: 159). Durch die Krise des KWS, parteiinterne Konflikte der Labour Party und die Fähigkeit der Konservativen wieder die organisatorische und ideologische Bindung zum Kleinbürgertum zu reaktiveren, nahm auch die Zahl der potenziellen Wechselwähler zu (vgl. BONNETT 1985: 145). „In zunehmendem Maß propagiert der konservative Populismus die Einheit einer privilegierten »Nation rechtschaffener Bürger« und »fleißiger Arbeiter«, der die »Nation« der marginalisierten Gruppen und Schichten gegenübersteht.

[...] Eine solche »Zwei-Nationen-Strategie« wäre eine gravierende Ausdehnung des autoritären Populismus“, so Bonnett (ebd.: 157f).

Zwar kann im Bereich des Finanzkapitals von einem weit gehenden Einvernehmen zur monetaristischen Politik der Regierung gesprochen werden, doch habe gerade die anfangs sehr gespaltene Einstellung des CBI, bedingt durch die Unterschiede in der Betroffenheit der vertretenen Unternehmen des Industriekapitals von der Deflation in den Wirtschaftssektoren, gezeigt, dass nicht von einer hegemonialen Zustimmung seitens des Gesamtkapitals gesprochen werden kann (vgl. auch ebd.: 146ff). Somit sieht Bonnett keine Einheit des Kapitals und den Rahmen eines stabilen Machtblocks, der sich auf eine hegemoniale Wachstumsstrategie orientierte (vgl. ebd.: 157). Doch laut Jessop kann im Thatcherismus generell durchaus von einem Hegemonialprojekt zur Überwindung der Nachkriegskrise gesprochen werden (vgl. JESSOP 1994b: 362).

Der Staatsapparat sei unter dem Thatcherismus mehr und mehr zu einem »undemokratischen Zentralismus« fortentwickelt worden, da die kommunale Unabhängigkeit gesetzlich beschränkt wurde. Mit dem Abbau des kommunalen Wohlfahrtsstaats mittels starker Reglementierungen seitens des Staates ging ein Ausbau des Zentralstaates einher⁴¹ (vgl. ebd.: 367). Der „Doppelcharakter des Thatcherismus“ dabei: „einerseits gibt es die zentralisierenden »präsidialen« Ambitionen und andererseits die populistische Abneigung gegen die bestehenden Machtstrukturen im Staat.“ (BONNETT 1985: 155)

Der konservative Ruf nach Disziplin und Ordnung mündete darüber hinaus in einer populistischen *law & order*-Politik, die mit aller Härte von oben durchgesetzt wurde. Die Regierung bediente sich zahlreicher unterschiedlicher Methoden, um ihre autoritäre Macht zu verstärken und Freiheitsrechte zu beschränken.⁴² Der Wandel des britischen Staates unter dem Thatcherismus in seinem sozialen wie auch wirtschaftliche Gefüge kann als ein Bündel von Maßnahmen gegen institutionelle Erstarrung gesehen werden, das einen Anti-Korporatismus pflegte und zugleich als deutliche Verschiebung im Machtgefüge des Staatsprojektes.

5.5.2 Die Schwäche der Gegner

Eine andere Argumentationslinie, die den Erfolg Thatchers zu erklären versucht, beruht auf der Hypothese, dass dies der Schwäche ihrer politischen Gegner zu verdan-

⁴¹ Mehr dazu bei (JESSOP 1994b: 367ff).

⁴² Mehr zu rigorosen staatlichen Intervention bei (JESSOP 1994b).

ken ist. Sowohl Döring als auch Offe finden Argumente hierfür. „Nicht etwa die Popularität von Margaret Thatcher, sondern die noch größere Unpopularität der britischen Gewerkschaften und der Ziele der mit ihnen eng verflochtenen Labour Party kann als Ursache für die Wahlerfolge der »eisernen Lady« gelten“ (DÖRING 1993: 201). So stellt Döring bei seinen Untersuchungen unter anderem fest, dass es in Großbritannien eine Bevorzugung „besitzindividualisierender Freiheiten gegenüber wohlfahrtsstaatlicher egalitärer Gleichheit“ gebe (DÖRING 1990: 270) und somit der Thatcherismus auch als Appell an die vor neuen sozialistischen Experimenten fürchtenden Labourwähler gerichtet gewesen sei. Schon Mitte der 70er Jahre (1973 bis 1976) ergaben Feldarbeiten nach seinen Angaben niedrige Sympathien für Gewerkschaften und Linkspartei (vgl. ebd.: 280). Das Thatcher-Lager nutzte diese Unpopularität ihrer Gegner einerseits, um diese noch weiter zu diskreditieren, als radikal darzustellen und aus dem politischen Diskurs zu verdrängen. Thatchers Verständnis der „extremen Linken“ verdeutlicht sehr gut, wie sie ihre Gegner verortete: „Das waren Revolutionäre, die um jeden Preis und mit allen Mitteln in Großbritannien ein marxistisches System errichten wollten“ (THATCHER 1993: 482). Für sie stützte sich die Macht dieser Linken auf drei Institutionen, die sie fortan bekämpfte: „die Labour Party, die Kommunalverwaltungen und die Gewerkschaften“ (ebd.: 482). Durch den Kampf gegen die Gewerkschaften mit den bereits erwähnten Mitteln (Kapitel 5.4.2) suchte sie auch die finanzielle und politische Unterstützung der Labour Party zu mindern. Die Kommunalverwaltungen schwächte sie durch die Zentralisierung staatlicher Aufgaben, die Kürzung der finanziellen Mittel und ihrer neuen Sozialpolitik.

So spricht Offe dann auch von „Fehlern, Schwächen und Versäumnissen von kollektiven Akteuren bei der Verteidigung von Staatsaufgaben“ (OFFE 1994: 346). Die enge Verbindung zwischen Labour Party und den Gewerkschaften machte es für die Konservativen unattraktiv, sich für diese einzusetzen. Die Gewerkschaften waren organisatorisch zu zersplittert in ihrem „System von Berufs- (statt Industrie) Gewerkschaften“ (vgl. ebd.: 346); der Mangel an »Verrechtlichung« und Institutionen zum Schutz der Arbeitsbeziehungen schwächte dabei auch die Errungenschaften der Gewerkschaften. Die Reaktion eines »Linksrucks« der Gewerkschaften und Labour auf den Thatcherismus ließ sich allzu gut für die Regierung zur Polarisierung nutzen und spaltete die Linke zusehends.

Doch findet Offe die Hypothese der Schwächen der Gegner des Thatcherismus wenig überzeugend, da er zum Beispiel, ähnlich wie im linken Lager und bei der Spal-

tung der Sozialdemokraten von der Labour Party, auch im konservativen Lager Spaltungstendenzen zwischen der neuen Rechten und den Alt-Konservativen ausmacht (vgl. OFFE 1994: 346f).

5.5.3 Die Verfassungshypothese

Der vierte Erklärungsansatz, der bezüglich der Deutungen des Erfolges des Thatcherismus vorgestellt werden soll, ist ein weiterer Dörings und Offes. Döring versteht den *autoritären Populismus* nur als die „Wiederbelebung alter autoritärer Elemente“, die schon in der (ungeschriebenen) britischen `Verfassung´ angelegt gewesen seien (DÖRING 1990: 257). Diese uralten Züge und Möglichkeiten des britischen Regierungssystems habe man schon 1902 ausgemacht und auch das »Prime Ministerial Government« existiere schon lange. Seine Kernthese lautet, dass der Thatcherismus „lange vor der Karriere Margaret Thatchers einen parteiübergreifenden – aber aufgrund der liberalen Beimischung der britischen politischen Kultur nicht ausreichenden – Resonanzboden in der britischen Bevölkerung besaß“ (ebd.: 293). Neu „ist lediglich das gesteigerte Machtpotenzial, das der technische Apparat der »Demokratie im technischen Zeitalter« einem zum Handeln entschlossenen Premierminister [...] zur Verfügung stellt“ (ebd.: 261). So spricht er auch von einer Erweckung des „Thatcherismus *in Marble*“ (ebd.: 264ff). Offe stellt dieses Deutungsmuster als eine Verfassungshypothese dar. Insbesondere das Fehlen einer geschriebenen Verfassung und eines Verfassungsgerichts, von formalisierten Grundrechten und institutionellen Garantien sowie eines verankerten Sozialstaatsprinzips, von effektiven föderalen Kontrollstrukturen, die geringe Gewaltenteilung, die sich leicht zugunsten der Exekutive habe verschieben lassen sowie das reine Mehrheits-Wahlssystem, seien für die Umsetzung des thatcheristischen Regierungsprogramms besonders geeignet gewesen (vgl. OFFE 1994: 345).

5.6 Zusammenfassung

Die Darlegung dieser vier Deutungsmuster zur Erklärung des Erfolges des Thatcherismus in autoritären Populismus, institutionellen Wandel, Schwäche (und Schwächung) der Gegner und der Besonderheiten des britischen Systems soll verdeutlichen, wie facettenreich der Thatcherismus war. Sicherlich waren mehrere Faktoren für den Erfolg des Thatcherismus verantwortlich. Nur durch eine wirkungsvolle Kombination der verschiedenen Betrachtungsweisen sowohl struktureller als auch strategischer Art lässt sich diese Phase der massiven Umstrukturierung Großbritan-

niens erklären. Doch scheint es, als ob die Veränderung staatlicher Aufgabenbereiche, die teils notwendig erscheinen (das Reagieren auf äußere Umstände, wie die zunehmende internationale Wettbewerbssituation), oder mit Hilfe des Thatcherismus angefacht wurden (wie die Unternehmenskultur) bewusst und strategisch in die Richtung eines neoliberalen Gesamtmodells verlaufen, manche Analysten (z.B. Jessop) sprechen hierbei gar von Hegemonie.

Die Facetten des Thatcherismus, die in diesem Kapitel in Bezug auf interne Neuordnung, externe Zielsetzung, praktische Umsetzung in Wirtschafts- und Anti-Gewerkschaftspolitik dargestellt wurden, lassen sich gut im Hinblick auf eine neoliberale Strategie, ihre Strategen und der Annäherung an ein liberales Gesamtmodell verstehen. Das folgende Kapitel befasst sich daher auch mit dem gesellschaftlichen Umbruch, der durch den Thatcherismus, insbesondere im Bereich der Arbeitsbeziehungen erfolgte.

6. Der gesellschaftliche Umbruch und seine Verfestigung bis heute

6.1 Die Auswirkungen des Konflikts auf Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen

Mit der Niederlage der Gewerkschaften im Bergarbeiterstreit 1984/85 hatte diese „Lektion“ (THATCHER 1993: 537) sowohl einschüchternde als auch resignierende Wirkung für die Bewegung. In der Folgezeit nahmen die Streiks deutlich ab. In Thatchers letztem Regierungsjahr 1990 „lag die Zahl der Arbeitsniederlegungen so niedrig wie seit 1935 nicht mehr“ (THATCHER 1995: 666). Die Anzahl der Streikteilnehmer war rapide von ca. 4,6 Millionen (1979) auf 298.000 (1990) gesunken (vgl. HUGO 2001: 248). Die Bedeutung der Gewerkschaften nahm mit der Verdrängung aus den wichtigen Ebenen des politischen Entscheidungsprozesses ab. Die Akzeptanz von Massenarbeitslosigkeit durch die Regierung schwächte ihre Verhandlungsmacht. Die innergewerkschaftlichen Zwangsreformen erschwerten den Widerstand und minderten die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften. Der Rückgang der Mitgliederzahlen stellte zugleich auch eine finanzielle Schwächung der Gewerkschaften dar und verlangte von ihnen, ihre Finanzen zu konsolidieren. Prozesskosten, Geldstrafen und Schadensersatzzahlungen erschwerten diese finanzielle Lage. Die Schwächung der Gewerkschaften in ihren Mitgliedszahlen sollte sich als dauerhaft erweisen. Nach dem einmaligen Höchststand von 12,2 Millionen der im TUC organisierten Gewerkschaftsmitglieder, hatte sich die Zahl, die bis 1995 kontinuier-

lich auf 7,3 Millionen sank, fast halbiert (Zahlen des TUC angeführt von FULTON 1995: 238). Mit der Zahl der Arbeitnehmer sank auch stets die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Entstanden neue Arbeitsplätze, dann vornehmlich in wenig gewerkschaftsorganisierten Sektoren wie dem Dienstleistungssektor oder in Form von Nicht-Vollzeit-Arbeitsplätzen, die ebenfalls als traditionell gewerkschaftlich unterorganisiert gelten. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad⁴³ sank somit in den Jahren 1979 bis 1995 von 54 % auf 32 % (vgl. KASTENDIEK 1999: 16). Die Gewerkschaften selbst erklären ihren Mitgliederschwund daher auch mit folgenden Gründen: „Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, politischen Wechsel und Privatisierung sowie eine Verlagerung von den gut organisierten Bereichen, wie der verarbeitenden Industrie und den öffentlichen Dienstleistungen hin zu den Bereichen, wie dem privaten Dienstleistungsbereich, die schwierig zu organisieren sind“ (TUC, Report of the Special Review Body, London: 1988 zitiert in FULTON 1995: 239). Auch Teilzeitarbeit, Befristungen der Beschäftigungsverhältnisse und Auslagerungen machen es den Gewerkschaften heute schwerer, die Arbeitnehmer zu organisieren. Mit den Zahlen der gewerkschaftlich Organisierten hat sich auch die Bedeutung der Gewerkschaften in Großbritannien verringert. „Die Generalsekretäre der Gewerkschaften, deren Vorgänger die Schlagzeilen beherrschten, sind heute in der Landschaft der Massenmedien fast unbekannt Figuren.“ (FULTON 1995: 239)

„Die konservative Politik begünstigte eine »Enttariflichung« der Arbeitsbeziehungen und die Zunahme »gewerkschaftsfreier« Betriebe“⁴⁴ (KASTENDIEK 1999: 16). Der Abbau des Kündigungsschutzes und die wachsende Lohnungleichheit, besonders nach Wegfall des Mindestlohns (1986) und der Aufgabenbeschränkung (1993) für bestimmte Berufsfelder (vgl. ebd.: 16), steht dabei ganz im Sinne der Selbstverantwortlichkeit des Individuums statt kollektiver Verantwortung und Sicherheit.

Die Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung haben zwar die Stellung der Nichtgewerkschaftsmitglieder wie auch der Mitglieder und somit der Individuen gestärkt, doch zugleich die Haftung der Gewerkschaften im Streikfall dereguliert.

⁴³ Laut Kaiser, der zum Organisationsgrad Zahlen von Ebbinghaus/Visser (1994) anführt, welche die Organisationsquote der TUC-Gewerkschaften bei 36 % (1990) und insgesamt bei 43,1 % (1991) liegen sah, weisen die britischen Gewerkschaften trotz der Thatcher-Jahre international noch einen relativ hohen Organisationsgrad auf. Doch nach den Angaben, die Kastendiek u.a. für 1995 anführt, sank der Gesamtorganisationsgrad auf nur noch 32,5 %. Der Tendenz nach dürfte er sogar noch weiter darunter liegen (vgl. KAISER 1994: 232; KASTENDIEK; ROHE U.A. 1998: 677).

⁴⁴ Der Anteil »gewerkschaftsfreier« Betriebe stieg allein von 1984 bis 1990 von 27 auf 36 Prozent. Der Anteil der Arbeitnehmer, die durch Tarifverträge erfasst sind, hat sich von 1980 bis 1995 von 70 auf 47 Prozent reduziert (vgl. Kastendiek 1999: 16).

„Wedderburn führt all diese Schritte auf ideologische Grundüberzeugungen zurück, und gilt ihm F.A. Hayek auch nicht als der eigentliche *spiritus rector* der Reformen, so sind doch manche seiner Ideen nach Ansicht Wedderburns in den Reformgesetzen durchaus nachzuweisen. In der Tat: Die Schriften Hayeks und anderer sind ebenso streitbar, wie [...] Thatchers und ihrer Parteifreunde Rhetorik kompromisslos. Auch die Reformgesetze selbst können beim besten Willen nicht als ausgeprägt arbeitnehmer- oder gar gewerkschaftsfreundlich gelten“ (Wedderburn 1991 rezensiert von WAAS 1993: 321). Waas führt dazu weiter aus: „Es ist nicht zu leugnen, daß die Deregulierung des britischen Arbeitsrechts weiter getrieben wurde als in den meisten anderen Staaten“ (WAAS 1993: 321). Zunehmend wurde die Zivilgerichtsbarkeit durch Schadensersatzprozesse in die britische Arbeitsgerichtsbarkeit eingeschaltet und prägte diese mit aus (vgl. Wedderburn 1991 rezensiert von WAAS 1993: 317). Der im Zuge der Reformen wachsende Ermessensspielraum der Gerichte bedeutete eine zunehmende Kriminalisierung des Arbeitskampfes. Was kurz zuvor noch langjährige Rechtsprechung war, wurde mit einem Mal als Unrecht erklärt. So verfolgte die britische Justiz die Gewerkschaften unnachgiebig, wenn sie zum Beispiel gerichtliche Anordnungen missachteten. Das Arbeitsrecht wurde einseitig zu Ungunsten der Arbeitnehmerrechte angewandt (vgl. WAAS 1993: 321). Auch stellt Wedderburn daher zu Recht fest: „Die Sozialpolitik der Regierung Thatcher hat das britische Arbeitsrecht unter dem Eindruck wirtschaftlicher Zwänge und im Zeichen einer Politik der Flexibilisierung und Deregulierung umgewälzt.“ (Wedderburn 1991 rezensiert von WAAS 1993: 318)

Die Arbeitgeber sind offensichtlich im Schutze der thatcherschen Reformen heute bereitwilliger, neue Strategien konträr zu den Gewerkschaften zu erproben, beziehungsweise die geringere Organisation der Arbeitnehmer für ihre Zwecke zu nutzen. Deutlich hat die Reformpolitik der Konservativen dafür gesorgt, dass sich die Waagschale politischer Macht zugunsten der Arbeitgeber etwa durch ein uneingeschränktes Unternehmerrecht – *right to manage* - gesenkt hat. Als Folgen gewerkschaftsfeindlicher Politik seitens der Arbeitgeber, die erst mit der neuen Gesetzgebung möglich geworden sei, nennt Fulton dreierlei neue Strategien: Zum ersten die „klare Tendenz zur Dezentralisierung der Tarifverhandlungen“, zum zweiten das Verfolgen einer „Strategie des *Human Resource Management* (Personalleitung)“, die den Einfluss der Gewerkschaften umgehe und untergrabe, sowie drittens den weitestgehen-

den Schritt einiger Arbeitgeber, sich vollständig zu „weigern“, „die Gewerkschaften als Gesprächspartner zu akzeptieren“ und Verträge, Vereinbarungen oder Vertretungen mit ihnen abzulehnen (FULTON 1995: 241).

Auch kam es „zu einer Polarisierung innerhalb der Bewegung zwischen Gewinnern und Verlierern auf dem Arbeitsmarkt“ (BIELSTEIN U. KAISER 1990: 120) und innerhalb des TUC. Denn die Gewerkschaftsbewegung reagierte unterschiedlich auf die Politik Thatchers: „Der militant-konfliktorische Flügel der Bewegung (NUM, *National Graphical Association* NGA, *Society of Graphical and Allied Trades Sogat*) wehrte sich gegen diese Politik in erster Linie in Form von Arbeitskämpfen“, „der betrieblich-kooperative orientierte Flügel setzte demgegenüber auf ein verbessertes Durchsetzungsvermögen durch einen höheren Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Interessenabstimmung.“ Bielstein und Kaiser heben hervor, dass dem betrieblich-kooperativen Flügel die Politik des Thatcherismus sogar entgegen kam und diese auch davon profitieren konnte (vgl. BIELSTEIN U. KAISER 1990: 128). „Eine Brücke zwischen beiden Flügeln stellt[e] die korporatistisch-konstitutionelle Fraktion innerhalb des TUC dar“ (ebd.: 123). Gemeinsam bemühte man sich um neue Rekrutierungsformen und Verbesserungen der internen Kommunikation. Dennoch gewann unter der Bewegung nach 1983 auch ein ‚neuer Realismus‘ in der Bewegung an Einfluss. Zudem bemühte sich die Bewegung um Koalitionen mit Vertretern aus dem Spektrum der Konsumenten.

Die Politik der Regierung gegenüber den Gewerkschaften zielte nach Bielstein und Kaiser auf „die Entpolitisierung und Parzellierung des gewerkschaftlichen Konfliktpotentials und zum anderen die Flexibilisierung der Arbeitsmarktstrukturen“ (BIELSTEIN U. KAISER 1990: 128). Doch gab es auch auf der Seite des Kapitals negative Auswirkungen der Politik der Thatcher-Regierung. Neben den Gewerkschaften litten auch Teile der britischen Industrie unter ihrer bewusst in Kauf genommenen Deindustrialisierungspolitik, aufgrund derer das CBI anfangs der thatcheristischen Politik sehr gespalten gegenüber stand. Zudem bildete sich in diesen Jahren auch für das CBI ein aggressiv thatcheristischer Konkurrent, das *Institute of Directors* (IoD), heraus, das Manager und Unternehmer der Führungsebenen organisiert (vgl. KAISER 1994: 234).

6.2 Das Scheitern des Thatcherismus?

Margaret Thatcher stürzte politisch über ihr Vorhaben in Großbritannien eine »*poll tax*« (Kopfsteuer) einzuführen⁴⁵, über interne Auseinandersetzungen der konservativen Partei in Fragen der Europapolitik und das Einsetzen einer wirtschaftlichen Rezession in Großbritannien zu Beginn der 90er Jahre. Mit einer Vielzahl an politischen Fehlern schwand ihre Vertrauenswürdigkeit innerhalb des Volkes und in ihrer Partei, die stets gewillt war, bedingungslose Gefolgschaft bei politischem Erfolg und Abspaltungen bei Misserfolg zu zeigen. Dieses persönliche Scheitern der Premierministerin 1990 kann jedoch nicht allein über Erfolg oder Misserfolg des Thatcherismus entscheiden. Dazu muss man sich die Zielsetzungen und Aufgabenstellungen ansehen, die sich der Thatcherismus zu Beginn stellte.

Überwiegend gelungen zu sein scheint dem Thatcherismus das Zurückschrauben fordristischer Staatsintervention dadurch, dass er den Staat aus der Verantwortung für die veraltete Industrie zurückzog. Durch neue Formen staatlicher Intervention in die Bereiche des Dienstleistungssektors und neue, innovative Wirtschaftszweige konnte er eine Flexibilisierung und Dynamisierung der britischen Wirtschaft vorantreiben. Auch gelang ihm eine, durch radikale Reformen angestrebte, Flexibilisierung des verbleibenden Staatsapparats (vgl. JESSOP 1994b: 386). Seine neoliberal-konservativen Ziele konnte er ebenfalls größtenteils erreichen. Er befreite die Marktkräfte weitestgehend von staatlichen Interventionen, beschränkte die Macht der kollektiven Großorganisationen wie der Gewerkschaften und schaffte die wohlfahrtsstaatliche 'Gängelung' der Individuen ab, indem er diese langsam entzog und »Selbständigkeit« und eine »Unternehmerkultur« propagierte. Er durchbrach die Blockierungen des Nachkriegskonsenses, indem er ihn einseitig durch Verzicht auf Vollbeschäftigung, *mixed economy*, Wohlfahrtsstaat und gewerkschaftlicher Mitbestimmung abbaute. Der Thatcherismus verfolgte recht erfolgreich die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Verantwortungsbereichen, konnte langfristig die Inflation drosseln, schuf (internationalen) Wettbewerb und zentralisierte den Staat bis auf einzelne Aufgabenbereiche, die den Kommunen überlassen blieben, erfolgreich. Er stellte zudem Großbritannien als verlässlichen Partner der USA auf dem internationalen Parkett dar.

⁴⁵ Hennecke führt Leathers an und macht am Punkt der *poll tax* deutlich, dass „die Zentralisierung des Staatsaufbaus und die Aushöhlung der lokalen Verwaltungsebene“ (HENNECKE 2000: 334, LEATHERS 1989) das am wenigsten Vereinbare mit der Theorie Hayeks sei, was Thatcher politisch je verfolgte.

Für ein erfolgreiches Staatsprojekt und/oder Hegemonialprojekt war der Thatcherismus zu unregelmäßig (z.B. auf Seiten des Kapitals zu gespalten). Er war zu sehr auf regressive Umverteilung und parteipolitischen Vorteil bedacht. Der von ihm neu eingeleitete post-fordistische Wachstumsmodus war nur defizitär, was die wirtschaftlichen Krisen Anfang der 90er Jahre deutlich zeigen. Der Thatcherismus hat, so Jessop, die Aspekte eines erfolgreichen SWS nur unzureichend umgesetzt. Für Schumpeter dürfte er zu einseitig angebotsorientiert ausgerichtet gewesen sein, was verhängnisvolle Folgen für Innovationen, starkes Wachstum, hohe Produktivität und hohe Löhne hatte. Ein funktionierender *Workfare State* scheiterte an der Sorge um parteipolitische Vorteile, die verhinderten, dass die Wohlfahrtspolitik den Forderungen der Arbeitsmarktflexibilität untergeordnet wurden (vgl. JESSOP 1994b: 387). Jessop spricht gar vom Scheitern des post-fordistischen Modells durch die Widersprüche des Thatcherismus (vgl. ebd.: 381ff). Denn Steuersenkungen zu Wahlkampfzwecken verursachten eine zunehmende Verschlechterung der nationalen Infrastruktur. Letztlich hat der Thatcherismus sich auch seiner eigenen Wählerbasis beraubt, indem er die anfänglichen Gewinner seines *Two Nations*-Modells aufgrund mangelnder ökonomischer Sicherheit des Marktes in Krisenzeiten allein ließ. Dazu gehören die neuen Hauseigentümer, die im Zuge der Sozialwohnungsprivatisierung anfang der Neunziger das Platzen einer Immobilienblase durch Immobilienspekulationen hoch verschuldet zurückließ, die Kleinaktionäre, die bspw. nach dem Aktienboom der privatisierten BT Verluste erlitten oder die zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit in breiten Schichten der Gesellschaft, die durch die Schwächung der Gewerkschaften und zunehmende Flexibilisierung entstand. Entgegen den Absichten Thatchers blieb der Wille zur Förderung von Sozialem auf der kommunalen Ebene bestehen. Auch *closed shops* haben sich bis heute gehalten (vgl. JESSOP 1994b: 365). Die „wirtschaftspolitische Bilanz“⁴⁶ der konservativen Regierungen von 1979 bis 1996“ sieht Kastendiek als „reichlich »durchwachsen«“ an (KASTENDIEK 1999: 14), trotz der Ankündigung, dass die „Lösung des Gewerkschaftsproblems der Schlüssel für die Wiedererstärkung der britischen Wirtschaft“ sei (Joseph zitiert bei KASTENDIEK 1999: 14). Das BIP und die Produktivität konnten in den Thatcher-Jahren deutlich gesteigert werden, wenn die Produktivität auch eher nur durch „Aufgabe unrentabler Unternehmen“, als durch den Aufbau neuer stieg (KASTENDIEK 1999: 15f). Die Arbeitslosenquote nach EU-Standard nahm im Durchschnitt zum

⁴⁶ Genauere Zahlen und Daten nachzulesen bei (KASTENDIEK 1999).

Ende der 80er Jahre deutlich ab, stieg dann aber in den 90ern wieder leicht an. „Auch die Indikatoren der Inflationsentwicklung und der Handels- und Leistungsbilanzen lassen nicht erkennen, warum sich das Großbritannien Margaret Thatcher und John Major als ein besonders erfolgreiches Modell der wirtschaftlichen Entwicklung anbieten sollte.“ (KASTENDIEK 1999: 15)

Die soziale und gesellschaftspolitische Leistungsbilanz der konservativen Regierungen fasst Hutton in die „Formel 40:30:30“, wonach 40 % derer, die im erwerbsfähigen Alter sind, sicher vollzeitbeschäftigt sind, 30 % einen unsicheren Arbeitsplatz (Teilzeit oder Gelegenheitsarbeit) haben und 30 % arbeitslos sind oder als *working poor* gelten (vgl. Will Hutton bei KASTENDIEK 1999: 15). Das Ergebnis konservativer Strukturumbrüche und Steuerpolitik war die Bevorzugung höherer oder hoher Einkommensbezieher, die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und das ‚Einfrieren‘ der Sozialausgaben bei gleichzeitigem Anstieg der Leistungsbedürftigen⁴⁷ (vgl. KASTENDIEK 1999: 16). Kastendiek sieht im Niedergang der Gewerkschaften und dem Ausmaß sozialer Ungleichheit die „Merkmale eines spezifischen Gesellschaftsmodells“ und nicht nur die „»Kosten« eines Krisenlösungsmodells“ (ebd.: 17) (im Sinne eines *Two Nations*-Modells).

6.3 Der Umgang mit den Gewerkschaften nach Thatcher

Der Thatcherismus endete nicht mit der Ära Thatcher. Der von ihr bevorzugte Nachfolger und Premierminister John Major behielt im Wesentlichen die von ihr eingeschlagene neoliberale Wirtschaftsstrategie bei, auch wenn er als allzu blasser Nachfolger galt. Mit dem *Trade Union Reform and Employment Right Act* von 1993 griff seine Regierung noch weitreichender in die innergewerkschaftliche Organisation ein und machte die Bezahlung der Gewerkschaftsbeiträge von Bewilligungserklärungen ihrer Mitglieder abhängig. Auch dieser kosten- und arbeitsintensive Vorgang kostete die Gewerkschaften durch fehlende Rückläufe der Mitglieder. Fulton kommentierte dieses Gesetz folgendermaßen: „Der gesellschaftliche Gewinn dieser Auflage läßt sich hingegen nur schwer erkennen, es sei denn, man unterstellt, daß die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung bereits das eigentliche Ziel ist“ (FULTON 1995: 241). Im Sinn neoliberaler Logik kann dieses Gesetz jedoch auch als ein weiterer Schritt zum Schutze der individuellen Rechte vor gewerkschaftlichem Zwang gesehen werden, sowie als ein weiteres Mittel zur Zähmung eines Monopolisten.

⁴⁷ Die Zahlen der Armutstatistik „verdreifachte sich zwischen 1979 und 1991/92 von sieben auf ca. 21 Prozent“ (KASTENDIEK 1999: 16).

Major wich jedoch bereits mit dem von ihm vorangetriebenen *Social Security Act* von 1989 von der harten thatcherschen Linie ab und orientierte sich mehr an einem *Workfare*-Modell.

Mit dem Wahlsieg der Labour Party am 01.05.1997 unter Anthony Blair endete die 18jährige Regierungszeit der Konservativen. Doch die Labour Party von einst hatte sich vollständig gewandelt. „Die langandauernde Dominanz der Konservativen hat Labour schon vor der Wahl von Tony Blair zum Parteivorsitzenden dazu bewogen, viele der von ihnen durchgesetzten Entwicklungen zu akzeptieren“ (KASTENDIEK 1999: 2). Bereits nach der Wahlniederlage von Labour 1983 akzeptierten diese „die geheime Urabstimmung vor Streiks und die Wahl von Gewerkschaftsführern durch ihre Mitglieder“ (DÖRING 1993: 202). Vor Blair, der 1994 zum Parteivorsitzenden und damit zum Oppositionsführer gewählt wurde, hatten schon seine Vorgänger Neil Kinnock und John Smith sich umfassenden Reformen in Partei und Programm verschrieben (vgl. KASTENDIEK 1999: 17). Nach einem anfänglichen Linksruck und einer Stärkung der Position der Gewerkschaften und Wahlkreisorganisationen nach dem ersten Wahlsieg Thatchers kehrte die Partei ihre Reformbemühungen mit der erneuten Wahlniederlage 1983 um und schwächte die Position der Gewerkschaften und Aktivisten. Auch „wurde mit einer Reihe prozeduraler und institutioneller Änderungen die Parteiführung erheblich gestärkt“ (ebd.: 18). Schrittweise löste sich die Partei von ihren Vorstellungen, bei einem Regierungswechsel die Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung zurückzunehmen. Blairs New Labour übernahm die konservative „Diagnose, die Maßlosigkeit und der Anarchismus der Gewerkschaften sei für die Krise verantwortlich gewesen“ (DIXON 2000a: 84). Noch im Wahlkampf 1997 versprach Blair, dass New Labour „den Gewerkschaften gegenüber nach dem Grundsatz »*fairness, no favours*« verfahren“ würde und „die »restriktivsten Gewerkschaftsgesetze aller westlichen Länder« behalten werde“ (KASTENDIEK 1999: 22). Dieses Beibehalten neoliberaler Politik führte zu zunehmenden Spannungen zwischen Labour und Gewerkschaften und einer wachsenden „Trennung der Labour-Partei von der Gewerkschaftsbewegung“ (DIXON 2000b: 41). Laut Kastendiek „läßt sich in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Kontinuität zur Politik der Vorgängerregierungen nicht übersehen“ (KASTENDIEK 1999: 23). Jessop erwartet daher, dass sich der Widerstand seitens der Gewerkschaften reaktivieren werde (vgl. JESSOP 1998: 80).

Auch dem Staat wurde nun vielmehr eine kompensatorische Rolle in Wirtschaftsfragen zugesprochen und die Partei verabschiedete sich von den Vorstellungen einer *mixed economy* und gab damit der Wettbewerbswirtschaft den Vorzug (vgl. KASTENDIEK 1999: 19). Blair sorgte mit dem Projekt New Labour dafür, die Labour Party auch in den Augen der Wähler als neu und innovativ darzustellen. So grenzt sich *New Labour* sowohl von *Old Labour* und von deren Sozialismus als auch vom radikalen Thatcherismus ab. Letzterem wird zwar bescheinigt, dass er notwendige Reformen angestoßen und „wichtige Impulse für eine Revitalisierung der britischen Wirtschaft gegeben“ (ebd.: 20) habe, doch dabei die soziale Komponente vernachlässigt habe. New Labour stellte daher vom eigenen Ausspruch her den Versuch eines »Dritten Weg[es]« „zwischen Markt und Staat, Individuum und Gesellschaft, Freiheit und Gleichheit“ (ebd.: 23) dar, der integrativer an `Einer Nation´ orientiert ist. Dies wurde von Tony Blair propagiert und von Anthony Giddens theoretisch untermauert (vgl. DIXON 2000b: 78).

Daher verfolgt New Labour symbolische Maßnahmen für ihre alte Anhängerschaft, so „die Einführung eines Mindestlohns“, der durch Steuersenkungen gerechtfertigt wird, da zu niedrige Löhne Kosten für öffentliche Unterstützungen verursachen würden. Bei der Höhe dieses Mindestlohns folgt sie aber, trotz Protesten der Gewerkschaften, den Empfehlungen des britischen Arbeitgeberverbandes. Zu diesen Maßnahmen zählt auch „die »Sondersteuer« (*windfall tax*) auf »überschüssige« Gewinne der privatisierten Gesellschaften“, die zur Finanzierung des »*Welfare to Work*«-Programms⁴⁸ (angelehnt an das amerikanische *Workfare*-Programm, aber bewusst anders benannt), einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für Arbeitslose dienen soll. Das »*Welfare to Work*«-Programm ist darüber hinaus auch mit einem „*New Deal for young people*“, einer „*anti-poverty strategy*“ und Krediten gegen „*working poor*“ und Elternarbeitslosigkeit, nach dem Motto „*work for those who can*“ und „*security for those who cannot*“, verbunden worden (vgl. JESSOP 2003: 14ff). Eine weitere Maßnahme ist „das Versprechen der rechtlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen innerhalb der Unternehmen“, die jedoch durch zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit der Arbeitnehmer häufig von den Arbeitgebern unterlaufen wird (DIXON 2000b: 92ff). Deutlich erkennbar wird bei diesen Maßnah-

⁴⁸ Dabei müssen die Empfänger Praktika machen oder angebotene Stellen annehmen, wenn sie ihre Ansprüche nicht verlieren möchten. Die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit wird somit vom Staat auf das Individuum übertragen. Nunmehr ist es „individuelles Verschulden durch fehlerhaftes Verhalten oder mangelnde Anpassung an den Arbeitsmarkt, der durch entsprechende Fortbildung abgeholfen werden könne.“ (DIXON 2000b: 92)

men, dass New Labour keine Rückkehr zu einem *Welfare State* betreibt, auch wenn sie ihn so nennt, sondern sich mehr an einem neoliberalen *Workfare*-Programm orientiert, das zugleich den öffentlichen Aufwand reduziert.

New Labour unterstrich zudem, es sei „die »moralische« Verantwortlichkeit der Armen, selbst aus dem Zustand der »Abhängigkeit« von den Institutionen des Sozialstaats herauszukommen“ (DIXON 2000b: 87). Dixon fasst den Diskurs unter New Labour folgendermaßen zusammen: „die Mittelklasse beruhigen, die Ungleichheit festschreiben und die Armen disziplinieren“ (ebd.: 87). Auch fördert New Labour eine Dezentralisierung durch Autonomiezuwachs der Regionalparlamente und versucht ‚Verfassung‘ und Staatsapparat zu modernisieren. Sie hält einen pro-europäischen Kurs in Fragen der Ökonomie und des EU-Binnenmarkts, stemmt sich jedoch gegen einen einheitlichen europäischen Ansatz im Bereich der Arbeitsmärkte, sozialen Sicherungssysteme und sozialen Integration (aus denen Großbritannien nach den Thatcher-Reformen besonders negativ hervorsticht).

In der Bildungspolitik bleiben die durchgesetzten institutionellen Veränderungen der Vorgängerregierungen unangetastet, in der Sozialpolitik wird die Eigenverantwortung weiter gefordert und die Sozialleistungen zunehmend selektiert, auch verpflichtet sich die Regierung weiter zu einer restriktiven Ausgabenpolitik (vgl. KASTENDIEK 1999: 23).

Unter New Labour hat sich zwar die Politik der Arbeitsbeziehungen für die Gewerkschaften verbessert, doch hat die Blair-Regierung „nur einige der größten Asymmetrien aufgehoben“ (KASTENDIEK 1999: 23), die zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite entstanden sind. Auch hat sie erst kürzlich bewiesen, dass sie weiterhin gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen hart bleibt. Im Tarifstreit mit der britischen Feuerwehrgewerkschaft *Fire Brigades Union* (FBU) 2002/03 verhandelte sie mehrere Monate lang, setzte während Streiks die Feuerwehren der britischen Armee ein (vgl. TAGESSCHAU.DE 2002, WINKELMANN 2002) und konnte eine Einigung weit unter den Forderungen der Streikenden erzielen.

Wie bei New Labour, so hat sich auch unter den Gewerkschaften nach Jahren der konservativen Regierung in Großbritannien ein Realismus des unumkehrbaren Wandels breit gemacht. Die Erwartungen zum Beginn der Thatcher-Regierung, dass eine Labour-Regierung die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze und Maßnahmen rückgängig machen würde, sind der einfachen Hoffnung nach Beendigung „der unerbitt-

lichen Feindseligkeit der Konservativen“ gewichen (vgl. FULTON 1995: 244). „In Großbritannien haben die großen Gewerkschaften im Namen des Realismus den Verzicht auf Streiks als Mittel kollektiven Handelns im Tausch gegen die Anerkennung durch die Unternehmensführung oder Beschäftigungsgarantien hingenommen (»no-strike agreements«)“ (DIXON 2000a: 16f). Der Wandel unter Thatcher mittels einer neoliberalen Strategie zeigt deutlich Wirkung, „die Arbeiterbewegung ist daraus gespalten, ihrer Aufgaben beraubt und fürchterlich geschwächt hervorgegangen“ (ebd.: 16). Die soziale Ungleichheit ist größer geworden und die Arbeit durch den Abbau des Kündigungsschutzes zunehmend prekärer. Dixon beklagt, „daß es für sämtliche britischen Beschäftigten in unsicherer Stellung keinerlei Obergrenze hinsichtlich der wöchentlichen Arbeitszeiten gibt, die ihr Arbeitgeber von ihnen verlangen kann (und dass sie im Fall der berühmt-berüchtigten »zero hour contracts« wochenlang ohne irgendeine Garantie auf auch nur eine einzige Arbeitsstunde warten können); daß es keinerlei Anspruch auf Mutterschaftsurlaub und für viele nicht einmal auf Urlaub überhaupt gibt“ (ebd.: 18). „Der britische Arbeitsmarkt ist heute der am stärksten deregulierte in Europa“ (ebd.: 105). Dixon konstatiert, dass Großbritannien sich „von einer sozialen Demokratie, die stark von den Werten einer reformistisch und solidarisch orientierten Arbeiterbewegung geprägt war, in eine von staatlichem und gewerkschaftlichem Eingriff »befreite« Volkswirtschaft [...], die mit ihrem Individualismus in seinen zynischsten Ausformungen bisweilen auch noch kokettiert“ gewandelt habe (DIXON 2000a: 19). Nach Bochmann bedrohen die Privatisierungen die Gewerkschaften langfristig mit Bedeutungslosigkeit und ließen sie ihren Einfluss und ihre Macht verlieren. „Sie stellen daher in der Gesellschaft keine so starke soziale Gruppe mehr dar, wie dies noch bis zum Ende der siebziger Jahre der Fall gewesen ist. Die Gewerkschaften können in der heutigen Zeit an ihren einstigen Erfolgen nicht mehr anknüpfen. Bedeutende oder wesentliche Veränderungen sind deshalb nicht mehr möglich.“ (BOCHMANN 2001: 146)

Neben diesem vernichtenden Bild der gewerkschaftlichen Situation heute, muss jedoch betont werden, dass der Thatcherismus die Wertvorstellungen der Briten nicht grundlegend verändert hat. Die alten »kollektivistischen« Werte zählen heute immer noch. Die Gewerkschaften, die heute kaum noch als Bedrohung angesehen werden und der Nationale Gesundheitsdienst für jedermann, haben immer noch einen hohen Stellenwert (vgl. DIXON 2000a). Auch Döring sagt über Thatcher: „Ungeachtet ihrer

Verachtung der Gewerkschaften ist es ihr aber nicht gelungen, die Gewerkschaften als solche – trotz ihrer damaligen Unbeliebtheit – in den Augen der Bevölkerung als illegitim erscheinen zu lassen.“ (DÖRING 1993: 201)

Die Gewerkschaften selbst erkannten, dass ihrerseits eine Diversifikation notwendig wurde. Sie reagierten auf den gesellschaftlichen und politischen Druck, der auf sie ausgeübt wurde, defensiv mit einer Reihe von Fusionen und mit Straffung ihrer Organisation. Dies ließ sie auch die mit dem Mitgliederschwund verknüpften Gelder wirksamer einsetzen. Aktiv bemühen sich die Gewerkschaften durch das gezielte Ansprechen von Beschäftigten der traditionell eher schwer organisierbaren Sparten, mit durchdachterem Auftreten gegenüber Frauen und dem gezielten Anwerben von Teilzeitkräften ihre Mitgliedszahlen zu verbessern (vgl. FULTON 1995: 242f).

Es gibt in der jüngeren Literatur aber auch Anzeichen dafür, dass den Gewerkschaften mittels neuer Aufgaben die Möglichkeit zur Stärkung organisatorischer Basiskräfte offen stehen. So beschreibt Pyhel neben den verschiedenen Methoden, neue gewerkschaftliche Organisationsformen zu erproben, wie dem *Sozialpartnerschaftsmodell* (das sich am europäischen Modell von Kooperation orientiert) und/oder dem *Organizing Model* (das sich am amerikanischen konfrontativen Modell orientiert), auch den Bereich der Bildungsprogramme. So hat die Regierung Blair bereits 1998 in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften einen *Union Learning Fund* zur Bekämpfung von erkannten *Basic Skills*-Mängeln bei erwachsenen Arbeitnehmern eingerichtet. Mit ihm sollen sog. *Union Learning Representatives* (ULR) finanziert werden, die in Betrieben Bildungsbedarf ermitteln und beheben helfen sollen (ganz im Sinne der *Wissensgesellschaft* und der Standortsicherung). 2010 soll ihre Zahl bereits 22.000 erreichen. Pyhel sieht in diesen ULR das mögliche Potenzial für die Gewerkschaften, wieder Fuß in den Betrieben zu fassen (vgl. PYHEL 2004).

6.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass trotz des persönlichen Scheiterns Thatchers große Teile des Thatcherismus auch unter einer gewandelten konkurrierenden Labour Party fortbestehen, insbesondere eine modifizierte neoliberale Strategie. Die Gewerkschaften haben daher auch nicht wieder zu ihrer alten `Größe` zurückgefunden und sind bemüht, neue Aufgabenfelder für sich zu finden um unter der veränderten Situation fort zu bestehen.

7. Fazit

In dieser Arbeit ist deutlich geworden, dass der Neoliberalismus zur Beendigung der Machtposition der britischen Gewerkschaften mittels des Thatcherismus auf verschiedenen Ebenen beigetragen hat: mit einer Theorie des freien Marktes, einer Strategie für den staatlichen Umbau und der Verschiebung der Macht zwischen den Faktoren Arbeit und Kapital.

Der hierbei vorgegebene Rahmen, der Wandel des Staates vom fordistischen KWS zum post-fordistischen SWS mittels einer neoliberalen Strategie, ist jedoch aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Defizite nur bedingt erfolgreich gewesen. Die Darlegung der theoretischen Herkunft, Ausprägung sowie der Handlungsanweisungen des Neoliberalismus und die Anwendung auf das Fallbeispiel Großbritannien zeigt, wie nah sich Theorie und politische Praxis durch das Mitwirken neoliberaler Multiplikatoren, etwa durch die *think tanks*, gekommen sind. Die besondere Rolle, welche die Neoliberalen dabei ihren Widersachern, den kollektivistischen Gewerkschaften, beimaßen, gipfelte in deren politischer Niederlage. Die zunehmende gesellschaftliche Stärkung des Individuums und der Marktmechanismen, des Wettbewerbs und der Flexibilisierung lassen keine machtvolle Position der Gewerkschaftsbewegung mehr zu. Das Beispiel Großbritannien hat gezeigt, dass die Neoliberalen in einer wirtschaftlichen und politischen Krisensituation wie dieser die Möglichkeit zur Umsetzung des Neoliberalismus geschickt zu nutzen vermochten. Sie boten ihre neoliberale Theorie mittels des Thatcherismus als Lösung an und hatten Erfolg. Jedoch wurde die eigentliche Krisenbehebung nur mangelhaft vollzogen. Der Thatcherismus ermöglichte es den Vertretern des Neoliberalismus, ihre Vorstellungen von Politik gegen die Macht der Gewerkschaften durchzusetzen. Die Anhänger des Neoliberalismus gestalteten für die britischen Gewerkschaften mittels neuartiger Interventionsformen, wie der neoliberalen Wirtschaftspolitik sowie einer Verrechtlichungen zu Ungunsten der Gewerkschaftsorganisationen, das Akkumulationsregime neu aus. Es lässt sich daher festhalten, dass sich Hayek beim Umsetzen der Theorie des Neoliberalismus in die politische Praxis weitestgehend durchgesetzt hat. Die wirtschaftliche und politische Neoliberalisierung Großbritanniens kann darüber hinaus als erfolgreich und beständig betrachtet werden. Unter John Major und Tony Blair wurde die neoliberale Strategie weiter verfolgt und lediglich in einigen Bereichen, wie den sozialen Auswirkungen, modifiziert. Das neue Paradigma neoliberalen Denkens hat sich fest in den britischen Eliten verankert. Die anfangs aufgestellte

These einer entscheidenden Bedeutung des Neoliberalismus in Bezug auf die gewerkschaftsschwächende Politik des Thatcherismus konnte folglich belegt werden. Mittels einer dominierend neoliberalen Strategie den post-fordistischen Wandel des Staates zu beschreiten ist, angesichts der sozialen Mängel des Neoliberalismus, für andere Länder jedoch nicht empfehlenswert. Neo-korporatistische Elemente einer post-fordistischen Strategie könnten eine wirksame Alternative zur sozialen Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen darstellen. Die nach Jahrzehnten neoliberaler Politik deutlich werdenden Marktmängel und Wachstumsschwächen verlangen ebenfalls Antworten über die Hayeks hinaus. Die Lerneffekte staatlicher Gewerkschaftspolitik auf Basis neoliberaler Strategien sind auch in anderen Ländern deutlich zu erkennen. So haben die Gewerkschaften vielerorts damit zu kämpfen, dass sie durch neoliberale Politik angegriffen werden. Doch sollten die Politiker die Gewerkschaften wieder als Partner und ihre Bedeutung zur gesellschaftlichen Integration anerkennen, um sozialen Konflikten vorzubeugen.

Interessant hingegen dürfte es sein, weitergehend zu fragen, welche Bedeutung eine fortschreitende Entstaatlichung auf das post-fordistische System hat, wie sich die Einflüsse des Neoliberalismus unter der Regierung Blair weiter entwickeln und wie sich die Gewerkschaften diesen Entwicklungen gegenüber verhalten werden.

Mögliche neue Aufgabenbereiche der Gewerkschaften ergeben sich dabei auch aus den sozialen Defiziten des Neoliberalismus. So könnte es eine neue Aufgabe für die Gewerkschaftsbewegung sein, den sozialen Verlierern einer post-fordistischen neoliberal geprägten Gesellschaft wieder Gehör zu verschaffen, so wie bereits früher der Arbeiterbewegung. Dabei müssen sich die britischen Gewerkschaften jedoch den veränderten Bedingungen von Staatlichkeit durch moderne Artikulations- und Aktionsformen anpassen und mit neuen Formen die verkürzten passiven Rechte kompensieren, die sie durch die Gewerkschaftsgesetzgebung erfuhren.

Literaturverzeichnis:

- BECKER, HELMUT PAUL (1965): Die Soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik. Sammlung Politeia - Veröffentlichungen der Internationalen Instituts für Sozialwissenschaft und Politik Universität Freiburg/ Schweiz. Bd. 10. Prof. Dr. A. F. Utz. Heidelberg.
- BIELING, HANS-JÜRGEN (2001): Die politische Theorie des Neo-Marxismus: Bob Jessop. In: André Brodocz; Gary S. Schaal (Hrsg): Politische Theorien der Gegenwart II. Opladen. S. 317-345.
- BIELSTEIN, KLAUS; ANDRÉ KAISER (1990): Zwischen Kataklysmus und Kalkül. Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften in der Ära Thatcher. In: Roland Sturm (Hrsg): Thatcherismus - eine Bilanz nach zehn Jahren. Aus der Reihe: Arbeitskreis Deutsche England-Forschung: 15. Bd. Bochum. S. 97-128.
- BOCHMANN, HANS-JOACHIM (2001): Der Bergarbeiterstreik 1984/85 in Großbritannien als Paradigma gewerkschaftlicher Auseinandersetzung. Philosophische Fakultät. Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen. Aachen.
- BONNETT, KEVIN (1985): Zur Dynamik des Thatcherismus. Politische Erfolge trotz ökonomischer Fehlleistungen. In: Hans Kastendiek, Otto Jacobi (Hrsg): Staat und industrielle Beziehungen in Großbritannien. Aus der Reihe: Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft: Schriftenreihe der Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft. Frankfurt am Main/ New York. S. 143-159.
- BOURDIEU, PIERRE (1998): Die Sachzwänge des Neoliberalismus. Die Utopie einer grenzlosen Ausbeutung wird Realität. In: *Le Monde Diplomatique*. 03.1998, S. 3.
- CLARK, JON (1985): Die Gewerkschaftsgesetzgebung 1979 bis 1984 und ihre Folgen für die Politik der Gewerkschaften. In: Hans Kastendiek, Otto Jacobi (Hrsg): Staat und industrielle Beziehungen in Großbritannien. Aus der Reihe: Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft: Schriftenreihe der Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft. Frankfurt am Main/ New York. S. 163-187.
- CLEGG, HUGH A. (1983): Die Struktur der britischen Gewerkschaften. In: Paul Windolf (Hrsg): Gewerkschaften in Großbritannien. Frankfurt am Main/ New York. S. 121-142.
- DIXON, KEITH (2000a.): Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuel-

len und der Thatcherismus. RAISONS D`AGIR. Bd. 1. Pierre Bourdieu und Franz Schultheis. Konstanz.

- DIXON, KEITH (2000b.): Ein würdiger Erbe. Anthony Blair und der Thatcherismus. RAISONS D`AGIR. Bd. 3. Pierre Bourdieu und Franz Schultheis. Konstanz.
- DÖRING, HERBERT (1990): »Autoritärer Populismus«. Alter Wein in neuen Schläuchen. In: Roland Sturm (Hrsg): Thatcherismus: Eine Bilanz nach zehn Jahren. Aus der Reihe: Hrsg. Im Auftrag des Vorstands Gustav Schmidt Arbeitskreis Deutsche England-Forschung: Veröffentlichung 15. Bd. Bochum. S. 257-294.
- DÖRING, HERBERT (1993): Großbritannien. Regierung, Gesellschaft und politische Kultur. Grundwissen Politik. Bd. 8. Ulrich von Alemann; Leo Kißler; Georg Simonis (Hrsg.). Opladen.
- FULTON, LIONEL (1995): Neue Kraft nach zwei Jahrzehnten des Rückschlags. Perspektiven der britischen Gewerkschaftsbewegung am Ende des Thatcherismus. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*. 46. Jahrgang (4/95), S. 238-244.
- GAMBLE, ANDREW (1985): Der wirtschaftliche Niedergang und die 'Gewerkschaftsfrage'. In: Otto Jakobi, Hans Kastendiek (Hrsg): Staat und industrielle Beziehungen in Großbritannien. Aus der Reihe: Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft: Schriftenreihe der Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft, London und Bonn. Frankfurt am Main/New York. S. 33-70.
- GEORGE, SUSAN (2001): Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten. In: Mario Candeias und Frank Deppe (Hrsg): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime - Shareholder Society - Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie. Hamburg. S. 207-217.
- GROBE, ANDREAS (1990): Demokratie und Gewerkschaften in England. Die Gewerkschaftsgesetze von 1980 bis 1988 zur innerverbandlichen Demokratisierung. Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Universität Bayreuth. Frankfurt am Main.
- GUARDIAN UNLIMITED (2004): Think tanks: Centre for Policy Studies. Online unter: <http://politics.guardian.co.uk/thinktanks/page/0,10538,547615,00.html> (Stand: 16.11.04; 15:31 Uhr/ Anhang Screenshot Nr. 1).
- GUSKI, HANS-GÜNTER (1988): Privatisierung in Großbritannien, Frankreich und USA. In: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Köln.
- HALL, STUART (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In:

Helmut Dubiel (Hrsg): 1. Auflage. Populismus und Aufklärung. Neue Folge 376. Bd. Frankfurt am Main. S. 84-105.

- HALL, STUART (1989): Der Thatcherismus und die Theoretiker. In: Stuart Hall (Hrsg): Ideologie- Kultur- Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Hamburg.
- HAUFLER, ANDREAS (2005): Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Privatisierung. Online unter: http://www.vwl.uni-muenchen.de/ls_wirtschaftspolitik/lehre/Wipo1/WS_04_05/wipo1-12.pdf (Stand: 22.02.05, 14:04/ Anhang Screenshot Nr. 2).
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (1952): »Freie Wirtschaft« und Wettbewerbsordnung. In: Friedrich August von Hayek (Hrsg): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Erlenbach-Zürich. S. 141-155.
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (1977): Trade union immunity under the law. In: *The Times*. 21.07.77, S. 15.
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (1978): The powerful reasons for curbing union powers. Professor F. A. Hayek argues that labour should lose its licence to use force. In: *The Times*. 10.10.1978, S. 12.
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (1991): Die Verfassung der Freiheit. 3. Auflage. Tübingen.
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (1996): Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien von F. A. von Hayek. Wolfgang Kerber (Hrsg.). Tübingen.
- HAYEK, FRIEDRICH AUGUST VON (2003): Der Weg zur Knechtschaft. Neuauflage des Wirtschaftsklassikers. München.
- HENNECKE, HANS JÖRG (2000): Friedrich August von Hayek. Die Tradition der Freiheit. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät. Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Düsseldorf.
- HERTZ-EICHENRODE, WILFRIED. (1983): »Lohnpolitik der Gewerkschaften ist zu starr«. Nobelpreisträger von Hayek zur Welt: Lamsdorf nach Strauß der vernünftigste Wirtschaftspolitiker. In: *Die Welt*. 04.02.83, S. 3.
- HUGO, DIRK (2001): Die Zähmung der störrischen Wölfe. Margaret Thatchers Gewerkschaftspolitik (1979-1990). Neue Anglistik. Bd. 12. Heide N. Rohloff (Hrsg.). Essen.
- ITAL, BERND K. (1995): Die Politik der Privatisierung in Großbritannien unter Margaret Thatcher. Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Universität zu Köln. Köln.
- JESSOP, BOB (1986): Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum

Postfordismus. In: *PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. 65 S. 3-33.

- JESSOP, BOB; KEVIN BONNETT; SIMON BROMLEY; TOM LING (1988): Thatcherism. A Tale of Two Nations. Cambridge.
- JESSOP, BOB (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: Hans-Peter Krebs, Thomas Sablowski, Alex Demirovic (Hrsg): Hege-
monie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. 1. Auflage.
Münster. S. 232-262.
- JESSOP, BOB (1994a): Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit
und Staatsprojekten. In: Dieter Grimm (Hrsg): Staatsaufgaben. 1. Auflage. Baden-
Baden. S. 43-73.
- JESSOP, BOB (1994b): Politik in der Ära Thatcher. Die defekte Wirtschaft und der
schwache Staat. In: Dieter Grimm (Hrsg): Staatsaufgaben. 1. Auflage. Baden-
Baden. S. 353-389.
- JESSOP, BOB (1994c): The transition to post-Fordism and the Schumpeterian work-
fare state. In: Roger Burrows; Brain Loader (Hrsg): Towards a post-fordist welfare
state? London. S. 13-37.
- JESSOP, BOB (1998): Die Erfahrungen mit New Labour - Eine Politik für den
Postfordismus? In: Roland Roth Christoph Görg (Hrsg): Kein Staat zu machen:
Zur Kritik der Sozialwissenschaften. 1. Auflage. Münster. S. 71-94.
- JESSOP, BOB (2001): Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat
bei Nicos Poulantzas - 25 Jahre später. In: Joachim Hirsch, u.a. (Hrsg): Die Zu-
kunft des Staates. Hamburg. S. 71-100.
- JESSOP, BOB (2003): From Thatcherism to New Labour: Neo-Liberalism, Workfa-
rism, and Labour Market Regulation. Veröffentlicht vom Department of Sociol-
ogy, Lancaster University. Online unter: [http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/
papers/jessop-from-thatcherism-to-new-labour.pdf](http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/jessop-from-thatcherism-to-new-labour.pdf) (Stand: 10.01.05, 15:21 Uhr/
Anhang Screenshot Nr. 3).
- KAISER, ANDRÉ (1994): Verbände und Politik. In: Karl Rohe, Angelika Volle,
Hans Kastendiek (Hrsg): Großbritannien: Geschichte - Politik - Wirtschaft - Ge-
sellschaft. Frankfurt am Main/ New York. S. 230-244.
- KASTENDIEK, HANS (1985): 'Gewerkschaftsmacht' und Arbeitskonflikte als
Hauptthema der britischen Politik. In: Otto Jakobi und Hans Kastendiek (Hrsg):
Staat und industrielle Beziehungen in Großbritannien. Aus der Reihe: Deutsch-
Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft: Schriftenreihe der

Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft: Schriftenreihe der Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft, London und Bonn. Frankfurt am Main/ New York. S. 11-30.

- KASTENDIEK, HANS (1994): »Collective Bargaining« und gewerkschaftliche Interessenvertretung. In: Karl Rohe, Angelika Volle, Hans Kastendiek (Hrsg): Großbritannien: Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft. Frankfurt am Main/ New York. S. 280-297.
- KASTENDIEK, HANS; KARL ROHE; ANGELIKA VOLLE (1998): Länderbericht Großbritannien. Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Aufl. Frankfurt am Main.
- KASTENDIEK, HANS (1999): Großbritannien - ein Erfolgsmodell? Die Modernisierung unter Thatcher und New Labour. Online unter: <http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00843.htm> (Stand: 20.12.04, 11:50 Uhr/ Anhang Screenshot Nr. 4).
- LEATHERS, CHARLES G. (1989): Scotland's New Poll Taxes as Hayekian Policy. In: *Scottish Journal of Political Economy*. Vol. 36 (2), S. 194-201.
- NEUBERT, HARALD (2001): Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung. Hamburg.
- NIESEN, PETER (2002): Die politische Theorie des Libertarianismus. Robert Nozick und Friedrich A. von Hayek. In: Dr. des. André Brodocz, Dr. Gary S. Schaal (Hrsg): Politische Theorien der Gegenwart I. Opladen. S. 77-117.
- NOETZEL, THOMAS (1987): Die Revolution der Konservativen. England in der Ära Thatcher. 1. Auflage. Auflage. Hamburg.
- OFFE, CLAUS (1994): Die Aufgabe von staatlichen Aufgaben. »Thatcherismus« und die populistische Kritik der Staatstätigkeit. In: Dieter Grimm (Hrsg): Staatsaufgaben. 1. Auflage. Baden-Baden. S. 317-353.
- PLEHWE, DIETER; BERNHARD WALPEN (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen des Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: *PROKLA - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. Heft 115, 29. Jg. (Nr. 2), S. 201-235.
- PYHEL, JÖRN (2004): Union Learning Services - eine echte Chance für Gewerkschaften in Großbritannien? In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*. 55. Jahrgang (2/2004), S. 88-95.
- ROBERTS, B. C. (1983): Die Arbeitsbeziehungen in Großbritannien: Neue Trends

und Themen. In: Paul Windolf (Hrsg): Gewerkschaften in Großbritannien. Frankfurt am Main/ New York. S. 305-326.

- SCHUMPETER, JOSEPH A. (1972): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 3. Auflage. München.
- TAGESSCHAU.DE (2002): Keine Lösung im Feuerwehr-Streik. Online unter: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID1316626,00.html> (Stand: 21.03.05, 12:17 Uhr/ Anhang Screenshot Nr. 5).
- THATCHER, MARGARET (1979): TV Interview for London Weekend Television Weekend World. Online unter: <http://www.margareththatcher.org/Speeches/displaydocument.asp?docid=103807&doctype=1> (Stand: 06.12.04, 14:42 Uhr/ Anhang Screenshot Nr. 6).
- THATCHER, MARGARET (1993): Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau.
- THATCHER, MARGARET (1995): Die Erinnerungen 1925-1979. Düsseldorf.
- WAAS, BERND (1993): Der Wandel des britischen Arbeitsrechts. Zugleich Besprechung von Lord Wedderburn, Employment Rights in Britain and Europe - Selected Papers in Labour Law. In: *Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht (ZIAS)*. (7. Jahrgang 1993), S. 317-324.
- WALPEN, BERNHARD (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg.
- WATRIN, PROF. DR. CHRISTIAN (2003): Friedrich A. von Hayeks Theorie der Freiheit. Überarbeitete Antrittsvorlesung anlässlich der Übernahme der Hayek-Stiftungsprofessur am 22. Jänner [sic!] 2003 an der Universität Wien. Online unter: http://www.hayek.de/docs/2003/Theorie_der_Freiheit.pdf (Stand: 29.10.04, 15:42 Uhr/ Anhang Screenshot Nr. 7).
- WINKELMANN, ULRIKE (2002): Blair im Krieg, aber nicht gegen Irak. In: *die tageszeitung*. 26.11.02. S. 11